

Antrag

02.02.2024

Betreff:

Änderungen des SGB VIII und Umsetzungsstand des Jugendamts

Einreicher:

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, in einer Übersicht darzustellen, welche verpflichtenden Aufgabenstellungen aus der Änderungen des SGB8 für die Arbeit des Jugendamtes resultieren.

Dabei soll auch aufgezeigt werden, in welchen Schritten und in welcher zeitlichen Abfolge diese Änderungen vorbereitet und umgesetzt werden.

Dem Jugendhilfeausschuss ist diese Zusammenstellung zu seiner Sitzung am 14.03.2024 zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Im Juni 2021 sind mit dem Kinder- und Jugendstärkungsgesetz mehrere Neuerungen im SGB VIII in Kraft getreten.

Ein zentrales Element in diesem Kontext ist die Gestaltung einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe, die für alle jungen Menschen, ob mit und ohne Behinderung, die Gesamtzuständigkeit erhält und alle Leistungen aus einer Hand im Rahmen des SGB VIII zur Verfügung stellt.

Diese Neufassung beinhaltet verschiedene Abschnitte des Inkrafttretens einzelner Teile, sodass sich die verantwortlichen Akteure schrittweise auf die Änderungen vorbereiten können.

So sind bereits neue Regelungen daraus in den letzten Jahren in Kraft getreten, aktuelle Themen seit dem 01.01.2024. Vergleiche hierzu § 92, § 93, § 94, § 95, § 97a, § 107.

Seit dem 01.01.2024 ist § 10b (SGB 8, § 10b Verfahrenslotse) in Kraft.

Die Landeshauptstadt Potsdam kann derzeit diesem Anspruch nicht gerecht werden. Weitere Änderungen sind bis 2028 zu erwarten.

Für eine gute Jugendhilfeplanung ist es erforderlich, diese bevorstehenden Änderungen gemeinsam zu lokalisieren und sich u.a. im Zusammenwirken von öffentlichen und freien Trägern darauf vorzubereiten.

Unterausschuss Jugendhilfeplanung

Bodo Ströber (Ausschussvorsitzender)



23/SVV/1291-01

Änderungs- /Ergänzungsantrag
öffentlich

Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen - Änderungs-/Ergänzungsantrag

<i>Einreicher:</i>	<i>Datum</i>
Fraktion Die Linke	30.01.2024

<i>geplante Sitzungstermine</i>	<i>Gremium</i>	<i>Zuständigkeit</i>
15.02.2024	Jugendhilfeausschuss	Entscheidung
06.03.2024	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Drucksache 23/SVV/1291 wird wie folgt gefasst:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zunächst in zwei Sozialräumen auf je einem der großen, viel frequentierten Spielplätzen- z.B. auf der Freundschaftsinsel und im Volkspark (Wasserspielplatz) - Outdoor-Wickeltische als Modellprojekt einrichten zu lassen.

Das Modellprojekt wird nach einem Jahr Laufzeit evaluiert.

In Abhängigkeit von den Ergebnissen der Evaluierung ist zu gewährleisten, dass das Aufstellen von Wickeltischen bei der Neuplanung und Sanierung von Spielplätzen regelhaft geprüft und entsprechend umgesetzt wird.

Über den Stand der Umsetzung des Modellprojektes ist der Jugendhilfeausschuss im Dezember 2024 zu informieren.

Begründung:

Eltern mit kleinen Kindern müssen immer darauf gefasst sein, dass diese gewickelt werden müssen. Wenn sich Familien gerade auf dem Spielplatz befinden, behilft man sich in der Regel mit einer Bank oder dem Fußboden, was beides wenig komfortabel und teils auch gefährlich hinsichtlich der Sturzgefahr ist. Zudem stört man ggf. andere Personen im Umfeld und hygienisch ist es auch nicht. Eine angenehme Wickelsituation für Eltern und Kind sieht anders aus. Zudem verbringen junge Familien sehr viel Zeit auf unseren städtischen Spielplätzen, sodass es wünschenswert ist, zumindest auf den größten Spielplätzen ein Alternativangebot zu schaffen und sich des Themas auch langfristig anzunehmen.

Mittlerweile gibt es Hersteller, die solche Outdoor-Wickeltische mit Fall- und Sichtschutz sowie Überdachung in gesunder Stehhöhe für einen mittleren vierstelligen Betrag anbieten und damit dieses Problem im Sinne der Familien einfach lösen. Ein Beispiel kann dem Bild vom Hersteller Wickelboard im Anhang entnommen werden.

Um die Familien- und Kinderfreundlichkeit unserer Kommune weiter zu stützen und deutlich zu machen, dass wir dieses Problem als Kommune wahrnehmen und eine Lösung anbieten können, dient dieser Antrag dem Einstieg und der zukünftigen Erweiterung. Indem zunächst in jedem der 6 Sozialräume mindestens ein solcher Wickelplatz auf großen, stark frequentierten Spielplätzen wie beispielsweise der Freundschaftsinsel, der Westkurve oder dem Wasserspielplatz im Volkspark entsteht, wird das Angebot bekannt gemacht und gleichzeitig an zentralen Familienorten gelöst. Perspektivisch findet dann beim Umbau oder der Neuplanung von Spielplätzen für 0- bis 6-jährige zukünftig eine sukzessive Ausweitung des Angebots statt, um Eltern den Alltag mit Kindern im öffentlichen Raum zu erleichtern.

Anlagen:

1 Beispiel Wickelboards

öffentlich

Betreff:

Einrichtung der Position einer hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten in der Landeshauptstadt Potsdam

Beschlussvorschlag:

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

die Stadtverordnetenversammlung soll beschließen,

der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam, § 3a, die Stelle der Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen zur hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten der Landeshauptstadt Potsdam zu ernennen.

Begründung:

Die Ernennung einer hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten stellt einen wesentlichen Schritt zur Sicherstellung der Interessenvertretung der 32.972 Kinder und Jugendlichen in Potsdam dar. Diese Position dient als zentrale Anlaufstelle für Belange, die die jüngere Generation betreffen, und gewährleistet, dass ihre Rechte und Bedürfnisse in allen kommunalen Entscheidungsprozessen berücksichtigt werden.

- In Anlehnung an die erfolgreiche Implementierung von Kinder- und Jugendbeauftragten in zahlreichen anderen Kommunen Brandenburgs, wie Brandenburg an der Havel, Cottbus, Frankfurt (Oder), sowie in kleineren Kommunen wie Rathenow oder Falkensee, unterstreicht dieser Antrag die Notwendigkeit, auch in Potsdam eine solche Position fest zu etablieren. Die Erfahrungen dieser Städte zeigen, dass eine hauptamtliche Beauftragte maßgeblich zur Verbesserung der Lebensqualität und zur Förderung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen beitragen kann.
- Die Aufgaben der Kinder- und Jugendbeauftragten umfassen unter anderem die Einflussnahme bei Planungen und Entwicklungsmaßnahmen, die Aufklärung über die Rechte von Kindern und Jugendlichen durch Lobby-, Netzwerk- und Kampagnenarbeit, sowie das Bereitstellen von Daten für die Entwicklung kinder- und jugendgerechter Kommunen durch unabhängiges und effektives Monitoring. Diese Tätigkeiten tragen wesentlich dazu bei, Potsdam als lebenswerte Stadt für alle Generationen zu gestalten.
- Durch ihre Querschnittsaufgaben und die politisch-administrative Legitimation wird die Kinder- und Jugendbeauftragte in die Lage versetzt, effektiv und umfassend die Interessen der Kinder und Jugendlichen zu vertreten und für ihre Berücksichtigung in allen kommunalen Politikfeldern zu sorgen.

Protokoll

47. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 14.12.2023

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr

Sitzungsende: 20:00 Uhr

Ort, Raum: Raum 3.025, Rathaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Anwesend

Vorsitz

Tiemo Reimann SPD

Mitglieder

Dr. Sigrid Müller	Die Linke	
Grit Schkölziger	SPD	Vertretung für: Leon Troche; ab 16:47 Uhr
Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	ab 16:46 Uhr
Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Matthias Kaiser	CDU	
Katharina Tietz	anerkannter freier Träger	
Dr. Patrick Arnold	Freie Demokraten	Vertretung für: Madeleine Floiger
Marie Dulle	anerkannte freie Träger	Vertretung für: Julia Schultheiss; bis 18:00 Uhr
Cornelia Krönes	anerkannte freie Träger	
Ute Parthum	anerkannter freier Träger	
Bodo Ströber	anerkannter freier Träger	

stellv. Mitglieder

Grit Schkölziger	SPD
Dr. Patrick Arnold	Freie Demokraten

beratende Mitglieder

Stefanie Buhr	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt	bis 18:00 Uhr
Lisette MacEwen	Kreiselnernrat	bis 19:30 Uhr
Ron Bulgrin	Jugendvertreter	
Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat	
Fereshta Hussain	Migrantenbeirat	

Beigeordnete

Prof. Dr. Walid Hafezi bis 17:55 Uhr

Abwesend

Mitglieder

Dr.med. Carmen Klockow	Freie FRAKTION	entschuldigt
Leon Troche	SPD	entschuldigt
Annina Beck	DIE aNDERE	entschuldigt
Madeleine Floiger	Freie Demokraten	entschuldigt
Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger	entschuldigt
Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	entschuldigt

stellv. Mitglieder

Alexander Dietmar Wietschel	Freie FRAKTION	entschuldigt
René Kulke	DIE aNDERE	entschuldigt

beratende Mitglieder

Karina Berg	HVD Potsdam e.V.	entschuldigt
Steve Fahrendorf		entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.11.2023
- 12 Dringender Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt
- 8 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 6 Informationen des Jugendamtes
- 6.2 Sachstand Kita-Auslastung und demographische Entwicklung
- 4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat
- 5 NOW! Potsdam – Beratungs- und Lotsenstelle für psychische Gesundheit in Potsdam

- 6 Informationen des Jugendamtes
 - 6.1 aktueller Umsetzungsstand der Jugendamtsanträge zum Haushalt 2023/2024
- 9 Anträge
 - 9.1 Schulhöfe und Sportanlagen für Kinder und Jugendliche öffnen – jetzt !
- 7 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 8 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII
- 10 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
 - 10.1 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam 23/SVV/0676
 - 10.2 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2023 bis 2026
Oberbürgermeister, Fachbereich Bildung, Jugend und Sport 23/SVV/0537
- 11 Sonstiges

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Reimann informiert zur Tagesordnung darüber, dass der Tagesordnungspunkt 12 „Dringender Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt“ ergänzt werde. Er begründet die Dringlichkeit und lässt dazu abstimmen. Diese wird einstimmig **angenommen**.

Weiterhin müsse Herr Prof. Dr. Hafezi die Sitzung früher verlassen, da er ab 17:30 Uhr am Ausschuss für Kultur teilnehmen müsse. Daher sollen folgende Tagesordnungspunkte nach dem Tagesordnungspunkt 3 vorgezogen werden: Tagesordnungspunkt 12 „Dringender Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt“, Bericht der AG HzE des Tagesordnungspunktes 8 „Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII“ sowie der Tagesordnungspunkt 6.2 „Sachstand Kita-Auslastung und demographische Entwicklung“. Anschließend fahre man mit der Reihenfolge entsprechend der Tagesordnung fort.

Der Tagesordnungspunkt 10.1 „Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft, DS 23/SVV/0676“ wird seitens der Fraktion erneut bis auf die Januarsitzung zurückgestellt. Der Tagesordnungspunkt 10.2 „Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2023 bis 2026, 23/SVV/0537“ wird seitens der Verwaltung ebenfalls bis auf die Januarsitzung zurückgestellt.

Herr Reimann stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung von ihm zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 23.11.2023

Er bittet um Abstimmung über die Niederschrift zur Sitzung vom 23.11.2023. Gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung gibt es keine Anmerkungen und diese wird einstimmig **angenommen**.

12 Dringender Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt

Herr Reimann erläutert zur Stellungnahme und begründet erneut die Dringlichkeit.

Herr Prof. Dr. Hafezi begrüßt den Appell und die Stellungnahme. Momentan seien die Fallzahlen fachlich nicht zu halten und zu behandeln. Man benötige Fallzusetzungen, um die Kolleg*innen zu entlasten und um dem gesetzlichen Auftrag gut nachkommen zu können. Leider habe in den letzten Jahren keine gesunde Entwicklung der Personalstruktur im Allgemein Sozialen Dienst (ASD) stattgefunden. Ohne Personalzusetzungen werde es nicht funktionieren. Die Fallzahlen würden aktuell bei 78 liegen. Man müsse die Rahmenbedingungen ändern. Ein erster organisatorischer Schritt sei die Trennung des Fachbereiches 23 Bildung, Jugend und Sport in die Fachbereiche 21 Bildung und Sport und 23 Kinder, Jugend und Familie gewesen. Eine Nachjustierung werde im Frühjahr 2024 folgen. Es folge die Einrichtung eines Krisendienstes, der durch die Kommune selbst betrieben werde. Dieser müsse personell so ausgestattet sein, dass ein reibungsloser Betrieb möglich sei. Man werde die notwendigen Stellen im Rahmen der Haushaltsberatungen einbringen und fachlich begründen. Wei-

terhin erfolge aktuell eine Personalbemessungsuntersuchung, die schon vor seinem Amtsantritt begonnen habe. Die Ergebnisse dazu würden voraussichtlich im Mai 2024 vorliegen.

In der anschließenden Diskussion betonen die Ausschussmitglieder, dass man kurzfristig eine Änderung herbeiführen müsse. Man könne nicht auf Ergebnisse im Mai 2024 warten. Man appelliert, dass man zukünftig auch rechtzeitiger auf die Personalbedarfe in den Bereichen reagieren müsse. Der Personalmangel in der Verwaltung würde sich unter anderem auch in den stationären Hilfen bemerkbar machen. Wichtig sei auch die noch vorhandenen Mitarbeiter*innen zu halten, da bereits ein großer Schwund und Fluktuation zu erkennen sei. Hierfür benötige man Konzepte. Herr Prof. Dr. Hafezi informiert, dass man aktuell in der Planung sei, Dauerausschreibungen für den Bereich zu veröffentlichen.

Herr Reimann informiert zum weiteren Vorgehen mit der Stellungnahme, dass diese vom Ausschuss votiert werde. Danach solle diese im Ratsinformationssystem veröffentlicht werden. Aufgrund der Adressierung an den Oberbürgermeister sowie an den Beigeordneten Herrn Prof. Dr. Hafezi müsse man sich dazu verhalten.

Die Stellungnahme solle wie folgt geändert und ergänzt werden:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, sehr geehrter Herr Beigeordneter,

wir, der Jugendhilfeausschuss, wenden uns heute mit größter Dringlichkeit an Sie. Die aktuelle Situation im Jugendamt unserer Stadt ist alarmierend: Die Fallzahlen pro Sozialpädagog*in haben ein unhaltbares Niveau von über **78 60** erreicht. Die hohe Arbeitsbelastung hat bereits dazu geführt, dass Kolleginnen und Kollegen einen Wechsel in Erwägung ziehen, sobald sich alternative Jobmöglichkeiten bieten.

In dieser kritischen Lage appellieren wir eindringlich an Sie, die Schaffung von mindestens 20 zusätzlichen Stellen im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) sofort umzusetzen. Dies wäre das Minimum, um die Arbeitslast auf ein – ansatzweise - angemessenes Niveau zu reduzieren und dem Schutzauftrag des Jugendamts gerecht zu werden.

Als Jugendhilfeausschuss fühlen wir eine tiefe Verantwortung, sowohl gegenüber den Familien als auch den Mitarbeitenden des Jugendamtes gegenüber. Aus diesem Grund wollen wir diese untragbare Situation umgehend verbessern, indem wir gezielt um Unterstützung und Entlastung bitten.

Wir bitten im Weiteren darum, die Benchmarks aus anderen Städten heranzuziehen. Denn ein Vergleich der Besetzungsquoten könnte wertvolle Einsichten bieten, wie andere Kommunen ähnliche Herausforderungen meistern und könnte als Orientierung für die strategische Personalplanung dienen.

Obwohl derzeit eine Organisationsuntersuchung durchgeführt wird, deren Ergebnisse erst im Mai vorliegen werden, betonen wir, dass ein Abwarten bis dahin nicht tragbar ist. Die Lage erfordert umgehendes Handeln, um weitere Abgänge des Personals zu verhindern und die hohe Qualität ihrer Arbeit aufrechtzuerhalten.

Wir sind überzeugt, dass durch die gemeinsame Anstrengung und die konstruktive Zusammenarbeit, dieses Ziel erreicht werden kann. **Darum bitten wir darum im Januar Gespräche mit Vertreter*innen des Jugendhilfeausschusses dazu zu führen und spätestens im Februar im Jugendhilfeausschuss zu präsentieren.**

Herr Reimann stellt die geänderte Stellungnahme zur Abstimmung.

Abstimmung:
einstimmig angenommen

8 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

AG HzE

Herr Küken berichtet wie folgt:

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Träger der Flexiblen ambulanten Angebote nach §27/2 und der Beratungsleistungen nach § 17/18 haben sich mit dem Hintergrund des Abbruchs der Verhandlungen zu einem Rahmenvertrag ambulante Hilfen nach intensiver Beratung mit einem Brief an die Verwaltung gewandt, um eine Verlängerung der bestehenden Verträge bis zum 29.02.2024 und Vertragsverhandlungen im Januar für den Zeitraum ab 01.03.2024 zu erwirken.

Zu den Hintergründen:

1. In den Jahren 2022 und 2023 fanden intensive und konstruktive Gespräche und Verhandlungen zwischen Verwaltung und den freien Trägern statt. Ziel war nicht nur die Entwicklung der Fachleistungsstunden, die Verbesserung der Bedingungen für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, sondern auch die Idee, zukünftig wieder gemeinsam an der Entwicklung qualitativer Standards zu arbeiten.
Leider wurde dieser aufwendige und intensive Prozess seitens des Beigeordneten ohne weiteren Austausch mit allen Beteiligten abgebrochen und den Trägern wurde dies kurz vor Jahresende am 06.11. offiziell bekannt gegeben.
In den vergangenen vielen Jahren haben wir in der Landeshauptstadt Potsdam trotz unterschiedlicher Interessen vertrauensvoll zusammengearbeitet, immer bemüht, Lösungen zu finden. Das aktuelle Prozedere ist aus Sicht der Träger nicht zielführend und schadet letztendlich sowohl den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und am Ende unseren Klienten. So wollen wir nicht miteinander arbeiten und umgehen.
2. Ebenso kritisieren wir das aktuelle Vorgehen. Nach dem Verhandlungsabbruch wurden wir aufgefordert, neue Anträge einzureichen. Dies ist seitens der Träger erfolgt. Nun bekommen wir die Kostenblätter zugesandt, mit der Anmerkung, dass die Vereinbarungen bereits der Fachbereichsleitung zur Unterschrift vorgelegt wurden. Nachbesserungen und ein gemeinsamer Austausch sind nicht vorgesehen, zumal im Sommer besprochene beantragte Verbesserungen nicht berücksichtigt wurden.
3. Wir erwarten, dass die Themen, welche bereits bis zum Juli 2023 besprochen wurden, wieder verhandelt werden. Auch im Bereich der Flexiblen ambulanten Hilfen ist der Fachkräftemangel deutlich zu spüren. Hier ist eine klare Verbesserung der Bedingungen notwendig, um für diese anspruchsvolle und schwere Arbeit Menschen zu gewinnen und zu begeistern, sowie fachliche Standards weiter zu entwickeln. Die Angebote, welche jetzt vorliegen bedeuten Stagnation bzw. Verschlechterung und werden sich perspektivisch auf unser Klientel auswirken.

Wir haben viele Fragen. Hier nur zwei:

Was gedenkt die Verwaltung zu unternehmen, um wieder gemeinsam mit den Trägern im Sinne unserer Klientel zu agieren sowie zielführend und vertrauensvoll miteinander zu kommunizieren?

Welche gemeinsamen Schritte und vertraglichen Vereinbarungen sind aus Verwaltungssicht notwendig, um im Bereich der flexiblen Hilfen den Rahmen für die Arbeitsbedingungen so zu gestalten, dass die wachsenden Bedarfe in der Stadt Potsdam bedient werden können und die anspruchsvolle Arbeit (zum Beispiel Kinderschutzfälle) in den Familien geleistet werden kann?

Frau Krönes berichtet wie folgt:

Thema Erziehungs- und Familienberatungsstellen (EFB):

- Leistungsvereinbarungen mit der Caritas und EJF (also für drei von vier EFB der Landeshauptstadt Potsdam) enden am 31.12.2023 ohne Klausel der Wiederverlängerung, auch nicht für den Fall von Verhandlungen oder ähnliche, sondern explizit mit der Klausel, dass sie ohne Verlängerungsoption enden.
- Leistungsvereinbarung Stibb endet am 30.06.2024
- ab 01.01.2024 gäbe es nur noch Stibb, die die gesetzliche Pflichtleistung im pauschalen Stundensegment erfüllen würden.
- unterjährig mehrfache Nachfragen seitens Caritas und EJF im Jugendamt bezüglich der Vertragsverlängerung. Seitens der Landeshauptstadt Potsdam (verschiedene Kontaktpersonen) erfolgte stets eine Beruhigung, dass die Verträge verlängert werden würden.

Angebot der Stadt am 27.11.2023 an alle drei Träger:

- gewünscht seitens der Landeshauptstadt Potsdam ist eine Differenzierung der Leistungsvereinbarungen mit unterschiedlichen Abrechnungs-Modi für das pauschale Stundensegment und die langfristigen Hilfen zur Erziehung
- Wunsch der Stadt, den Interventionskatalog für langfristige Hilfen abzuschaffen.
- einheitliche Fachleistungsstunde (FLST) nach dem für die Stadt geltenden TVöD VKA
- im pauschalen Stundenkontingent würde das einer Reduzierung der bereits heute nicht mehr den Real-Löhnen entsprechenden FLST von Caritas und EJF entsprechen.
- unklar ist, ob im pauschalen Stundenkontingent weiterhin der Interventionskatalog zur Anwendung kommt, nach dem die Träger arbeiten

Antwort der drei Träger an die Stadt und „Gegenvorschlag“ vom 04.12.2023:

- Signal der Offenheit für Gespräche über eine Veränderung der Finanzierungsstruktur
- Angesichts der fortgeschrittenen Zeit im Jahresablauf und der Tatsache, dass die Leistungsvereinbarungen von Caritas und EJF am 31.12.2023 enden, Bitte um Verlängerung derselben bis zum 30.06.2024 analog der bestehenden Vereinbarung von Stibb.

- Bitte um Auftakt-Gespräch noch in diesem Jahr, um in bewährter Tradition Vertragsverhandlungen mit Veränderungsinteressen konstruktiv und in beiderseitigem Interesse zu führen.
- Positives Signal der Stadt am 11.12.2023, dass die Verträge von EJF und Caritas analog zu dem Vertrag von STIBB bis zum 30.06.2024 verlängert werden und die Zeit bis dahin genutzt wird, um die Vertragsverhandlungen zu führen. Gleichzeitige Kündigung des Vertrags von Stibb zum 30.06.2024.
- Die Kritik der Träger besteht vor allem in der Kurzfristigkeit der Abläufe, da dies zu einer großen Unsicherheit in der Planung und auch unter den Mitarbeitenden führt und in der Art und Weise wie mit langjährigen Kooperationspartnern umgegangen wird.
- Die gewünschten Veränderungen würden zu einer Reduzierung der Finanzierung der EFB bei gleichbleibender Leistung führen, welches von existentieller Bedeutung für die Berstungsstellen ist.

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet, dass er zu den Verhandlungen eine andere Erinnerung habe. Diese seien in seiner Wahrnehmung nicht abgebrochen worden. Er habe bereits im letzten Jugendhilfeausschuss deutlich gemacht, dass gute Ergebnisse ausgehandelt worden seien. Dies stelle man als Landeshauptstadt Potsdam nicht in Frage. Das Geld sei nicht im Haushalt dafür eingestellt, daher wolle er keine Versprechungen machen. Im weiteren Vorgehen wolle man bisher die Verträge bis zum 29.02.2024 verlängern. Er schlage vor dies bis zum 30.06.2024 auszuweiten. Man wolle im Haushalt Deckungssummen suchen, so dass das Jahr 2024 gut ausgestaltet werden könne. Die Dinge müssten objektiv und sachlich miteinander besprochen werden, dann finde man auch für alles eine Lösung. Er bitte darum die Schärfe in der Diskussion beiseite zu legen. Im Februar 2024 werde man dazu ins Gespräch kommen und aushandeln, wie es weitergehe. Ab 2025 wolle man das dann so umsetzen, wie es besprochen worden sei.

Frau Peters ergänzt, dass man mit den Trägern, die die Flexhilfen anbieten würden, ins Gespräch gehen werde.

Herr Küken mahnt, dass es zum 01.03.2024 eine tarifliche Veränderung gebe. Deshalb müsse man vor dem 29.02.2024 Gespräche führen. Er erwarte, dass die Verwaltung auf ihn zukomme.

Herr Prof. Dr. Hafezi bekräftigt, dass man gemeinsam eine Lösung finden werde.

6 Informationen des Jugendamtes

6.2 Sachstand Kita-Auslastung und demographische Entwicklung

Frau Kerstin Elsaßer, Bereichsleiterin Kindertagesbetreuung Bereich 234 der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet, dass die Verwaltung aktuell die Entwicklung in den Planungsräumen und standortbezogen eher als Chance sehe. Die räumliche Standardsetzung, welche für die Erlaubnis des Betriebs von Einrichtungen erforderlich sei, stelle teilweise überholte Mindeststandards dar. Die Entwicklung von unter anderem inklusiver Kindertagesbetreuung mit multiprofessionellen Akteuren brauche zu entwickelnde Rahmenbedingungen. Es sei vorgesehen (Start im Januar 2024) auf planungsräumlicher Ebene standortbezogene Gespräche mit allen Trägern der Kindertagesbetreuungseinrichtungen zu führen. Standortbezo-

gene Besonderheiten, planungsräumliche, sozialräumliche und stadtweite Entwicklungen seien Bestandteil der gemeinsamen Gespräche. Über das methodische Vorgehen, den Teilnehmerkreis und die Folgeschritte muss entschieden werden. Eine regelmäßige Überprüfung und Auswertung der Stichtage im Abgleich mit der Planung sei unerlässlich. Die Bedarfsplanung sei bedarfsgerecht zum schnellstmöglichen Zeitpunkt fortzuschreiben und sofern erforderlich zu korrigieren. Da jedoch voraussichtlich in 2024 nicht mit einer Aktualisierung der Bevölkerungsprognose zu rechnen ist, werden gemeinsam noch im laufenden Jahr mit dem Bereich Statistik und Wahlen 553 Möglichkeiten und nächste Schritte bis zum Vorliegen der neuen Prognose beraten. Im Ergebnis des Abgleichs der Bestandszahlen mit der aktuellen Planung werde auch über Neubauvorhaben und erforderliche Korrekturen zu befinden sein. Darüber hinaus prüfe die Erlaubnisbehörde (Ministerium für Bildung, Jugend und Sport - MBJS) aktuell standortbezogen die für die Betriebserlaubnis relevanten Aspekte in einigen Einrichtungen auf Aktualität. Auch hier könnten sich möglicherweise aufgrund konzeptioneller Entwicklungen Kapazitäten verändern. Der örtliche Träger der öffentlichen Jugendhilfe sei in der gesetzlichen Verantwortung im Benehmen mit den Trägern den Bedarfsplan fortzuschreiben. Die Realisierung des Förderauftrages sowie der §§ 22 und 22a SGB VIII, die Erreichbarkeit, die tatsächliche Inanspruchnahme und das Wunsch- und Wahlrecht seien zu beachten.

Herr Prof. Dr. Hafezi schließt an, dass er die ausreichend vorhandenen Kapazitäten begrüße. Man müsse sich Gedanken machen, wie man das qualitativ in den nächsten Jahren in die richtige Richtung entwickeln könne. Fachlich müsse man sich damit beschäftigen, welche Handlungserfordernis sich unter anderem daraus ergebe. Das MBJS schaue sich regelmäßig die Integrierte Kita- und Schulentwicklungsplanung an und fordere die Landeshauptstadt Potsdam auf, diese angemessen fortzuschreiben. Basierend auf den Prognosedaten müsse man spätestens in 2025/2026 fortschreiben – auch für den Kitabereich. Hierzu werde man frühestens in 2025 eine Erhebung vorliegen haben. Danach würden belastbare Zahlen vorliegen, woraus man schlussfolgern könne, ob ein Überangebot vorliege und wie es sich räumlich innerhalb der Stadt gestalte.

Auf Nachfrage zur Prognose erläutert Frau Elsaßer, dass dies noch nicht absehbar sei. Man müsse die Tendenz der nächsten Jahre abwarten. Aktuell könne man nur mit Planzahlen aus der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung agieren. In 2023 habe man im Krippen- und Kitabereich die Situation einer Nichtauslastung zwischen 1300 und 1500 Plätzen gehabt. Pro Planungsraum seien nicht exorbitant viele freie Plätze zu verzeichnen gewesen.

In der anschließenden Diskussion bittet man darum, sicherzustellen, dass die Mitarbeiter*innen gehalten werden können. Zum Beispiel könne man Standorte mit höheren Belastungen mit dem Überpersonal anderer Einrichtungen ausstatten. Die Verwaltung werde hierzu auf Basis der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung die Bedarfe der freien Träger planungsraumtechnisch eruieren und besprechen.

Der Kita-Elternbeirat bitte um eine Aufstellung der tatsächlich verfügbaren Kitaplätze (mindestens nach Planungsräumen) unter Berücksichtigung nicht belegbarer Plätze durch zum Beispiel Personal- oder Raummangel in der Januarsitzung.

Herr Prof. Dr. Hafezi verabschiedet sich, da er anschließend am Ausschuss für Kultur teilnehmen werde. Er bedankt sich bei den Ausschussmitgliedern für die bisherige gemeinsame Zusammenarbeit und wünscht frohe Weihnachten sowie einen guten Start in das neue Jahr 2024.

4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Bulgrin berichtet für den Kreisschülerrat, dass dieser am 13.12.2023 zuletzt getagt habe. Man habe Gruppen zu bestimmten Themen, wie zum Beispiel Ausstattung an Schulen, kostenlosem Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), etc. gegründet. Bezüglich des Themas Aufenthaltsorte für Kinder und Jugendliche in Potsdam wolle man im März 2024 eine Sitzung durchführen. Herr Bulgrin lädt dazu den Jugendhilfeausschuss ein. Herr Reimann bittet darum, sich dazu mit ihm im Nachgang zu verständigen, da bisher für diesen Tag ebenfalls eine Jugendhilfeausschusssitzung geplant sei.

Der Kreisschülerrat stelle weiterhin einen stellvertretenden Landesschülersprecher, Herrn Ron Bulgrin.

5 NOW! Potsdam – Beratungs- und Lotsenstelle für psychische Gesundheit in Potsdam

Herr Jannis Seidemann, stellvertretender Geschäftsführer von NOW! Potsdam, stellt anhand einer Präsentation vor (Anlage 1).

Es wird eine erneute Vorstellung im Jugendhilfeausschuss mit aktuellen Zahlen in einem halben Jahr vereinbart.

6 Informationen des Jugendamtes

6.1 aktueller Umsetzungsstand der Jugendamtsanträge zum Haushalt 2023/2024

Bildungsgerechtigkeit sichern, Potsdamer Kitas stärken (Ifd. Nr. 2)

Frau Elsaßer berichtet, dass mit Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 16.12.2021 die Stadtverordnetenversammlung aufgefordert worden sei, in der Haushaltssatzung der Landeshauptstadt Potsdam für das Haushaltsjahr 2022 erforderliche Mittel, die für die Erfüllung der pflichtigen Leistung für Kinder mit besonderem Bedarf in Kindertagesstätten gemäß KitaG § 12 in Höhe von 800.000€ in den Haushalt der LHP im Jahr 2022 einzustellen. Die für die Umsetzung dieser Pflichtaufgabe aufzuwendenden Mittel sind für die Folgejahre in der jeweils erforderlichen Höhe zu sichern. In Analogie zu Berliner Entscheidungen erfolge seit 2022 eine Förderung von Kindertageseinrichtungen in Potsdam mit mehr als 40% Kinder mit Migrationshintergrund. Im Ergebnis in 2022 seien somit elf Einrichtungen (Krippe und Kindergarten) mit zusätzlichem Personal gefördert worden. Das seien auch die Einrichtungen, in denen besondere Belastungslagen (Rückmeldungen aus Einrichtungen und Ergebnisse Sprachstandserhebungen) deutlich geworden seien. Freie Träger hätten sich unter anderem in der AG 78 Kita mehrfach dafür ausgesprochen, dass über die Förderung hinaus auch Horteinrichtungen zu berücksichtigen wären. Daraufhin sei im Rahmen der Haushaltsplanung der finanziell pflichtige Bedarf für alle Betreuungsformen (2023/ 2024) ermittelt worden. In der Planung 2023/2024 habe dies einen Ansatz in Höhe von 1.780 T Euro ergeben. Darüber

hinaus habe die Stadtverordnetenversammlung im Juni 2023 (Änderungen der Fraktionen zur Haushaltssatzung 2023/24) folgenden Beschluss gefasst:

Bildungsgerechtigkeit sichern, Potsdamer Kitas stärken

Die Stadtverordnetenversammlung möge vorbehaltlich des ausstehenden Prüfergebnisses der Verwaltung beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Haushaltsmittel für die Betreuung von Kindern mit besonderem Entwicklungsbedarf in Potsdamer Kitas für das Jahr 2024 um 450.000 Euro zu erhöhen, umso eine kontinuierliche und bedarfsgerechte Förderung der Kinder zu gewährleisten und den personellen Ressourcenbedarf zu decken.

Durch diese Entscheidung stünden folgend zuzüglich zu den Haushaltsansätzen 2023/2024 900.000 Euro zur Verfügung. Aus der AG 78 Kita sei die Unter-Arbeitsgemeinschaft (UAG) 78 Kita „Inklusive Kindertagesbetreuung in Potsdam“ beauftragt worden, konzeptionelle Möglichkeiten für einen nachhaltigen Einsatz der Mittel zu erarbeiten. Die Ergebnisse wurden in der AG 78-Sitzung am 21.11.2023 vorgestellt. Am Ende eines umfassenden Austauschs habe man sich mehrheitlich für folgende Säulen (ab 2024) entschieden: Kinder mit Migrationshintergrund, Modellprojekt „Auf dem Weg zur Inklusion“, Modellprojekt „Kita-Sozialarbeit“. Im Nachgang der Sitzung der AG 78 sei durch ein Mitglied in der Sache mit Bezug auf das Landesprogramm Kiez Kita und die Möglichkeit des Einsatzes von finanziellen Mitteln für sogenannte weitere standortbezogene Einzelentscheidungen darum gebeten worden, den Vorgang nochmals in der kommenden AG 78 zu besprechen. Die durch die UAG 78 erarbeiteten Maßnahmen würden die Umsetzung des Beschlusses nachhaltig ermöglichen. Eine Umsetzung wird empfohlen. Darüber hinaus sollte die geäußerte standortbezogene Sorge im Einzelfall in der AG 78 besprochen und gegebenenfalls eine vierte Säule für Einzelfallentscheidungen aufgenommen werden. Über Kriterien sollte in der AG 78 zu Beginn 2024 entschieden werden.

Leuchtturmprojekt für Potsdam: Familienzentren jetzt umsetzen (lfd. Nr. 3.)

Frau Elsaßer berichtet, dass die Stadtverordnetenversammlung in der Sache folgende Änderung der Fraktionen zur Haushaltssatzung 2023/2024 (DSSCC/0219) beschlossen habe:

Leuchtturmprojekt für Potsdam: Familienzentren jetzt umsetzen

Der Oberbürgermeister wird gebeten in Zusammenarbeit mit geeigneten Kitas und weiteren relevanten Institutionen, ein Konzept "Mo.Ki - Monheim für Kinder" in Potsdam zu erstellen.

Dem Jugendhilfeausschuss ist zum Stand der Qualifizierung halbjährlich zu berichten.

Das Konzept „Mo.Ki – Monheim für Kinder“ beschreibe einen Präventionsansatz. Anliegen sei es, Kinder- und Jugendhilfeangebote systematisch umzubauen. Die Entwicklung des Kindes stehe bezogen auf präventive Arbeit im Mittelpunkt. Für nachhaltige Erfolge in der pädagogischen Arbeit bedarf es trägerübergreifender Fachkräfte und Netzwerke mit zahlreichen Kooperationspartnern. Aktuell unterstütze die Verwaltung Konzepte / Anträge von Kita-Trägern bezogen auf die Richtlinie des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz (MSGIV) über die Förderung von Familienzentren im Land Brandenburg (Familienzentren-Förderrichtlinie) vom 10.07.2023. Ein Kindertagesbetreuungsstandort in Potsdam, Am Schlaatz habe bereits einen Zuschlag erhalten. Der Ausbau werde schritt-

weise mit dem Fokus der Vernetzung begleitet werden. Über die Strategieumsetzung / Konzeptionierung sei gemeinsam mit Kinder- und Jugendhilfeakteuren zu befinden.

Potsdamer Familien stärken: Ausbau der Beratungsstellen (Ifd. Nr. 4.)

Frau Peters berichtet, dass ein Interessenbekundungsverfahren für Frühjahr 2024 geplant sei. Der Ausschreibungstext, sowie die spätere Auswahl eines Trägers, erfolge unter Beteiligung eines Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses.

Hierfür stellt sich Herr Frank Otto zur Wahl.

Abstimmung:

einstimmig **angenommen**

Ticketfreier ÖPNV für Schülerinnen und Schüler (Ifd. Nr. 8.)

Herr Gessner berichtet, dass der Aufsichtsrat des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg im September 2023 einen Beschluss gefasst habe, womit das Schüler*innenticket zum 01.01.2024 zum Preis von 15 Euro pro Monat zur Verfügung gestellt werden solle. Das Landesamt für Bauen und Verkehr (Genehmigungsbehörde) habe dem noch zustimmen müssen, was mittlerweile erfolgt sei. Die Familien werden angeschrieben und informiert. Rückerstattungen würden automatisch erfolgen.

Schülerarbeits- und Aufenthaltsraum am Einstein-Gymnasium (Ifd. Nr. 10.)

Herr Gessner berichtet, dass für die vorgesehene Nutzung als Oberstufenraum/ Selbstlernzentrum eine Umwidmung im Rahmen eines Baugenehmigungsverfahrens notwendig sei. Hierbei werde die neue Nutzung und dementsprechend auch die geänderten Anforderungen an den Brandschutz neu betrachtet. Weiterhin werde hierbei geprüft, ob der Ausbau des alten Regalsystems mit Zwischendecke aus verschiedenen Gesichtspunkten (Denkmalschutz, Statik usw.) möglich sei. Gemäß Antrag und Beschluss der Stadtverordnetenversammlung im Rahmen des Beschlusses des Haushaltes 2023/2024 vom 07.06.2023 seien die notwendigen Mittel in den Wirtschaftsplan 2023 des Kommunalen Immobilien Service für das Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 40.000 Euro aufgenommen. Die Maßnahme könne erst im Jahr 2024 beginnen, da die finanziellen Mittel auch erst im Haushalt 2024 eingestellt und genutzt werden können.

Kostenloses Mittagsangebote für Schülerinnen und Schüler (Ifd. Nr. 11.)

Herr Gessner berichtet, dass die Begrenzung des Portionspreises auf 3,90 Euro für ein Schulmittagessen gemäß des Stadtverordnetenbeschlusses ab dem 01.09.2023 umgesetzt werde. Der Beschluss verliere Ende 2024 seine Wirkung.

Kostenloses Frühstücksangebot an allen Grundschulen (Ifd. Nr. 12.)

Herr Gessner berichtet, dass das mit dem Beschluss zur Verfügung gestellte Budget nicht ausreiche, um an allen Grundschulen ein kostenfreies Frühstück anbieten zu können. Daher habe man eruiert, welche Schulen besonders viele Kinder mit Leistungen für Bildung und Teilhabe (BuT) hätten. Diese Schulen wurden gefragt, ob sie das Frühstücksangebot annehmen möchten. Aus dieser Umfrage hätten zwei Schulen ihr Interesse an diesem kostenfreien Frühstück bekundet. Derzeitig würden die Vorbereitungen zum Ausschreibungsverfahren an den jeweiligen Schulen laufen. Anfang 2024 könne das Verfahren für die beiden Schulen ins Laufen kommen, voraussichtlich Anfang des 2. Quartals 2024.

Weitere Details zu Teilnehmerzahlen (auf Nachfrage) werden als Anhang für das Protokoll nachgereicht (Anlage 2).

Ausstattung aller Schulen mit Menstruationsartikeln (lfd. Nr. 13.)

Herr Gessner berichtet, dass die finanziellen Mittel gemäß Änderungsliste der Verwaltung zum Haushalt 2023/2024 für die Ausstattung der Schulen und schulischen Einrichtungen mit Periodenproduktespendern eingesetzt werden. Aktuell werde die erforderliche Spenderausstattung nach Art und Umfang geprüft sowie eine Priorisierung der Schulstandorte für die Installation vorgenommen. Anschließend werde das öffentliche Vergabeverfahren durchgeführt. Nach erfolgter Installation würden die Periodenproduktespender mit Menstruationsartikeln als Verbrauchsmaterialien im Rahmen der vertraglichen Unterhaltsreinigung vom zuständigen Reinigungsdienstleister befüllt. Die Finanzierung der laufenden Befüllung erfolge über das Budget „Betriebskosten an KIS“. Voraussichtlich werde zum zweiten Quartal 2024 die sukzessive Installation der Periodenproduktespender an den Schulen und schulischen Einrichtungen erfolgen.

Schulsekretariate (lfd. Nr. 15.)

Herr Gessner berichtet, dass für die Erfüllung der pflichtigen Schulträgeraufgaben entsprechend dem v. g. Beschluss folgende Stellen eingerichtet wurden: 1. eine Vollzeit-Stelle Schulsekretariat im Springersystem mit Sperrfrist 30.04.2024, 2. eine 0,75-Stelle für das Schulsekretariat der Michael-Ende-Grundschule (47), 3. eine 0,25-Stelle Schulsekretariat Schule am Schloss (28) (Aufstockung der 0,75-Stelle auf eine Vollzeit-Stelle), 4. eine 0,75-Stelle Schulsekretariat Gymnasium Bornstedt. Eine Stelle im Springersystem sowie die 0,75-Stelle für die Grundschule 48 in Krampnitz stehen derzeit noch nicht zur Verfügung. Die 0,75-Stelle für die Eröffnung der Grundschule 48 in Krampnitz wird nach aktuellem Stand erst mit der Haushaltssatzung 2025 benötigt.

Kooperative temporäre Lerngruppe „Weidenhof“-Grundschule (lfd. Nr. 9.)

Herr Becker berichtet, dass nach erfolgreicher Akquise einer sozialpädagogischen Fachkraft die kooperative temporäre Lerngruppe ab dem 16.10.2023 in Trägerschaft von Independent Living Stiftung fortgeführt werden konnte.

Ausbau Schulsozialarbeit (lfd. Nr. 17.)

Herr Becker berichtet, dass ab dem Schuljahr 2024/2025 folgende bisher unversorgte Schulen Schulsozialarbeit erhalten: Grundschule am Telegrafenberg (43), Abendschule Heinrich von Kleist (15), Michael-Ende-Grundschule (47). Entgegen der bisherigen Planung gehen weitere staatliche Schulen erst 2024/2025 beziehungsweise 2025/2026 an den Start und erhalten Schulsozialarbeit erst nach einem Jahr Schulbetrieb. Im Doppelhaushalt 2023/2024 seien für 2024 Finanzen für 3,0 BZÄ eingestellt, in der MiFi ab 2025 für 5,0 VZÄ geplant.

Rahmen- und Handlungskonzept zur „Integrationsschulsozialarbeit in der Landeshauptstadt Potsdam“ (lfd. Nr. 18.)

Herr Becker berichtet, dass die Etablierung der Integrationsschulsozialarbeit (ISSA) an vier Schulstandorten erfolge (Weidenhof-Grundschule (40), Grundschule am Humboldttring (37), Oberschule Theodor Fontane mit Primarstufe (51), Friedrich-Wilhelm-von-Stauben-Gesamtschule (46)). Die Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe habe am 07.06.2023 das Fachvotum zu weiteren Schulstandorten mit Bedarf an ISSA auf Basis der im Konzept festgelegten Vergabekriterien (das Fachvotum benennt sechs weitere Schulstandorte nach Rang sowie die mobile Integrationsschulsozialarbeit) bestätigt. Zur Umsetzung des Fachvotums stünden in 2025 keine Haushaltsmittel zur Verfügung. Die ISSA werde wie die reguläre Schulsozialarbeit durch Auswertung der Sachberichte, jährliche Auswertungsgespräche mit den Schulen/Schulsozialarbeiter*innen/Trägern und Auswertungsgesprächen mit den Trägern von ISSA evaluiert.

Finanzierung des ESF-Projekts JUGEND STÄRKEN: Brücken in die Eigenständigkeit (JUST Best) (Ild. Nr. 19.)

Herr Becker berichtet, dass keine Beteiligung an dem besagten ESF Projekt stattfinde, da keine verbindliche Ko-Finanzierung zur Antragsfrist vorhanden gewesen sei (Ansatz 70.000 Euro).

Einrichtung einer zusätzlichen Koordinationsstelle für Frühe Hilfen im Kinderschutz (Ild. Nr. 20.)

Herr Becker berichtet, dass die Stelle bis zum 30.04.2024 gesperrt sei.

Laut Herr Reimann dürfe die Stelle wieder entsperrt werden, der Geschäftsbereich könne da eigenständig handeln.

Einrichtung eine Stelle für den Erzieherischen Kinder- und Jugendschutz (Ild. Nr. 21.)

Herr Becker berichtet, dass die Stelle bis zum 30.04.2024 gesperrt sei.

PLUS Programm (Ild. Nr. 22.)

Frau Margraf berichtet, dass für das Förderprogramm „Potsdamer Lern- und Unterstützungssystem für schulbezogene Jugendhilfeleistungen an den Schulen der Landeshauptstadt Potsdam (PLUS)“ durch einen haushaltsbegleitenden Beschluss für 2023 und 2024 ein zusätzliches Sonderbudget in Höhe von insgesamt 300.000,00 Euro vorliege. Konkret bedeute dies folgendes: das vorhandene Budget für 2024 in Höhe von 350.000,00 Euro abzüglich bereits für das 1. Halbjahr aufgrund des Schuljahres 2023/2024 gebundener Haushalts-Mittel von 108.000,00 Euro ergeben 242.000,00 Euro, regulär ab September 2024 bis Dezember 2024 für das Schuljahr 2024/2025. Eine extra zu bewilligende kurzfristige PLUS-Förderung für das 2. Schulhalbjahr 2023/2024 (ab Februar bis Juli 2024) sei nicht sinnvoll, da einerseits die Koordination zusätzlicher Projekte aufgrund engmaschiger Planung des Schuljahres sowohl für die Projektträger als auch für die Schulen komplex und nur mit ausreichendem Zeitvorlauf realisierbar wäre. Hinzu komme das anschließende Antrags-, Prüf- und Bewilligungsverfahren durch das Jugendamt, welches ebenfalls einen entsprechenden zeitlichen Vorlauf benötige. Die beiden Sonderbudgets ließen sich jeweils einmalig als Rest in das nachfolgende Jahr verschieben, das heißt das Zusatzbudget 2023 in Höhe von 100.000,00 Euro einmalig in 2024 und Zusatzbudget 2024 in Höhe von 200.000,00 Euro einmalig in 2025. Empfehlenswert sei die Umsetzung der Sonderbudgets 2023 und 2024 im nächsten regulären PLUS-Antragsverfahren für das Schuljahr 2024/2025 mit folgender Aufteilung: 2024 (ab September bis Dezember 2024 = 242.000,00 Euro plus 100.000,00 Euro (aus 2023) = 342.000,00 Euro; 2025 regulär 175.000,00 Euro für 2. Schulhalbjahr plus 200.000,00 Euro aus 2024 = 375.000,00 Euro. In diesem Vorschlag gebe es eine relativ gleichmäßig finanzielle Aufteilung beider Schulhalbjahre und es entstünde einmalig ein Gesamtbudget von 717.000,00 Euro für das Schuljahr 2024/2025. Es werde empfohlen, neben den bisherigen antragstellenden Trägern alle weiteren Träger der Jugendförderung über das zusätzliche Budget zu informieren. Der zeitliche Vorlauf ermögliche so, eine breite Trägerschaft anzusprechen und somit eine möglichst vielfältige Projektauswahl gemäß der Programm-Richtlinie sowie größtmögliche Planungssicherheit bei den antragstellenden Trägern sowie kooperierenden Schulen zu gewährleisten. In der Kommunikation mit den Trägern und den Schulen sei eine Deckelung auf maximal 10 PLUS-Projekte pro freien Träger und gleichzeitig maximal 2 PLUS-Projekt(e) pro Potsdamer Schule empfehlenswert.

Die Antragsaufforderungen und damit auch Informationen zum Antragsverfahren werden den freien Trägern voraussichtlich bis zur nächsten Woche zugestellt.

In der anschließenden kontrovers geführten Diskussion zum Antragsverfahren und den Rahmenbedingungen zur Richtlinie wird vereinbart, die Thematik ausführlicher in der AG JuFö zu behandeln. Danach soll eine erneute Vorstellung im Jugendhilfeausschuss erfolgen.

9 Anträge

9.1 Schulhöfe und Sportanlagen für Kinder und Jugendliche öffnen – jetzt !

Herr Ströber bringt den Antrag ein.

Herr Reimann ergänzt, dass Schulen, die neugebaut würden, konzeptionell bereits entsprechend geplant werden sollten.

Herr Gessner berichtet, dass die Verwaltung die Intention des Antrages befürworte. Rahmenbedingungen würden jedoch eine pauschale Öffnung aller Schulhöfe erschweren (zum Beispiel fehlende Genehmigung gemäß Bauantrag und weiterer baurechtlicher Belange, Immissionsschutz gemäß Sportlärmschutzverordnung (Anwohner), Hortnutzung, Nähe zu anderen geöffneten großen Freizeitanlagen, etc.). Es könne für Neubauten berücksichtigt werden. Im Zusammenhang mit der DS 21/SVV/0728 seien bereits alle relevanten Schulstandorte auf eine mögliche Öffnung oder Teilöffnung der Schulhöfe und Schulsportanlagen geprüft worden. Eine aktuelle Liste zum Sachstand könne dem Protokoll angefügt werden (Anlage 3). Im Ergebnis bestünden schon heute an vielen Schulstandorten Mitnutzungsmöglichkeiten der Schulsportanlagen. Darüber hinaus werde bei aktuellen Schulbauprojekten an den Standorten Pappelallee, Schlaatz und Krampnitz bereits für die Öffentlichkeit mitnutzbare Sportanlagen berücksichtigt. Man berichte hierzu regelmäßig im Ausschuss für Bildung und Sport und könne dies auch im Jugendhilfeausschuss tun.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das mit dem Aktionsplan Kinder-und jugendfreundliche Kommune 2017 bis 2020 beschlossene Leitziel -eine verschränkte öffentliche Nutzung von Schul-und Sportflächen, Kitas sowie Turnhallen ist in Potsdam zu gewährleisten - (Maßnahme 4.1.5) weiter kontinuierlich umzusetzen.

Dazu sind spätestens ab dem Haushaltsjahr 2025/2026, nach Möglichkeit früher,

1. sukzessive alle bestehenden Schulstandorte für die außerschulische öffentliche Nutzung zugänglich zu machen, mindestens aber drei weitere Standorte pro Jahr und
2. die finanziellen Mittel dafür entsprechend bereitzustellen.

Zusätzlich ist bei Schulneubauten die öffentliche Nutzung der Schulhöfe und Sportanlagen außerhalb der Unterrichtszeiten generell sicher zu stellen.

Der Jugendhilfeausschuss ist halbjährlich über den Stand der Umsetzung zu informieren

Abstimmungsergebnis:
einstimmig **angenommen**

Laut Geschäftsordnung dürfe der Jugendhilfeausschuss nicht länger als 20:00 Uhr tagen, außer die Mehrheit der Ausschussmitglieder stimme dafür.

Herr Reimann stellt die Verlängerung der Sitzung zur Abstimmung.

Abstimmung:
Zustimmung: 3
Ablehnung: 5
Stimmenthaltung: 2

mit Stimmenmehrheit **abgelehnt**

Es wird vereinbart, dass die Berichte zu den Tagesordnungspunkten 7 „Bericht des Kita Elternbeirates“ sowie 8 „Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII“ dem Protokoll angefügt werden.

7 Bericht des Kita-Elternbeirates

Der Bericht wird dem Protokoll angefügt (Anlage 4).

8 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

AG Kita

Es erfolgte keine Berichterstattung.

UA JHP

Der Bericht wird dem Protokoll angefügt (Anlage 5).

Weiterhin wird ein Bericht zum Thema Lenkungsgruppe Schule/Jugendhilfe durch Herrn Ströber für das Protokoll zur Verfügung gestellt (Anlage 6).

AG JuFö

Der Bericht wird dem Protokoll angefügt (Anlage 7).

10 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

10.1 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft

23/SVV/0676
vertagt

Die Drucksache wird seitens der Fraktion auf die Januarsitzung **zurückgestellt**.

10.2 Jugendförderplan der Landeshauptstadt Potsdam 2023 bis 2026

23/SVV/0537
vertagt

Die Drucksache wird seitens der Verwaltung auf die Januarsitzung **zurückgestellt**.

11 Sonstiges

Keine Anmerkungen.

Vorsitz:

Protokollführung:

Timo Reimann

Eva Thäle

Gefördert durch die
Landeshauptstadt
Potsdam



Anlage 1

Beratungs- und Lotsenstelle



NOW!

...normaler Wahnsinn



Frühes, niedrigschwelliges Unterstützungs- und Netzwerkangebot

NOW!
„Normaler Wahnsinn“

Zielgruppen

Anlage 1



NOVA!
NOMINELLE MEDIEN

Gefördert durch die
Landeshauptstadt
Potsdam



Lotsenfunktion

Niedrigschwelligkeit

Ressourcenorientiert

Verbindungsstelle

NEW!
...Normaler Wahnsinn

Gefördert durch die
Landeshauptstadt
Potsdam



Du bist:

Erwachsener

Kind / Jugendlicher

Familie

Fachkraft

Suche...

Notfall

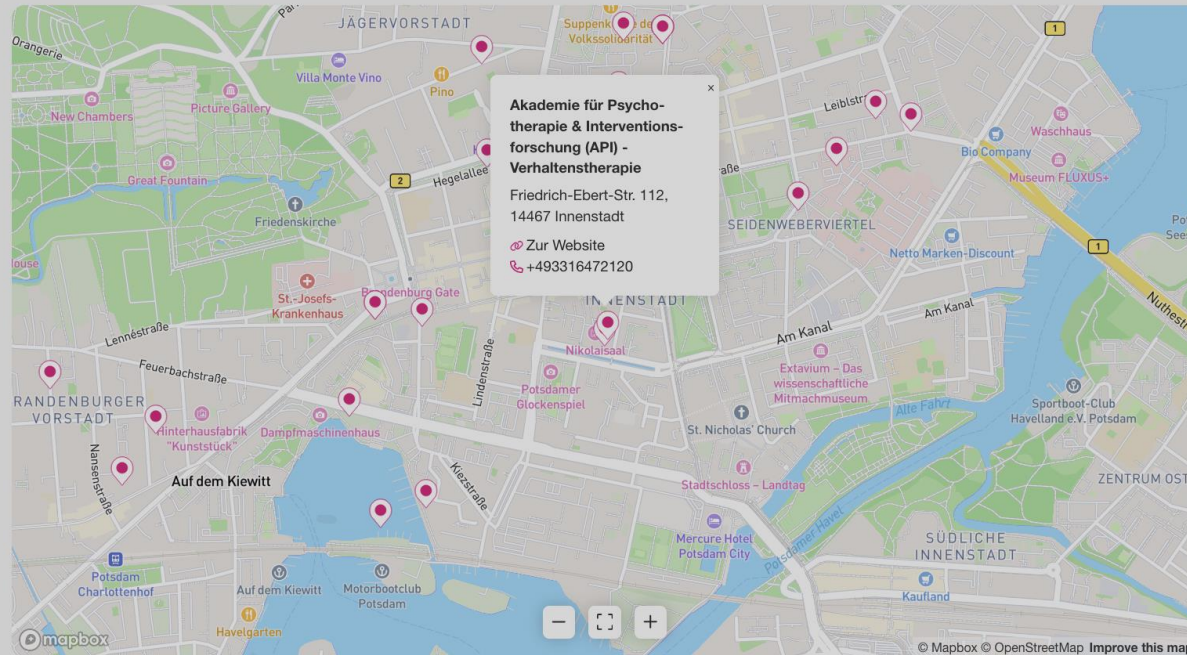
Filter

Kind oder Jugendlicher

Therapie

44 von 193 Ergebnisse

Filter zurücksetzen



Akademie für Psychotherapie & Interventionsforschung (API) - Verhaltenstherapie

Friedrich-Ebert-Str. 112, 14467 Innenstadt

Zur Website +493316472120

Anke Kowalkowski - Verhaltenstherapie, Systemische Therapie

Kesselgrundstraße 1 - 5, 14542 Werder

info@praxis-kowalkowski.de +493327569590

Anne Schmitter-Böckelmann

Dachsweg 42, 14974 Ludwigsfelde

Zur Website

anne.schmitter-boeckelmann@web.de

+493378209900

Klinik Wohnen Therapie

Treffpunkt Sucht

Schule / Ausbildung Psychiatrie

Öffentlichkeitsarbeit Gruppen

Krise Frauen Betreuung

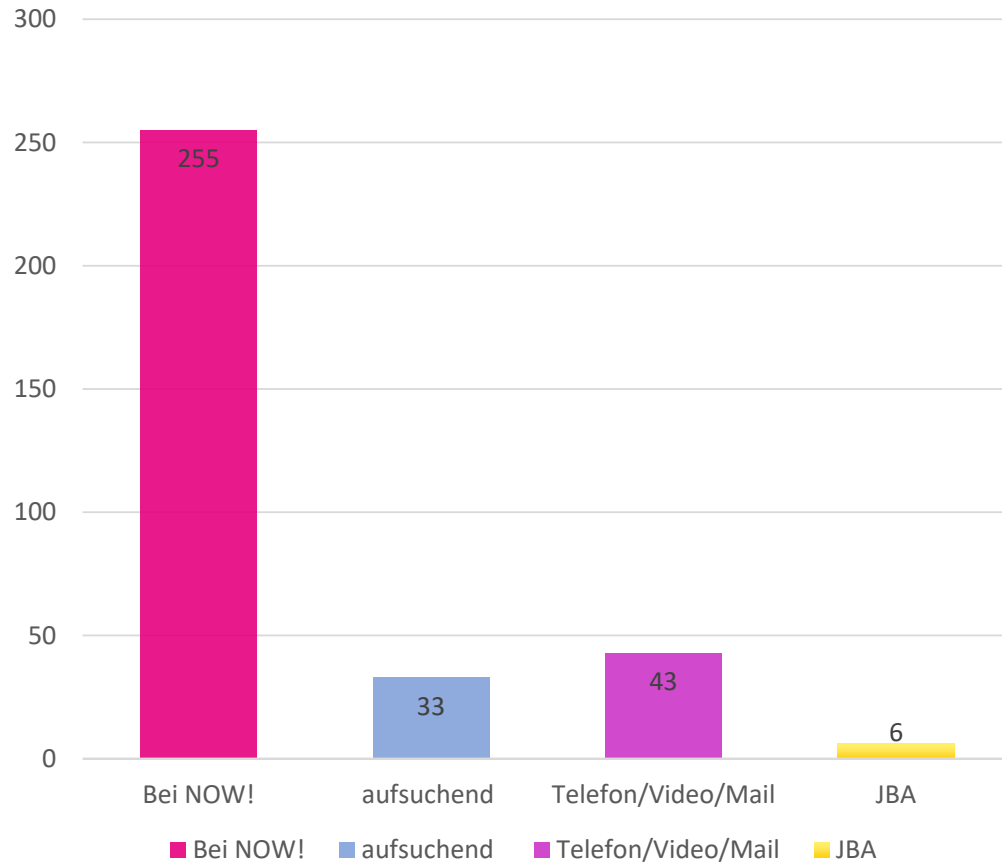
Erziehung Fortbildung

Ambulanz Beratung

Arbeit / Rehabilitation

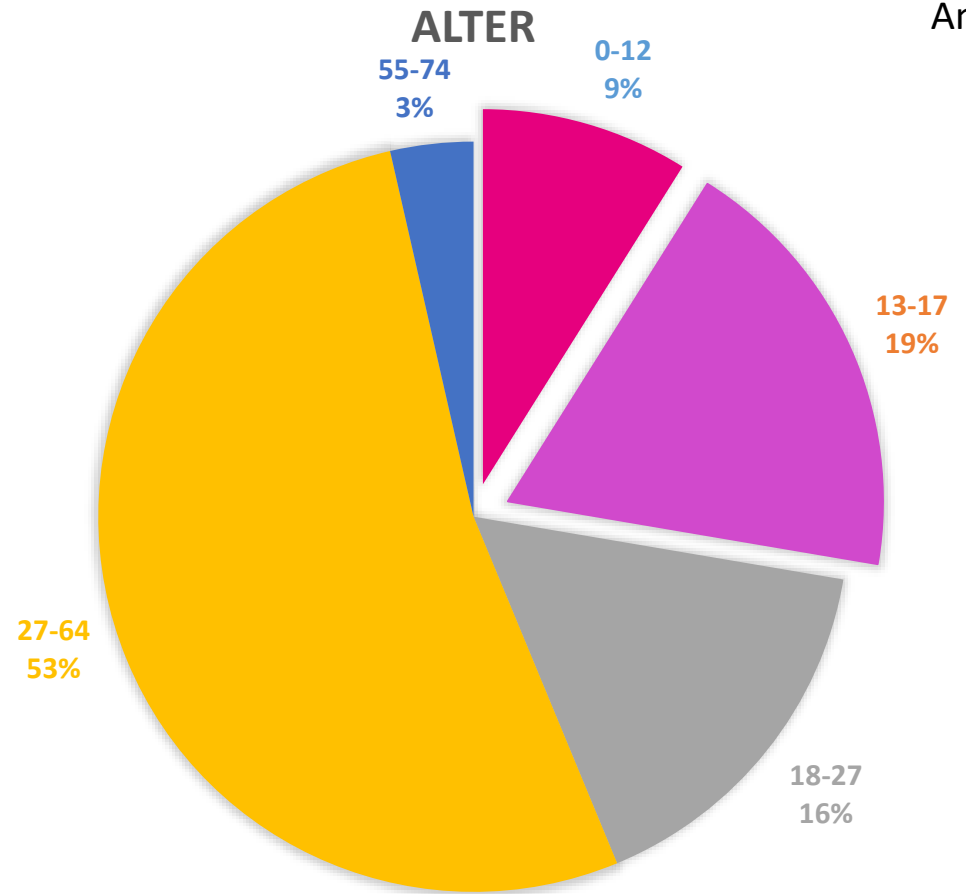
Filter schließen

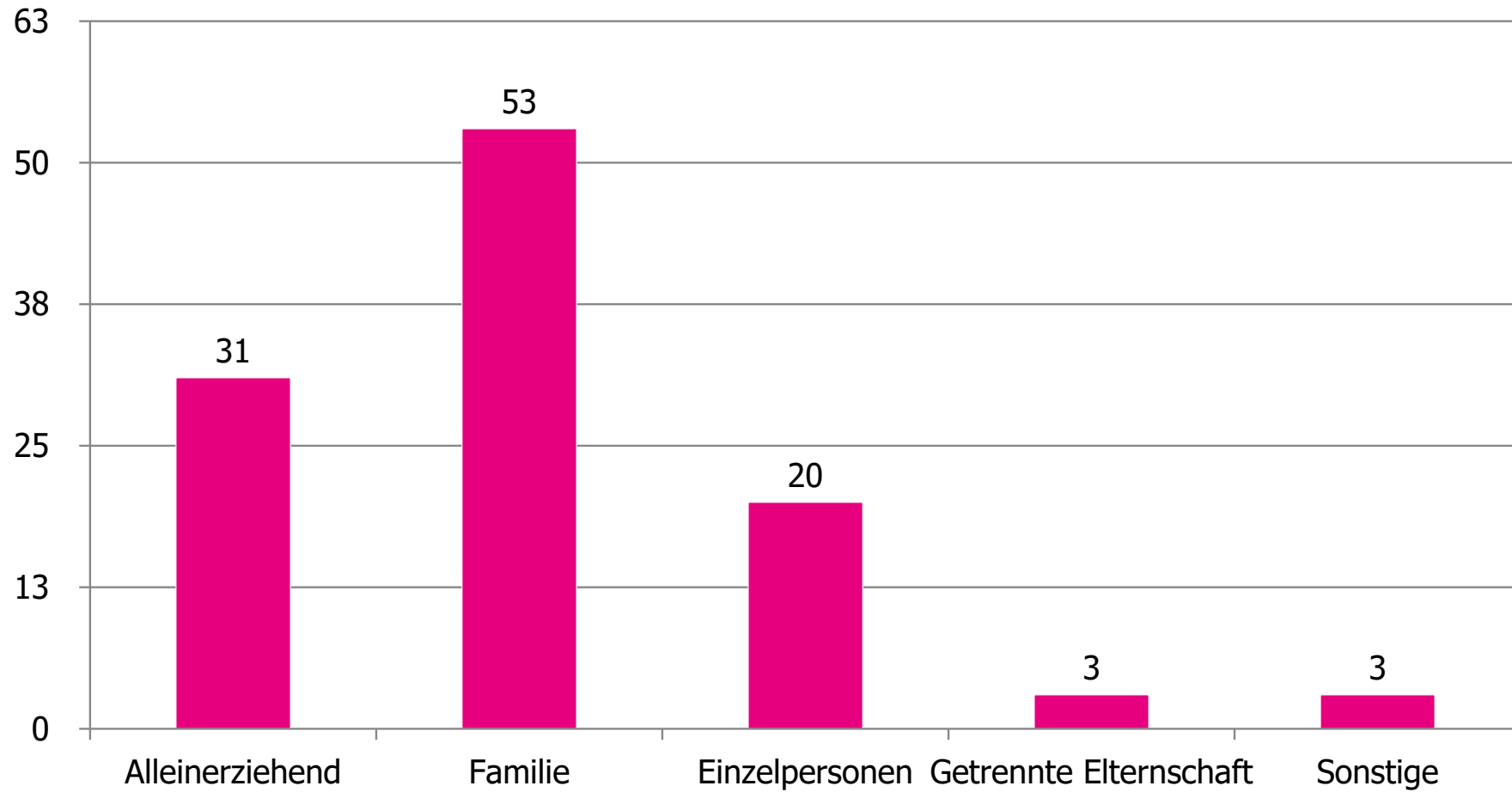
Erreichte Ratsuchende 110 (Stand 11.12.2023)



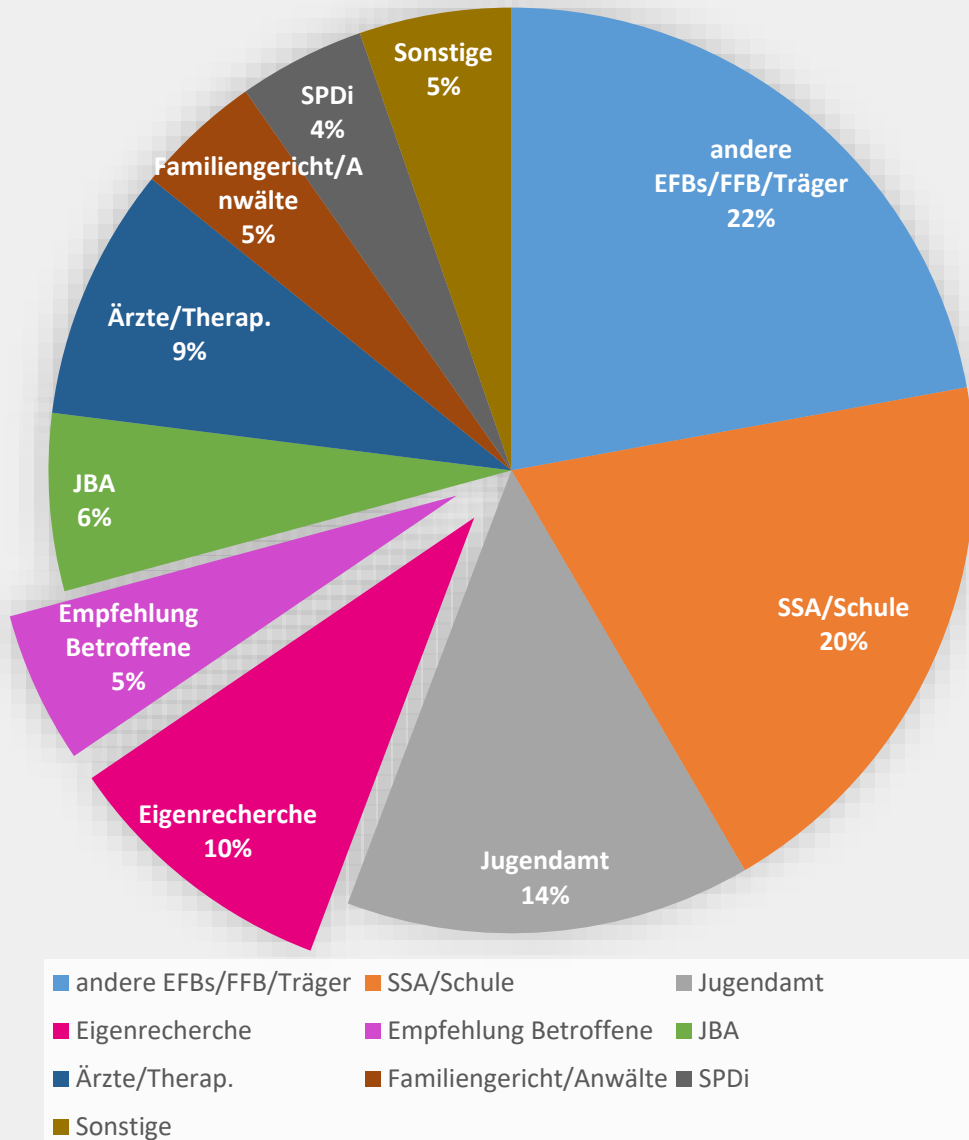
Ø Neuklienten pro Monat **12,5**

Länge der Beratungen: **2,54 Std.**





Vermittelt durch:



Netzwerkarbeit

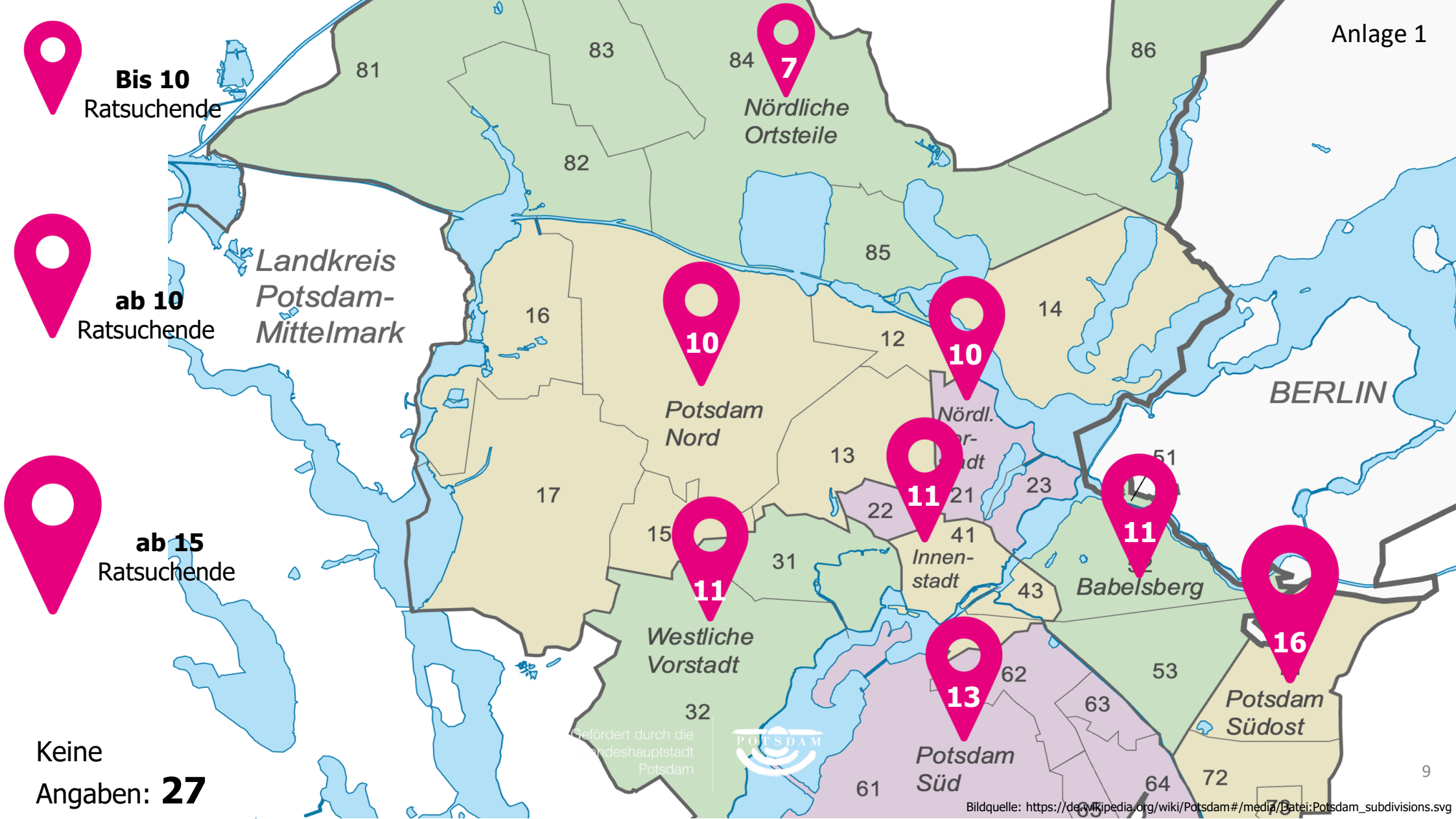
Anlage 1

externe Veranstaltungen+Netzwerkgespräche
17 mit 54,5 Std. und über **250** direkt erreichten
Personen

Besucher Website
650-1400 Besucher:innen im Monat

Kooperationen fest institutionalisiert
Jugendberufsagentur, Suchtpräventionsstelle LHP,
Aktionsbündnis seelische Gesundheit, SinAcohol,
AWO Rückhalt, Tagesstätte Mittendrin, Obeon

Weitere enge Kooperationen
Familien- und Kompetenzzentrum Frühe Kindheit, KBS, Praxis
in der Remise, Fachstelle seelische Gesundheit, Organic
Village, SPD,



Landkreis Havelland



Bis **3** Ratsuchende



4-6 Ratsuchende



ab 7 Ratsuchende



Neu Fahrland, Fahrland,
Satzkorn, Marquardt,
Uetz/Paaren



Groß Glienicke,
Krampnitz,
Sacrow

Keine
Angaben: **25**

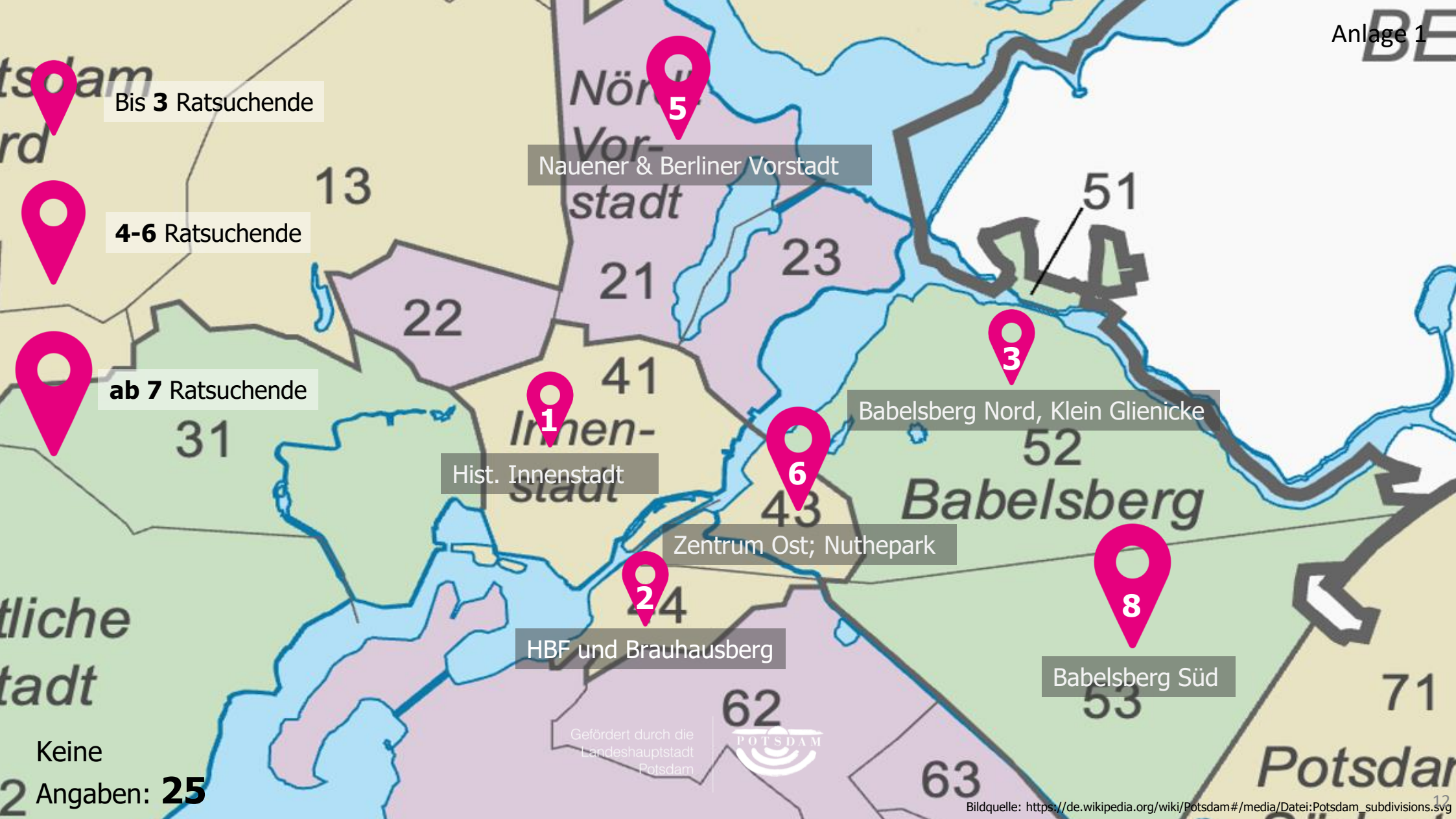
Landkreis
Potsdam-
Mittelmark

Nördliche
Ortsteile

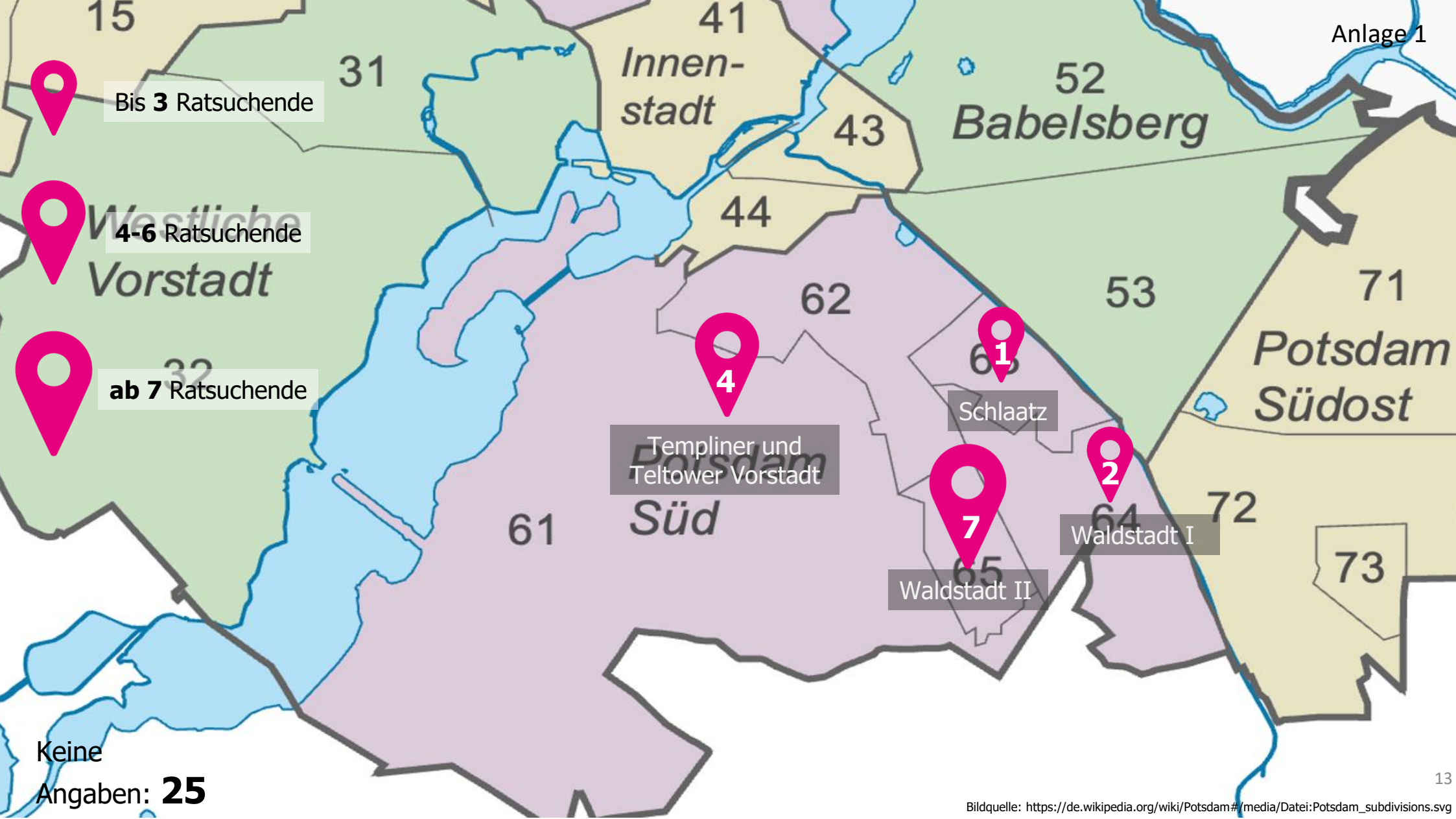


Gefördert durch die
Landeshauptstadt
Potsdam





Keine
Angaben: 25



Bis **3** Ratsuchende

4-6 Ratsuchende

ab **7** Ratsuchende

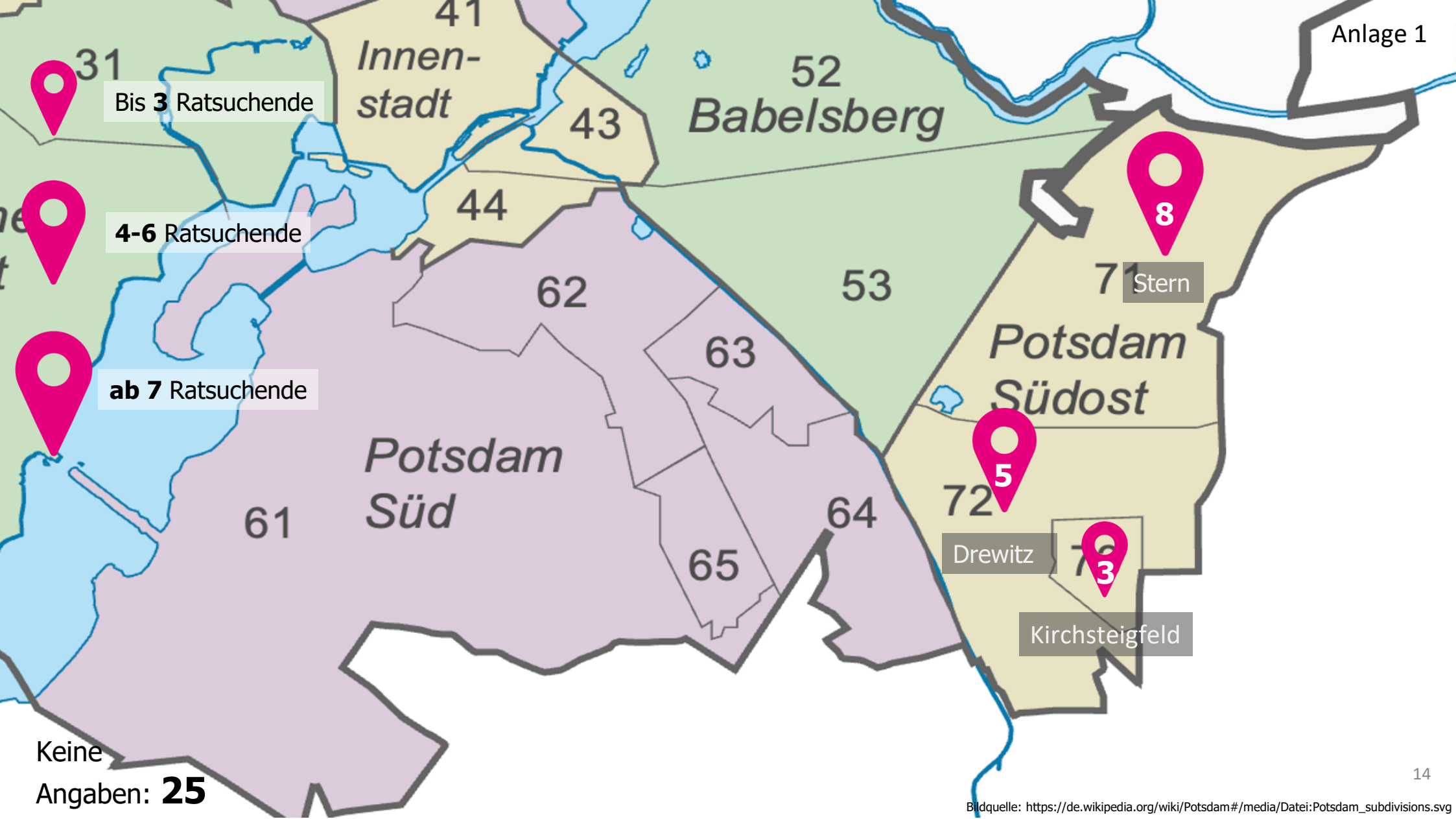
Templiner und
Teltower Vorstadt

Schlaatz

Waldstadt I

Waldstadt II

Keine
Angaben: **25**



Aktuell

3 Wochen

Wartezeit

GOODBYE

NOW!

...Normaler Wahnsinn

Zu 6. Informationen des Jugendamtes

zu 6.1 aktueller Umsetzungsstand der Jugendamtsanträge zum Haushalt 2023/2024

Kostenloses Frühstücksangebot an allen Grundschulen (lfd. Nr. 12.)

Aktuell nehmen 15 Schulen am kostenlosen Frühstück teil. Stand heute haben wir rund 400.000€ für das Frühstück ausgegeben. Für 2024 sind 600.000€. Zusätzlich werden im nächsten Jahr noch zwei weitere Grundschulen über das zusätzlich zur Verfügung gestellte Budget (100.000€) versorgt.

In 2023 wurden bisher 82.933 Frühstückportionen abgerechnet. Das macht eine schultägliche Frühstücksteilnehmerzahl von 539 Schülerinnen und Schülern.

Schulen, die derzeit am kostenfreien Frühstück teilnehmen

Grundschule Hanna von Pestalozza	6
Regenbogenschule	7
Grundschule Am Priesterweg	20
Waldstadt-Grundschule	27
Grundschule "Am Pappelhain"	36/45
Grundschule am Humboldttring	37
Weidenhof-Grundschule	40
Grundschule im Kirchsteigfeld	56
Schulzentrum am Stern	29
Käthe-Kollwitz-Oberschule	13
Oberschule Theodor Fontane	51
Schule am Nuthetal	10/30
Fröbelschule	18
Wilhelm-von-Türk-Schule	42/44

Schulen, die ab kommenden Jahr das kostenfreie Frühstück erhalten sollen

Grundschule Max Dortu	8
Grundschule Bornim	11

Schulform	Schulname	Schul-Nr.	frei zugänglich	frei zugänglich	Anmerkungen
Grundschulen	Grundschule Ludwig Renn	2	nein	ja	
	Grundschule im Bornstedter Feld	3	nein (als Pilotprojekt angedacht, nach positivem Ergebnis des Schallimmissionsgutachtens)	nein (als Pilotprojekt angedacht, nach positivem Ergebnis des Schallimmissionsgutachtens)	ggf. Öffnung in Abhängigkeit vom Ergebnis des Schallimmissionsgutachtens
	Grundschule Hanna von Pestalozza	6	nein	teilweise	
	Regenbogenschule Fahrland	7	nein	nein	
	Grundschule Max Dortu	8	nein	ja	Platz am Glockenspiel
	Grundschule Bornim	11	nein	nein	
	Gerhart-Hauptmann- Grundschule	12	nein	ja	Westkurve
	Grundschule Bruno H. Bürgel	16	nein	nein	
	Grundschule Am Jungfernsee	17	nein	nein	Öffnung Sportfeld beabsichtigt → keine finanziellen Mittel für bauliche Herrichtung vorhanden
	Rosa-Luxemburg-Schule	19	nein	nein	derzeit Baumaßnahmen auf Schulgelände
	Grundschule am Priesterweg	20	nein	nein	
	Zeppelin-Grundschule	23	nein	nein	Öffnung beabsichtigt → Umsetzung in Abstimmung
	Eisenhart-Schule	24	nein	ja	Sportplatz Kurfürstenstraße
	Karl-Foerster-Schule	25/26	nein	ja	Beginn von Baumaßnahmen auf Sportplatz, Sportplatz Kirschallee
	Waldstadt-Grundschule	27	nein	nein	Im Rahmen der Planung erfolgt Prüfung hinsichtlich einer Öffnung. Beginn von Baumaßnahmen auf Schulgelände
	Goethe-Grundschule	31	nein	nein	
	Schule am Griebnitzsee	33	nein	nein	
	Grundschule Am Pappelhain	36/45	nein	ja	Bolzplatz
	Grundschule am Humboldttring	37	nein	ja	
	Weidenhof - Grundschule	40	nein	ja	Sportplatz Schlaatz
Oberschulen	Grundschule am Telegraphenberg	43			keine eigene Anlagen
	Michael-Ende-Grundschule	47			noch kein Schulbetrieb
	Grundschule Im Kirchsteigfeld	56	ja (teilweise)	ja (teilweise)	Kleinspielfeld
Gesamtschulen	Käthe-Kollwitz-Oberschule	13	nein	ja	Sportplatz Weskurve
	Montessori-Oberschule	22	ja	ja	
	Oberschule Theodor Fontane	51	nein	nein	Beginn von Baumaßnahmen auf Schulgelände
	Voltaire-Gesamtschule	9	nein	nein	Anwohnerschutz (Sportlärm)
	Schule am Schloß	28			keine eigenen Anlagen
	Schulzentrum Am Stern	29	nein	nein	außerschulische Nutzung Kleinspielfeld (Basketballplatz) gem. Baugenehmigung nur über einen Träger (Verein oder Club) zulässig
	Leonardo-da-Vinci-Gesamtschule	32	nein	nein	
	Gesamtschule Peter-Joseph-Lenné	38	nein	ja	derzeit Baumaßnahmen auf Schulgelände
	Friedrich-Wilhelm-von-Steuern-Gesamtschule	46	nein	nein	derzeit Baumaßnahmen auf Schulgelände
Gymnasien	Gesamtschule Am Schilfhof	49	nein	ja	Sportplatz Schlaatz
	Sportschule Potsdam Friedrich Ludwig Jahn	55	nein	nein	
	Humboldt-Gymnasium	1	nein	ja	nur ein Kleinspielfeld
	Hermann-von-Helmholtz-Gymnasium	4	nein	ja	Sportplatz Kurfürstenstraße
	Hannah-Ahrendt-Gymnasium	5	nein	nein	Öffnung beabsichtigt → Umsetzung in Abstimmung
	Bertha-von-Suttner-Gymnasium Babelsberg	21	nein	ja	Bolzplatzes auf Schulgelände an Wochenenden geöffnet, Öffnung an Wochentagen ggf. ab 17:30 Uhr möglich, da vorher Hortnutzung
	Dalton-Gymnasium	14	nein	nein	nach Fertigstellung des Schulstandortes und Umzug in die Pappelallee findet eine Öffnung Berücksichtigung (Errichtung eines Bolzplatzes/Kleinspielfeldes auf dem Dach der Sporthalle geplant)
	Leibniz-Gymnasium	41	nein	ja	Freizeitband
	Einstein-Gymnasium	54	nein	ja	Sportplatz Kurfürstenstraße offen, Kleinfeld im Innenhof ist nicht offen
Schule zweiter Bildungsweg	Schule des Zweiten Bildungsweges Heinrich-von-Kleist	15	nein		keine vorhanden
Förderschulen	Schule am Nuthetal	10/30	nein	ja	

Seite 2

Bericht des KiTa-Elternbeirats

Workshop Kita-Planer

Das Kitaportal ist ja ein Dauerbrenner hier im Ausschuss - selbst wir haben in den wenigen Jahren unserer Mitwirkung hier schon so einiges erlebt. Aktuell scheint es so, als könnte die LHP bei diesem Thema bereits auf den letzten Metern sein. Könnte - wenn uns das Projekt nicht vielleicht doch noch kurz vor der Ziellinie auseinanderfällt. Wir haben zuletzt an zwei Workshops zur Implementierung des KiTa-Planers teilgenommen - insgesamt eine sehr gute und konstruktive Zusammenarbeit zwischen Verwaltung, Trägern und Eltern. ABER: Es hat sich auch gezeigt, dass bei einer wesentlich früheren Beteiligung von Trägern, Einrichtungen und Eltern viele Fragen und Ideen hätten längst ausdiskutiert werden können. Wenn es uns allen gemeinsam hier nicht gelingt, einen Schritt nach vorn zu denken und Themen wie Transparenz, Auswahlkriterien und Vergabeablauf in den Mittelpunkt rücken, dann kann es passieren, dass uns auch das schönste Portal nur wenig Mehrwert bietet.

Kommunikation zu freien Kita-Plätzen

Seit mehreren Wochen schreiben die Potsdamer Lokalzeitungen über tausende freie Kita-Plätze und erzeugen so das Gefühl, als wäre das gesetzlich verankerte Wunsch- und Wahlrecht der Eltern in Potsdam total problemlos umsetzbar. Ist das tatsächlich so? Ja, auch Träger berichten uns von Einrichtungen, die derzeit nur zu 75% ausgelastet sind. Aber uns berichten auch Leitungen, dass sie weiterhin zweistellige Wartelisten haben. Daraus schließen wir: Ja, es gibt freie Plätze. Aber nein, das Wunsch- und Wahlrecht ist nicht überall problemlos umsetzbar. Was bedeutet das Wunsch- und Wahlrecht eigentlich? Könnte das überhaupt mit einer Vollauslastung der Einrichtungen funktionieren? Wir finden: Nein.

Gern zitieren wir hier den Oberbürgermeister, der in der letzten SVV in etwa sagte: "Ich bin froh, dass wir so viele freie Plätze haben. Denn so können Familien endlich selbst entscheiden, welche Einrichtungen ihre Kinder besuchen werden."

Jetzt stellt sich natürlich die Frage, warum wir das dann überhaupt diskutieren. Es geht natürlich ums Geld - um Personal- und Betriebskosten, die bei geringerer Auslastung nicht oder nur schwerlich refinanziert werden. Also lassen Sie uns darüber sprechen: Welche Wege gibt es, die freien Plätze eben auch als freie Plätze zu erhalten. Welche Möglichkeiten hat die LHP, die Finanzierung auch von unbesetzten Kitaplätzen abzusichern. Und welche Ideen gibt es darüber hinaus, räumliche oder personelle Kapazitäten zu nutzen. Der Vorschlag der Einrichtung von Familienzentren liegt auf dem Tisch - für einzelne Einrichtungen ist das sicher ein guter Denkanstoß, für die allermeisten jedoch passt das gar nicht. Es gibt die Idee, mögliche Überkapazitäten für die vom Land lange versprochene Verschiebung des Einschulungstichtags zu nutzen. Wir wünschen uns hier einen offenen Diskurs, der gleichzeitig für eine größtmögliche Sicherheit bei Trägern und Mitarbeitenden sorgt. Und was es aus unserer Sicht dafür als allererstes braucht ist eine konkrete Aufstellung: Welche Einrichtung hat aktuell wie viele tatsächlich verfügbare Plätze - unter Berücksichtigung nicht belegbarer Plätze durch z.B. Personal- oder Raummangel.

Aktuelle Situation Personal/Krankheit

Aktuell erreichen uns wieder viele Meldungen von Kitas und Horten, die aus personellen Gründen ihre Betreuungszeiten stärker einschränken müssen oder die Eltern bitten, ihre

Kinder nicht in die Einrichtung zu bringen oder früher abzuholen. Das ist wenig überraschend - war doch die Herbst-Winter-Erkältungszeit spätestens im November und Dezember zu erwarten. Insgesamt haben sich viele Einrichtungen hier schon auf den Weg gemacht und - idealerweise gemeinsam mit den Eltern - einen Stufenplan für diese Situationen entwickelt. Dennoch bleibt der Druck auf die Familien enorm hoch. Um das konkrete Ausmaß erfassen zu können, schlagen wir vor, dass der Fachbereich in der Januar-Sitzung dazu eine aktuelle Aufstellung (z.B. zum Stichtag 1.12.) im JHA präsentiert.

So eine Weihnachtssitzung ist aber auch ein guter Moment, um mal wieder DANKE für viele gute gemeinsame Momente in den letzten zwölf Monaten. Wir haben das Gefühl, dass viele ein bisschen enger zusammengedrückt sind. Und das ist vor allem für die Kinder gut so.

Bericht des Unterausschusses 07.12.2023

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung tagte am Donnerstag, den 07.12.2023.

Zur Umsetzung der neuen Gremienstruktur habe sich Herr Prof. Dr. Hafezi verwaltungsintern befasst und befürwortet unter anderem die langjährige Arbeit in den Sozialräumen mit den Regionalen Arbeitskreisen (RAK). Diese müssten gestärkt werden. Die Fach-Arbeitsgemeinschaften sollten sich mehr für sozialräumliche Themen öffnen. Die Basisgremien wie die RAK hätten immer Kontakt zu den Regionalen Arbeitsgemeinschaften (RegAG) gehabt. Die Regionalen Arbeitsgemeinschaften seien fachlicher und verbindlicher gewesen, da die Mitglieder aus der Jugendhilfe-Trägergruppe vor Ort gewählt worden seien. Man sollte die RAK weniger formalisieren, da sie kein Fachgremium nach § 78 SGB VIII seien. Ein Meinungsbild der RAK sei einzuholen. Verwaltungsseitig würde man eine Vorlage als Diskussionsgrundlage erarbeiten.

Zum Thema Jugendarbeit in Babelsberg und Zentrum Ost aus dem letzten Jugendhilfeausschuss rekapitulierte man, dass 2021 die ARCHE unabgestimmt gestärkt worden sei, ohne zu schauen, ob man vorhandene Jugendhilfeangebote vor Ort in Drewitz hätte stärken können. Es hätte seitens des Jugendhilfeausschusses einen Beschluss dazu gegeben. In diesem sei auch eine Evaluation vereinbart worden, welche noch offen sei. Diese müsste verwaltungsseitig erfolgen. Grundlage sollten die Prüf- und Entscheidungskriterien sein. Herr Prof. Dr. Hafezi kündigt an, dass er den Auftrag mitnehme, jedoch erst die Personalkapazitäten prüfen müsse. Es wird eine Rückmeldung für den nächsten Unterausschuss vereinbart. Laut aktuellem Stellenplan sei die Stelle weiterhin bis 2026 bei der ARCHE verortet.

Bezüglich des Sachstandes zum Kinder- und Jugendbudget für Potsdam gem. 22/SVV/0007 wollte man Frau Buhr in den nächsten Unterausschuss Jugendhilfeplanung einladen, um das Thema dort erneut zu eruieren. Sei müsste seitens des Jugendamtes mehr Unterstützung erhalten.

Verträge der freien Träger von Familienberatungsstellen würden in 2023 auslaufen. Hierzu herrsche Unmut, man fordere faire Verhandlungen für die weiteren Verträge. Unter den neuen Konditionen könnten die Träger ihre Arbeit teilweise nicht fortsetzen.

Zur Strategie gegen Fachkräftemangel werde man sich erneut im Februar 2024 beschäftigen. Ausschussmitglieder würden einen Vorschlag entwerfen, wie man weiter mit der Thematik umgehen könne.

Der Unterausschuss wünscht einen Zwischenstand zur laufenden Organisationsuntersuchung. Ergebnisse würden jedoch erst im Mai 2024 vorliegen. Die Aufstockung von Stellen im Allgemeinen Sozialen Dienst sei jedoch dringend und dafür benötige man Daten zur Argumentation. Die Verwaltung schlägt vor eine Klausurtagung zwischen Verwaltung und Jugendhilfeausschuss durchzuführen.

Man bittet darum im nächsten Jugendhilfeausschuss das Thema unbegleitete ausländische Minderjährige mit aufzunehmen.

Laut dem Unterausschuss Jugendhilfeplanung sei man der Meinung, dass der Jugendhilfeausschuss auch unabhängig von der Kommunalwahl und somit Konstituierung der Stadtverordnetenversammlung weiter tage. Man bittet also um Ergänzung weiterer Termine im Sitzungskalender 2024.

Bericht zum Thema Lenkungsgruppe Schule/ Jugendhilfe durch Herrn Ströber

Bodo Ströber ist für den Jugendhilfeausschuss Mitglied der Lenkungsgruppe.

Hier beraten und beschließen die Themen der Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe gemeinsam:

- Bildungsausschuss
 - Jugendhilfeausschuss
 - Fachbereichsleitung FB 23
 - Schulamt: Schulräte der Grund- und weiterführenden Schulen
 - Schulträger
 - Koordinierungsstelle je zu Hälfte Jugendhilfe/ Schulverwaltung
- moderiert: Kobranet

Im vergangenen Jahr konnte die Fachbereichsleitung nur unzureichend die Leitungsbeteiligung an dieser Arbeitsgruppe sicherstellen. Das führte zu ansteigender Kritik seitens der Schulräte. Zudem ist die anteilige Stellenbesetzung der Koordinierungsstelle durch die Schulverwaltung seit langem nicht realisiert.

1. Wie kann sichergestellt werden, dass die Kooperation Schule / Jugendhilfe, wie im Rahmenkonzept beschlossen, auf konstruktiv hohem Niveau weitergeführt werden kann?
2. Wie kann sichergestellt werden, dass aus dem Bereich Bildung- und Sport die Besetzung der 2 Koordinierungsstelle zeitnah erfolgen kann?
3. Wie stellt die Verwaltung sicher, dass die Stelle der Jugendhilfe, nahtlos ab März weiter besetzt bleibt?
4. Wie stellt die Verwaltung sicher, dass die Mitarbeit in der Lenkungsgruppe durch die Fachbereichsleitung gesichert wird?

Mit freundlichen Grüßen

Bodo Ströber | Einrichtungsleiter
Hoffbauer-Stiftung
Jugendhaus OASE

Bericht der AG JuFö 07.12.2023

Die AG JUFÖ hat am 07.12.2023 getagt, folgende Punkte möchte sie dem Ausschuss mitteilen:

- Nichtumsetzung der Tarifsteigerung TVÖD SuE im Rahmen der LQEV – Träger sind irritiert
- explizite Sichtbarmachung der Jugendförderung in Strukturen der Verwaltung siehe Organigramm (angestrebte Sonder-AG mit Herrn Hafezi dazu geplant)
- Das zahlenmäßige Wachsen der LHP (und der Zahl der Kinder und Jugendlichen) geht nicht einher mit einem notwendigen Aufwuchs der Zuwendungen an die Träger der freien Jugendhilfe. Bereits ein eingefrorener Haushalt bedeutet bei einer steigenden Zahl junger Menschen, Tarifsteigerungen und Inflation faktisch eine Pro-Kopf-Mittelkürzung.
- Thema Inklusion: Einladung einer Vertretung des Oberlinhaus in die nächste AG-Sitzung
- KIS-Skateranlage-Votum AG Jugendförderung, LHP soll neue Planungen vorstellen, damit sich AG JUFÖ positionieren kann

Für Fragen stehe ich gern zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Ute Parthum
Geschäftsführerin
Medienwerkstatt Potsdam im fjs e.V.

Protokoll

48. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Donnerstag, 18.01.2024

Sitzungsbeginn: 16:30 Uhr

Sitzungsende: 19:22 Uhr

Ort, Raum: Raum 3.025, Rathaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Anwesend

Vorsitz

Tiemo Reimann SPD

Mitglieder

Alexander Dietmar Wietschel	Freie FRAKTION	Vertretung für: Dr.med. Carmen Klockow
Dr. Sigrid Müller	Die Linke	
Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	
Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Matthias Kaiser	CDU	
René Kulke	DIE aNDERE	Vertretung für: Annina Beck
Katharina Tietz	anerkannte freie Träger	
Dr. Patrick Arnold	Freie Demokraten	Vertretung für: Madeleine Floiger
Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger	
Cornelia Krönes	anerkannte freie Träger	
Ute Parthum	anerkannte freie Träger	
Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	
Bodo Ströber	anerkannte freie Träger	

stellv. Mitglieder

Robert Müller	anerkannte freie Träger	ab 16:30 Uhr
---------------	-------------------------	--------------

beratende Mitglieder

Karina Berg	HVD Potsdam e.V.	ab 16:30 Uhr
Stefanie Buhr	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt	ab 16:30 Uhr
Lisette MacEwen	Kreiselterrat	ab 16:45 Uhr
Ron Bulgrin	Jugendvertreter	ab 16:30 Uhr
Steve Fahrenndorf	Jobcenter	ab 16:30 Uhr
Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat	ab 16:30 Uhr
Fereshta Hussain	Migrantenbeirat	ab 17:50 Uhr

Beigeordnete

Prof. Dr. Walid Hafezi Beigeordneter

Protokollführung

Eva Thäle

Protokollantin

Abwesend

Mitglieder

Dr.med. Carmen Klockow	Freie FRAKTION	nicht entschuldigt
Leon Troche	SPD	nicht entschuldigt
Annina Beck	DIE aNDERE	entschuldigt
Madeleine Floiger	Freie Demokraten	nicht entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.12.2023
- 4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat
- 10 Situation bezüglich des geplanten Unterstands für die Jugendlichen im Potsdamer Ortsteil Golm
- 5 Informationen des Jugendamtes
- 5.5 Sachstand zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt
- 5.2 Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie
- 5.1 Sachstand Kita-Auslastung und demographische Entwicklung
- 5.4 Qualitätsstandards Kindertagesbetreuung Teil „Konzept Kinder mit besonderen Bedarfen“

- 5.3 Sachstand zu Kinder- und Jugendbudget für Potsdam gem.
22/SVV/0008
- 5.6 aktueller Sachstand zur Stellenausschreibung der
Fachbereichsleitung 23 Kinder, Jugend und Familie
- 6 Bericht des Kita-Elternbeirates
- 7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften
nach § 78 SGB VIII
- 8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung
- 8.1 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der 23/SVV/0676
Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft
*Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Sozial.DIE
LINKE.Potsdam*
- 8.2 Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen 23/SVV/1291
Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam
- 9 Sonstiges

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 13 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Reimann informiert zur Tagesordnung darüber, dass es vorab eine Anfrage von Frau Tietz zum aktuellen Stand des Unterstandes für Jugendliche in Golm gab. Dies werde als Tagesordnungspunkt 10 „Situation bezüglich des geplanten Unterstands für die Jugendlichen im Potsdamer Ortsteil Golm“ ergänzt. Zu diesem Thema sei Frau Knier, Ortsvorsteherin in Golm und Sozialarbeiterin im Verein Chance e.V., zu Gast.

Weiterhin gebe es weitere folgende Ergänzungen zum Tagesordnungspunkt 5 „Informationen des Jugendamtes“: 5.5 „Sachstand zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt“, 5.6 „aktueller Sachstand zur Stellenausschreibung der Fachbereichsleitung 23 Kinder, Jugend und Familie“.

Folgende Reihenfolge der Tagesordnungspunkte schlägt Herr Reimann nach dem Tagesordnungspunkt 4 „Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat“ vor: 10 „Situation bezüglich des geplanten Unterstands für die Jugendlichen im Potsdamer Ortsteil Golm“, 5.5 „Sachstand zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt“, 5.2 „Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie“, 5.1 „Sachstand Kita-Auslastung und demographische Entwicklung“, 5.4 „Qualitätsstandards Kindertagesbetreuung Teil „Konzept Kinder mit besonderen Bedarfen“, 5.3 „Sachstand zu Kinder- und Jugendbudget für Potsdam gem. 22/SVV/0008“, 5.6 „aktueller Sachstand zur Stellenausschreibung der Fachbereichsleitung 23 Kinder, Jugend und Familie“. Danach werde man in der ursprünglichen Reihenfolge fortfahren

Der Tagesordnungspunkt 8.1 „Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft, 23/SVV/0676“ wird seitens der Fraktion auf die Februarsitzung des Jugendhilfeausschusses zurückgestellt.

Er stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig **angenommen**.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung von ihm zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig **angenommen**.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.12.2023

Herr Reimann informiert, dass der Tagesordnungspunkt auf die Februarsitzung verlagert werde, da das Protokoll vom 14.12.2023 noch nicht vorliege.

4 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Bulgrin berichtet, dass Eric, Schüler am Humboldt-Gymnasium (1) an der heutigen Sitzung als Gast teilnehme. Er sei ebenfalls Mitglied im Jugendbeirat. Weiterhin arbeite momentan im Jugendbeirat in kleinen Arbeitsgruppen unter anderem an den Themen Benotung und psychische Gesundheit.

Herr Otto regt an zu klären, ob der Jugendbeirat als Mitglied des Jugendhilfeausschusses Sitzungsgeld erhalten kann.

10 Situation bezüglich des geplanten Unterstands für die Jugendlichen im Potsdamer Ortsteil Golm

Frau Kathleen Knier, Ortsvorsteherin in Golm und Sozialarbeiterin im Verein Chance e.V. in Golm, berichtet, dass das Projekt im ersten halben Jahr einen guten Zugang zur Gruppe erreichen konnte. Man konnte die Rahmenbedingungen aushandeln, die Begleitung durch

die Fachhochschule und das Jugendamt beginnen, und einen Bauantrag mit Unterstützung des Geschäftsbereiches 4 Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt (GB 4) der Stadtverwaltung Potsdam beim Bauamt stellen. In einer Telefonkonferenz hatten die Beteiligten (Kommunaler Immobilien Service, GB 4) signalisiert, dass der favorisierte Standort in der Karl-Liebknecht-Str. 27 umsetzbar sei. Da eine Mittelübertragung für die Hütte/Container nicht ins neue Jahr möglich gewesen sei, wurde diese bestellt, in der Hoffnung, dass eine Zusage für den Standort zu Beginn des Jahres komme. Leider gebe es dazu bisher keinen neuen Sachstand. Der GB 4 bemühe sich weiterhin um schnellstmögliche Klärung, da der Zulieferer die Materialien auch ausliefern wolle. Sollte es hier zu einer weiteren Verschiebung über den Januar hinauskommen, würden Lagerkosten in Höhe von 40€ wöchentlich auflaufen. Sollten man den Transport in die Einrichtung veranlassen, hätte man dann das Umlagerproblem vor Ort. Von der Zulieferfirma werde per Gabelstapler geliefert, was für die Größe des Projektes stehe. Durch den fehlenden Standort hätten auch bisher beim Jugendamt keine weiteren Anträge auf Förderung für die Sachkosten und darüber hinaus gestellt werden können, (unter anderem Toilette, Pacht, Energie, Honorare für Begleitung) gestellt werden, da diese Standort- und Pachtvertragsabhängig seien. Sie bittet um Unterstützung seitens der Stadtverordneten.

Es wird vereinbart, dass sich Herr Prof. Dr. Hafezi und Frau Knier auf direktem Wege in Verbindung setzen, um eine kurzfristige Lösung zu finden.

5 Informationen des Jugendamtes

5.5 Sachstand zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet zu den Ergebnissen der letzten Wochen. Man werde im gesamten Stellenpool der Stadtverwaltung Potsdam nach Stellen schauen, für die es aktuell keine konkrete Verwendung gebe. Diese wolle man umlenken, um 12 weitere Stellen für den Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) einzurichten. Andere Jugendämter, die gut aufgestellt seien, hätten einen Fallzahlenschlüssel von 45 bis 50. Potsdam liege aktuell bei 73. Ziel sei ein allgemeiner Durchschnitt von 45, der angestrebt werden muss. Dieser müsse auch dauerhaft gehalten werden können, das heißt man müsse regelmäßig die Personalbemessung im Auge behalten. Neue Stellen zu haben, bedeute jedoch nicht sofort Entlastung. Gemeinsam mit dem Bereich Personal werde man in der kommenden Woche eine Ausschreibungsbesetzung und einen Einarbeitungsplan für 2024 erstellen. Systematisch wolle man in mehreren Paketen erste Stellen schon ausschreiben. Die Auswahlverfahren seien eine zusätzliche Belastung für die Kolleg*innen. Er werde erneut berichten, wenn das Konzept abgestimmt worden sei. Wichtig sei, dass die Stellenausschreibungen nach Veröffentlichung breit verteilt und beworben werden.

Herr Reimann ergänzt, dass bereits ein Treffen in kleiner Runde mit dem Oberbürgermeister, Herr Prof. Dr. Hafezi, Frau Dr. Müller und ihm stattgefunden hat. In diesem wurde ebenfalls vereinbart, dass zu den besagten 12 Stellen, zusätzliches Personal an Verwaltungsfachkräften, oder Erziehern, etc. herangezogen werden soll, um die Sozialpädagogen zu unterstützen. Darüber hinaus soll Herr Prof. Dr. Hafezi sich dafür einsetzen, inwiefern Personal aus anderen Bereichen den ASD kurzfristig unterstützen wollen. Das im Dezember vereinbarte Gespräch gemeinsam mit dem Oberbürgermeister stünde noch aus. Er bittet darum, dass

sich Interessierte, die an dem Treffen teilnehmen möchten, per E-Mail bis Freitag, den 26.01.2024 bei ihm und Frau Thäle melden sollten.

Herr Kulke bittet darum regelmäßig im Jugendhilfeausschuss zum Thema berichtet zu kommen. Damit man auch gemeinsam eruieren könne, wie man bei der Personalgewinnung unterstützen könne. Herr Reimann betont, dass man sich im ASD in einer Krisensituation befinde. Somit seien alle Mitarbeiter in der Stadtverwaltung aufgerufen zu unterstützen.

5.2 Information zur Rufbereitschaft im Fachbereich Kinder, Jugend und Familie

Frau Miriam Peters, Bereichsleiterin Regionale Kinder- und Jugendhilfe Bereich 232 der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet, dass die Rufbereitschaft aktuell, trotz der hohen Belastung, durch die Kolleg*innen umgesetzt werde. Aktuell gebe es jedoch keine gültige Dienstvereinbarung. Es habe intensive Gespräche mit dem Bereich Personal und dem Personalrat gegeben. Daraufhin habe es einen Entwurf der Dienstvereinbarung gegeben, der jedoch nicht vom Personalrat unterzeichnet worden sei. Man werde demnach weiterhin Gespräche führen. Da es einer rechtlichen Arbeitsgrundlage bedarf, gebe es aktuell eine Anordnung zur Rufbereitschaft.

In der Zukunft solle es eine kommunale Einrichtung für ein Krisenteam geben, hier sei man aktuell weiterhin auf der Suche nach passenden Gebäuden. Man hoffe auf einen Start im Herbst 2024.

Man werde zeitnah erneut dazu berichten.

5.1 Sachstand Kita-Auslastung und demographische Entwicklung

Frau Kerstin Elsaßer, Bereichsleiterin Kindertagesbetreuung Bereich 234 der Landeshauptstadt Potsdam, und Herr Hilbert, Bereichsleiter Bau- und Betrieb Kita/Schule der Landeshauptstadt Potsdam, berichten anhand einer Präsentation (Anlage 1).

Herr Witzsche begrüßt die standortbezogenen Trägergespräche. Er fragt was die Auslöser für diese Gespräche gewesen seien – sei es die mediale Berichterstattung gewesen oder resultiere das aus der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung. Zu Beginn des Jahres habe es einen Zeitungsartikel mit der Schlagzeile „Potsdams Kitas werden zu Familienzentren“ gegeben. Hatte man sich zuletzt nicht darauf geeinigt, erstmal die genauen Zahlen abzuwarten, sie auszuwerten und dann objektbezogen nach Ideen zu suchen? Aus seiner Sicht habe man gerade zu viele große Herausforderungen, als dass so ein „Wahlkampfgetöse“ Sinn bringen würde. Man wünsche sich stattdessen als Kita-Elternbeirat, dass sich Politik und Verwaltung klar positioniere – zu den bestehenden Kitas und dem dort beschäftigten Personal – so wie es andere Städte auch formulieren würden.

Herr Prof. Dr. Hafezi bekräftigt, dass das, was in der Zeitung zu Familienzentren stünde, nicht von der Verwaltung beauftragt worden sei. Man würde die Fachdiskussionen hier und in der AG 78 Kita führen.

Frau Frenkler verweist noch einmal auf die Stellungnahme der AG 78 Kita

In der anschließenden Diskussion wird vereinbart, dass man in der AG 78 Kita die Kriterien für den Zuschlag für Familienzentren besprechen und anschließend im Jugendhilfeausschuss berichten werde.

5.4 Qualitätsstandards Kindertagesbetreuung Teil „Konzept Kinder mit besonderen Bedarfen“

Frau Kerstin Elsaßer, Bereichsleiterin Kindertagesbetreuung Bereich 234 der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet (Anlage 2). Die zur Verfügung stehenden Mittel würden wie folgt verwendet:

1. Kinder mit Migrationshintergrund (Förderung seit 2022). Seit 2022 würden Kindertageseinrichtungen, die mehr als 40 % Kinder mit Migrationshintergrund betreuen, eine personelle Aufstockung erhalten. Somit unterstütze die Förderung besonders Kindertageseinrichtungen, die zusätzlich zu der hohen Anzahl an Kindern mit Migrationshintergrund vielschichtige Herausforderungen täglich bewältigen müssen. Die Förderung muss daher verstetigt werden. 2. Verstetigung ehemaliger Kiez-Kitas. Vor 2018 bis 2023 hätten insgesamt acht Kindertageseinrichtungen am Landesprogramm „Kiez-Kitas – Bildungschancen eröffnen“ teilgenommen. Von den bisherigen Kiez-Kitas würden insgesamt fünf Einrichtungen nicht mehr teilnehmen. Alle fünf Einrichtungen würden in 2024 jeweils 48.000 Euro (Personal- und Sachkosten) erhalten. 3. Finanzielle Unterstützung für Einrichtungen mit armuts- und entwicklungsgefährdeten Kindern. Gemeinsam mit der Arbeitsgemeinschaft 78 Kita sei vereinbart worden, dass vor allem Kindertageseinrichtungen mit einer hohen Anzahl von Kindern, die armutsgefährdet seien und Entwicklungsauffälligkeiten aufzeigen würden, mehr Personal benötigen würden, um die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Kinder in der Kindertageseinrichtung zu verbessern. Folgende Kriterien seien zur Auswahl der Einrichtungen festgelegt worden: Bildungs- und Teilhabe-Leistungen (BuT-Leistungen), Kita-Beitragsbefreiungsverordnung (KitaBBV), Entwicklungsauffälligkeiten (1 oder mehr) laut Grenzsteine, elternbeitragsbefreite SGB II Empfänger. Man habe befunden nur Einrichtungen im Sozialraum fünf und sechs sowie im Planungsraum 401 zu fördern. Basierend auf den Daten der Einrichtungen erfolge ein Ranking der Einrichtungen.

Frau Frenkler ergänzt, dass die Umsetzung auf der gemeinsam erarbeiteten Lösung mit der AG 78 Kita erfolge. Grundlage für die Finanzierung sei das Berliner Modell, das heißt 0,01 VZÄ pro Kind in der Einrichtung. Die Verwaltung habe eine Auswahl bezüglich des Rankings getroffen und in dieser Woche die Anschreiben verschickt, um Daten einzuholen.

Auf Nachfrage von Frau Dr. Müller erläutert Frau Elsaßer, dass es bisher noch keine Förderrichtlinie oder ähnliches dazu gebe. Dies müsse in der AG 78 Kita erörtert und erarbeitet werden.

5.3 Sachstand zu Kinder- und Jugendbudget für Potsdam gem. 22/SVV/0008

Frau Stefanie Buhr, Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen im Büro für Chancengleichheit und Vielfalt 904 der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet zum aktuellen Sachstand, dass sie eine Rücksprache mit dem Bereich Recht und Vergabe gehabt hätte. Man müsse einen neuen Stadtverordnetenbeschluss einholen, um sicherzustellen, dass entweder die 30.000 Euro des Kinder- und Jugendbudgets aufgestockt (zum Beispiel über 10.000 Euro) oder aufgeteilt würden, um eine personelle Untersetzung für die administrative Verwal-

tung des Budgets gewährleisten zu können. Dies müsse als Leistungsbeschreibung erfolgen. Im nächsten Schritt erfolge dann die Vergabe über die Summe, die die personelle Untersetzung ermögliche.

In der anschließenden Diskussion kritisieren die Mitglieder wiederholt, dass man seit mehreren Jahren nicht mit dem Budget arbeiten könne, da bürokratische Aspekte zu klären seien.

Es wird vereinbart, dass Frau Dr. Müller, Frau Buhr und Herr Reimann in einem gemeinsamen Treffen eine Lösung erarbeiten würden. Dies wolle man dann mit dem Oberbürgermeister erörtern.

5.6 aktueller Sachstand zur Stellenausschreibung der Fachbereichsleitung 23 Kinder, Jugend und Familie

Herr Prof. Dr. Hafezi erläutert, dass er zu Beginn seines Amtsantrittes zunächst einen fachlichen Überblick bezüglich Kolleg*innen, „Baustellen“, Themen etc. über den Fachbereich bekommen wollte. Was brauche es, damit das Jugendamt verlässlich und gut geleitet werden kann in den nächsten Jahren. Dies sei der Grund für die verzögerte Ausschreibung der Stelle der Fachbereichsleitung 23 Kinder, Jugend und Familie. Ein zu schnelles Ausschreiben hätte dazu führen können, dass man erneut einen schnellen Abgang zu verzeichnen hätte.

Er erläutert die Kriterien für die Stellenausschreibung anhand einer Präsentation (Anlage 3). Man hoffe voraussichtlich nach der Sommerpause eine Personalentscheidung getroffen zu haben. Er stelle eine erneute Berichterstattung für den Beginn des 2. Quartals in Aussicht.

PAUSE 18:25 – 18:35 Uhr

6 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche berichtet zu einem Artikel in der Märkischen Allgemeinen Zeitung vor wenigen Tagen: „Potsdam verschuldet sich schwer für Schulen, Kitas und Sportplätze“. Er sei sich nicht sicher, wie es zu dieser Schlagzeile gekommen sei - ob diese allein der Feder des Schreibenden entsprungen sei oder ob es Aussagen oder gar Pressemitteilungen der Verwaltung gegeben hätte, die eine derartige Ausrichtung provoziert hätten. Er appelliert erneut, dass man aus seiner Sicht größere Umsicht walten lassen müsse, denn wie Dinge formuliert würden, mache was mit den Menschen.

Weiterhin würde man sich seitens des Kita-Elternbeirates wünschen, dass Berichte aus der letzten Sitzung vorab per E-Mail geschickt würden, wenn Protokoll noch nicht vorliegen würden. Noch wichtiger sei ihnen, dass den Berichten beziehungsweise den Anliegen der Gremien in Zukunft nicht durch allgemeines Aufstehen und Verlassen der Sitzung die Aufmerksamkeit und Wertschätzung genommen werde.

Seit diesem Monat sei man als Kita-Elternbeirat mit einem festen beratenden Sitzung im Ausschuss für Bildung und Sport vertreten. Man freue sich jetzt auch dort engagiert mitwirken zu können.

7 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

AG JuFö

Die AG hat nicht getagt.

AG Kita

Am 30.01.2024 finde die Neuwahl der AG 78 Kita statt.

AG HzE

Die AG hat nicht getagt.

Herr Küken berichtet zu den Vertragsverhandlungen, dass man sich in dieser Woche mit Herrn Bauch von der Stadtverwaltung Potsdam verständigt habe. Er richtet einen großen Dank an Frau Dei und Frau Freimann aus. Man begrüße die Entwicklungen und sei schon gespannt auf die weiteren Gespräche. Ebenfalls begrüße man die Ausschreibung der Fachbereichsleitung 23.

UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung hat am 11.01.2024 getagt.

Zum Sachstand zur Evaluation der Arche-Stelle OKJA habe der Regionale Arbeitskreis (RAK) Babelsberg das Thema bereits in 2023 angestoßen, im Jugendhilfeausschuss wurde dazu Ende 2023 berichtet. Es sei nicht vorgesehen die Stelle umzuwidmen und es gebe keinen Bedarf in Babelsberg. Eine Evaluation liege noch nicht vor. Der RAK Babelsberg habe in den letzten Sitzungen deutlich signalisiert, dass jedoch tatsächlich Bedarf in Babelsberg bestehe. Momentan würden Kriterien für die Evaluation durch die Verwaltung erarbeitet. Besprochen gewesen sei eine Evaluation der Stellenbesetzung Arche. In 4 Wochen sollen durch die Verwaltung Kriterien zur Evaluation und eine Zeitschiene dazu im Unterausschuss vorgestellt werden.

Herr Dr. Lucic habe zur Teilnahme der Landeshauptstadt Potsdam am ESF Projekt „Prävention Kinderarmut“ berichtet. Die Bewerbung werde zum 30.01.2024 beim Ministerium für Soziales, Gesundheit, Integration und Verbraucherschutz eingereicht. Die Ausschreibung erfolge über die Investitionsbank des Landes Brandenburg. Die Erstellung der Bewerbung sei über die Geschäftsbereiche 3 (Federführung) und 2 erfolgt. Es würden 3 Fördertatbestände vorliegen: Entwicklung von Armutspräventionskonzepten für Kommunen, die Durchführung von Armutspräventionsprojekten und die Förderstruktur für das Förderprogramm. Die Aussichten auf Förderzusage seien sehr gut. Das Programm soll nach Zuschlagserteilung noch in der Stadtverordnetenversammlung beschlossen werden. Bis dahin könne man Änderungsvorschläge einbringen. Man hoffe auf einen Start in 2024. Es erfolge eine erneute im Info im Unterausschuss, wenn die Bewerbung eingereicht und der Zuschlag erteilt worden sei.

Mit dem Thema Sozialraumorientierung via RAKs werde man sich in der Februarsitzung im Unterausschuss beschäftigen.

Die Landeshauptstadt Potsdam werde an der Fachtagung „Bei uns fliegst du nicht raus!“ – Praxis und Evaluation der intensiv- und individualpädagogischen Wohngruppe Port Nord aus Bremen am 24.01.2024 in Hamburg teilnehmen. Auch das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport werde vertreten sein. Vom 18. Bis 20.09.2024 finde ebenfalls zum Thema Umgang mit geschlossener Unterbringung HzE eine Jahrestagung der IGfH (Internationale Gesellschaft für erzieherische Hilfen) in Potsdam in Kooperation mit der Fachhochschule Potsdam statt. Unter dem Titel „Gute Orte“ würden die Gestaltungsmöglichkeiten der Erziehungshilfen als anregende Lebens- und Lernfelder für junge Menschen und ihre Eltern im Mittelpunkt stehen. Die Verwaltung werde im Unterausschuss nach der Fachtagung in Hamburg dazu berichten.

Man habe in der Sitzung Frau Stefanie Buhr zu Gast gehabt. Man möchte sie und ihre Arbeit bezüglich der Schnittstelle Jugendhilfe unterstützen und fördern. Kurzfristiges Ziel solle das Vorantreiben des Aktionsplanes kinderfreundliche Kommune sein. Weiterhin benötige man eine Kinder- und Jugendbeauftragte, was Frau Buhr aktuell noch nicht sei. Dies könne vom Jugendhilfeausschuss empfohlen werden, die Stelle könne aber nur durch den Oberbürgermeister geschaffen werden. Frau Buhr soll zukünftig in den E-Mailverteiler des Unterausschusses aufgenommen werden, so dass sie gegebenenfalls zu bestimmten Themen teilnehmen könne.

In der nächsten Sitzung werde man das Thema Rahmenkonzept Familienzentren behandeln.

Die Verwaltung habe informiert, dass momentan eine Stellenausschreibung für Verfahrenslotsen auf den Weg gebracht werde, da diese nach dem SGB VIII seit dem 01.01.2024 verpflichtend seien. Aktuell sei noch zu klären, wo diese angegliedert würden.

Frau Finke-Jetschmanegg berichtete zu den PLUS-Projekten, dass man dazu für das Schuljahr 2024/2025 noch nicht in die konkrete Planung gehen könne, weil es noch keine Aufforderungsschreiben durch den zuständigen Fachbereich in Richtung der Schulen und freien Träger gegeben habe. Abgabefrist für die Projekte sei der 28.02.2024, was so nicht gehalten werden könne. Man sei mit dieser Entwicklung sehr unzufrieden. Sollte es bis zum Jugendhilfeausschuss am 18.01.2024 noch keine weitere Entwicklung dazu geben, solle der Unterausschuss dazu im Ausschuss nachfragen.

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet, dass man eine Fristverlängerung für die Beantragung der PLUS-Projekte vereinbart habe.

Frau Frenkler ergänzt, dass man verwundert gewesen sei, dass es keine Kinder- und Jugendbeauftragte für die Landeshauptstadt Potsdam gebe. Frau Buhr als Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen der Landeshauptstadt Potsdam benötige dringend Unterstützungsbedarf. Weiterhin warte man noch immer auf die Auswirkungen des Aktionsplans kinderfreundliche Kommune auf Beschlüsse in der Verwaltung. Neben den finanziellen Auswirkungen müssten auch stets die Auswirkungen auf Kinder und Jugendliche betrachtet werden. Dies müsse der Oberbürgermeister umsetzen.

Herr Reimann und Frau Dr. Müller würden dies in ebenfalls im Gespräch mit dem Oberbürgermeister besprechen.

8 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

8.1 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft

23/SVV/0676
vertagt

Die Drucksache wird auf die Februarsitzung **zurückgestellt**.

8.2 Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen

23/SVV/1291
vertagt

Frau Dr. Müller bringt den Antrag ein.

Herr Prof. Dr. Hafezi berichtet, dass in Anbetracht der schwierigen Gesamthaushaltsslage der Landeshauptstadt Potsdam und in Umsetzung des Beschlusses zum Stabilisierungsprogramm der Antrag abzulehnen sei. Zudem würden erhebliche Probleme hinsichtlich Sauberkeit und Vandalismus erwartet, da der Wickeltisch zur Fremdnutzung einlade (beispielsweise zum Beklettern, als Abstellfläche für Glasflaschen (Glasbruch) oder Abfall). Hinzu komme die Verunstaltung durch Graffiti. Aktuell würden noch keine Outdoor-Wickeltische mit GS-Siegel oder TÜV-Zertifikat angeboten, was Voraussetzung für den Einsatz auf Spielflächen sei. Hinsichtlich der dauerhaften Nutzung sei an jedem Standort auch ein zusätzlicher Papierkorb einzuplanen, so dass Lieferung, Montage und Einbau je Standort für die dauerhafte Version mit Robinienholz mit jeweils investiven Kosten von 12.000 bis 13.000 Euro zu kalkulieren seien. Auch die notwendige tägliche Säuberung der Tische wäre Voraussetzung für eine hygienische und sichere Nutzung. Dies sei personell und wirtschaftlich nicht leistbar. Der Antrag sei abzulehnen.

In der anschließenden Diskussion wird das Ansinnen des Antrages begrüßt. Man könne einen Prüfauftrag daraus machen in Verbindung mit einem Modellprojekt in Potsdam. Es wird vereinbart, dass die Fraktion den Antrag vertage und überarbeite. Dagegen erhebt sich kein Widerspruch.

Die Drucksache wird **zurückgestellt**.

9 Sonstiges

Herr Witzsche kündigt an, dass man im Bündnis KiTA !ST 15 aktive Mitstreiter habe. Auftakt für 2024 sei am 29.01.2024 in der Investitionsbank des Landes Brandenburg. Die Veranstaltung richte sich an alle, primär an Unternehmen und Organisationen, die die Wichtigkeit der frühkindlichen Bildung sehen und sich beteiligen wollen. Weitere Details unter www.kita-ist.de/auftakt/.

Vorsitz:

Protokollführung:

Timo Reimann

Eva Thäle

Sachstand Kita-Auslastung und demographische Entwicklung

Kitabedarfsplanung: Ziele

Anlage 1



Landeshauptstadt
Potsdam

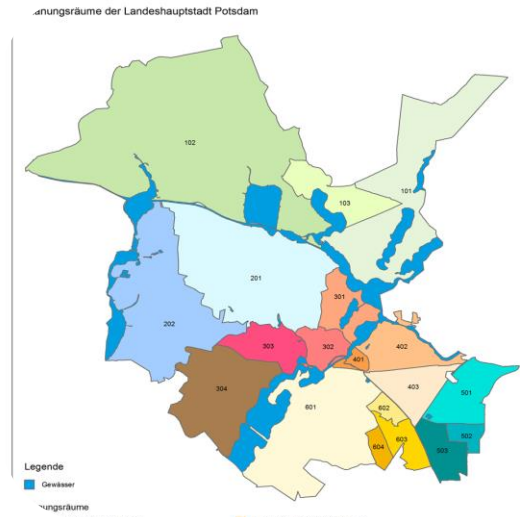


Planungssicherheit

Umstellung der Kitabedarfsplanung von einer einjährigen auf eine mehrjährige Planung

Planungszeitraum bis 2026

Prognosezeitraum bis 2040



Bedarfsgerechtigkeit

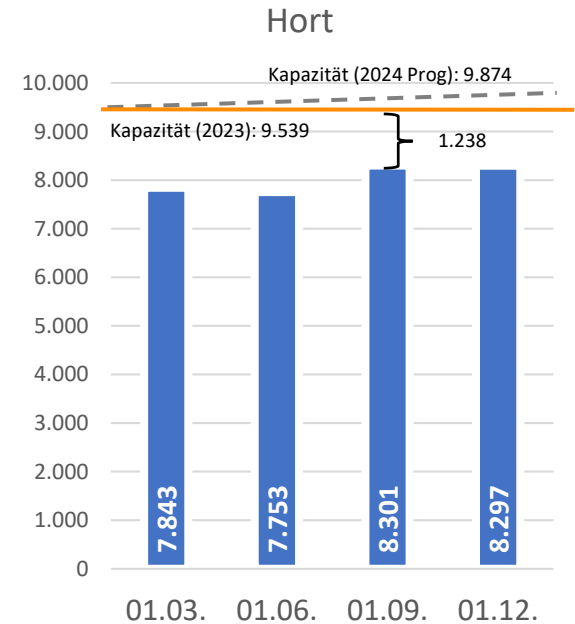
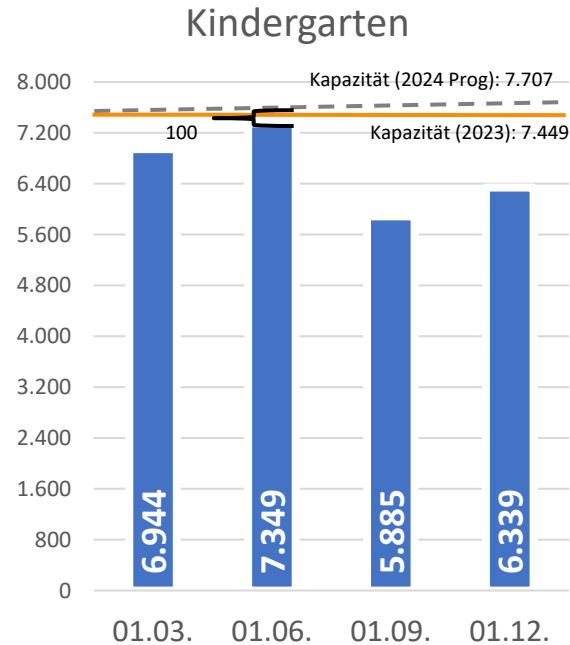
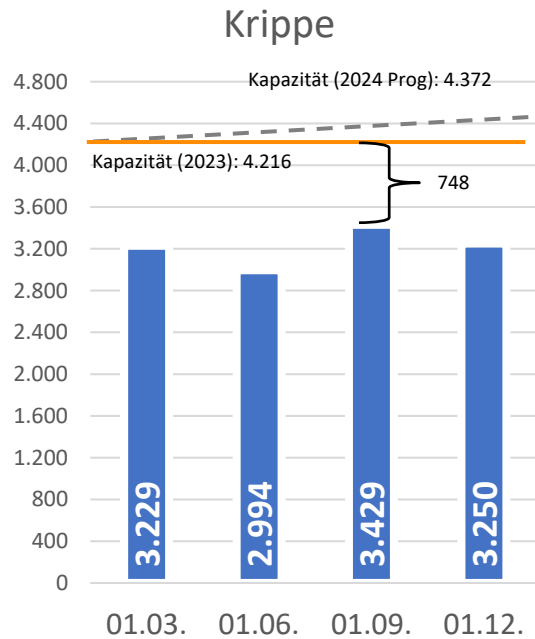
Umstellung von der Betrachtung der Sozialraumebene auf die kleinräumige Planungsraumebene



Transparenz:

Zusammenführung aller enthaltenen Fachplanungen; auf Basis einer gleichen Datengrundlage und eines aufeinander abgestimmten Prognosemodells

Belegung der Kindertageseinrichtungen nach Einrichtungenformen u. Stichtagen 2023 inkl. Kindertagespflege



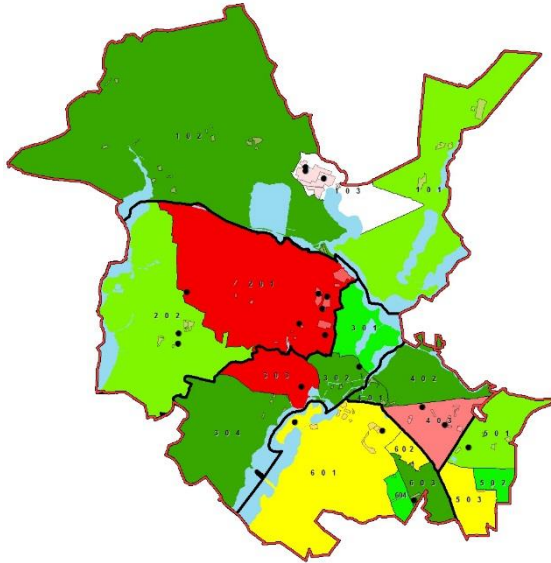
Entwicklung der Salden Krippe und Kindergarten auf Grundlage der Orientierungsquote



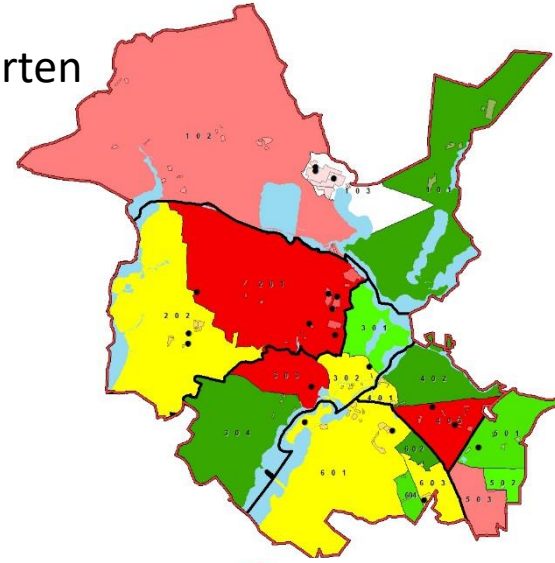
Anlage 1

Landeshauptstadt
Potsdam

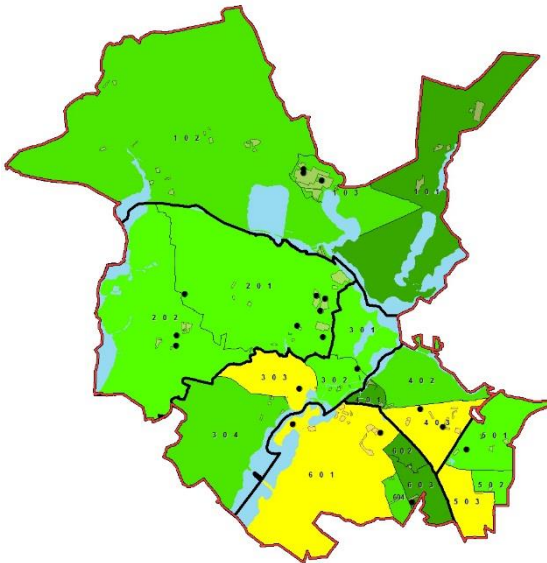
Krippe
2020



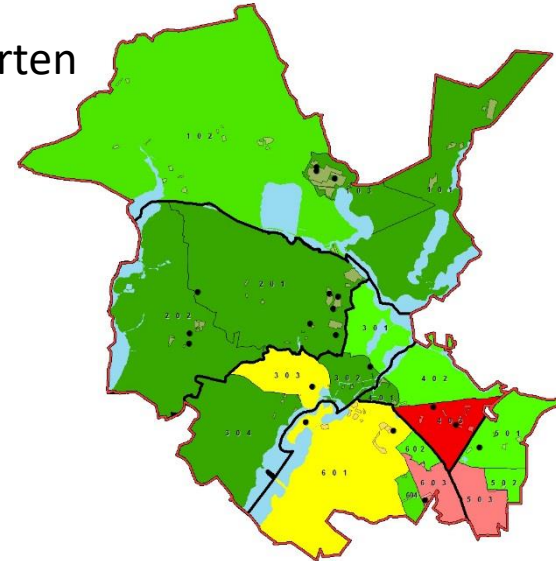
Kindergarten
2020



Krippe
2035



Kindergarten
2035

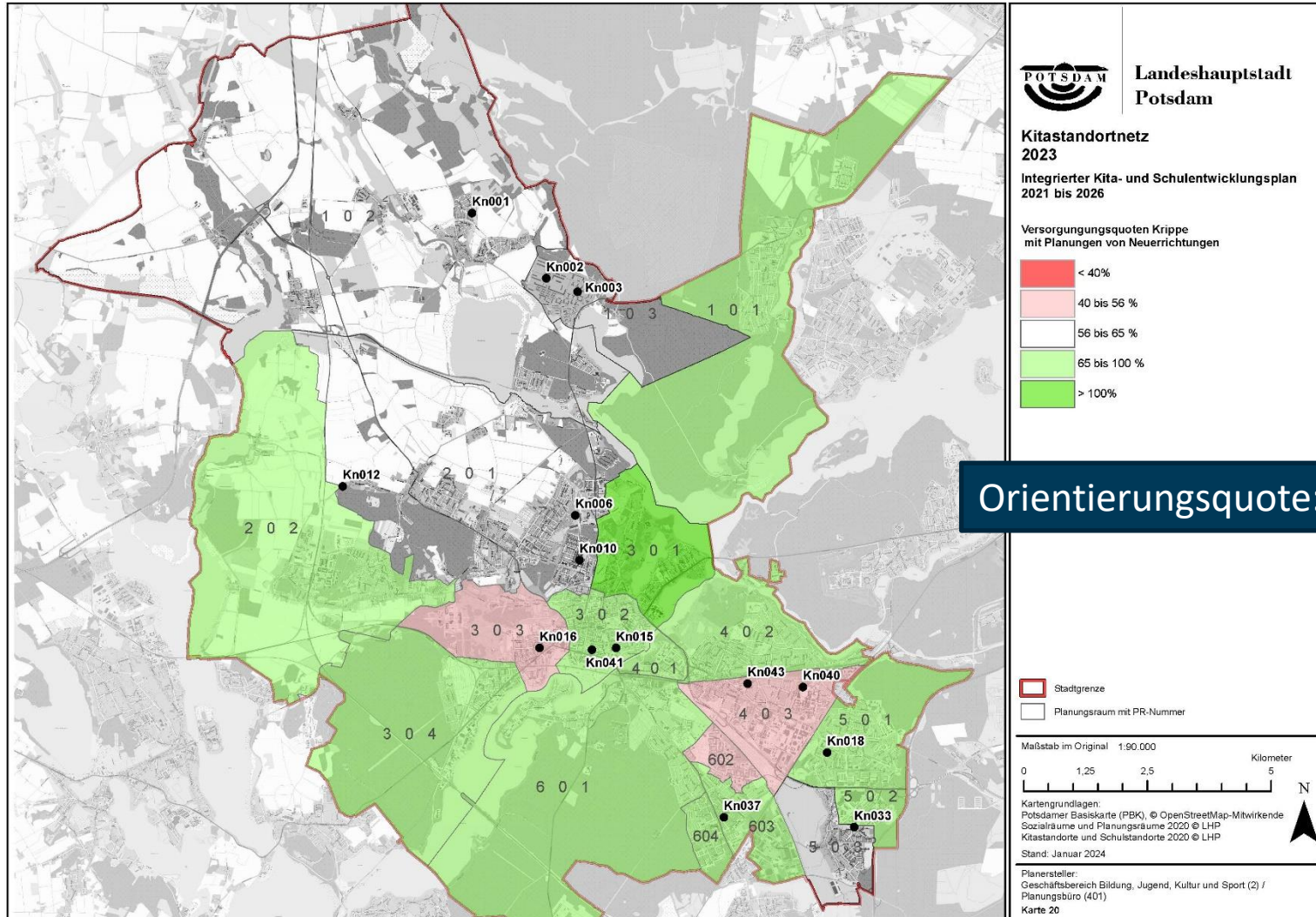


Versorgungsquoten Krippe mit Planungen von Neuerrichtungen, 2023

Anlage 1



Landeshauptstadt
Potsdam

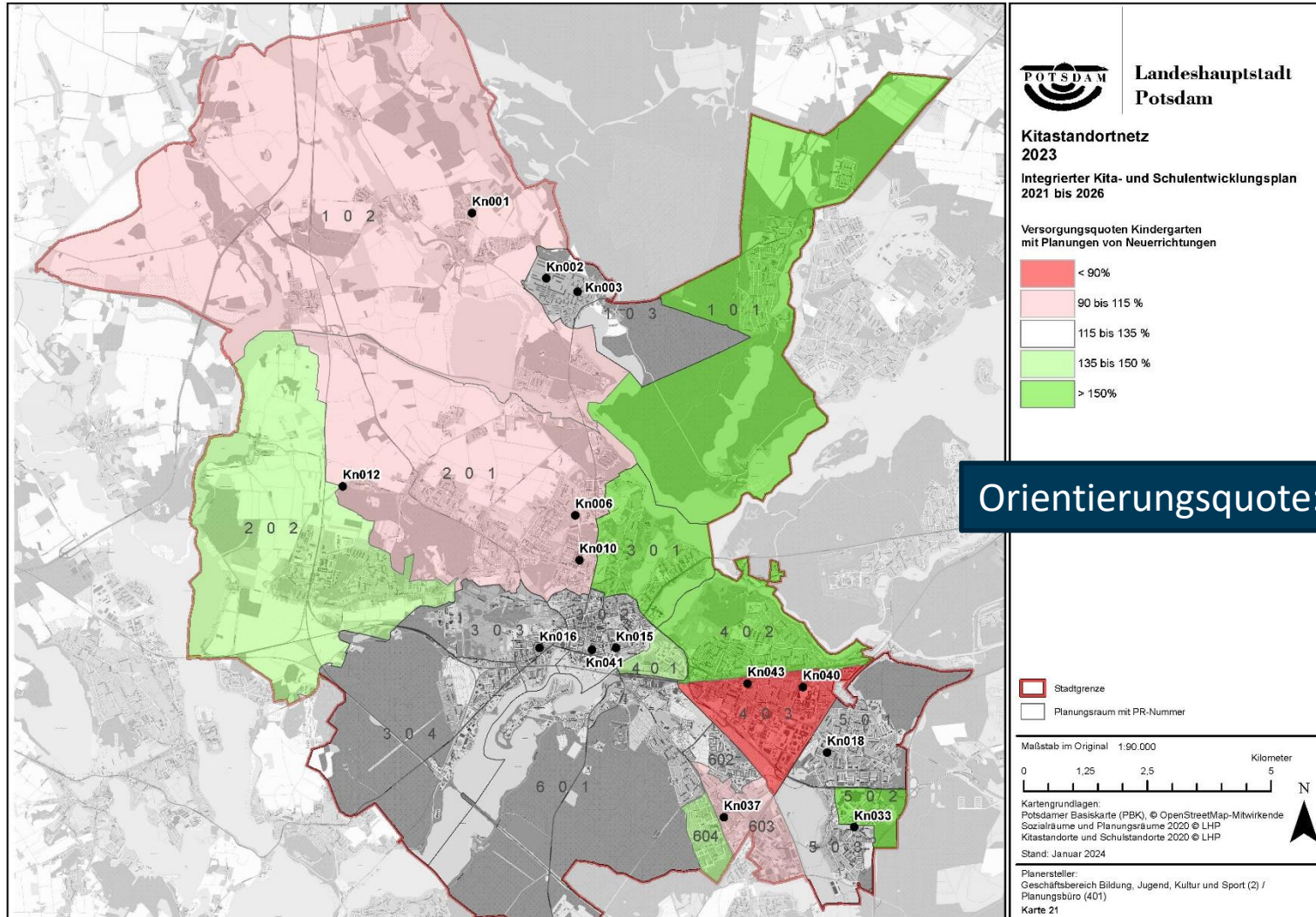


Versorgungsquoten Kindergarten mit Planungen von Neuerrichtungen, 2023

Anlage 1



Landeshauptstadt
Potsdam



Standortbezogene und planungsräumliche Trägergespräche

- Aktuell: Erarbeitung eines standardisierten Fragebogens in Vorbereitung auf die Gespräche mit den Trägern / Standorten und Festlegung des Teilnehmerkreises
- Austausch AG 78 Kita vor Beginn der Gespräche zum Fragebogen und Verlauf
- Beginn der standortbezogenen Gespräche mit Träger und Leitungen im Februar 2024 (Zeitschiene in Vorbereitung)



Voraussichtlicher Fokus

- Aktuelle Rahmenbedingungen (
 - u.a.
 - Betriebserlaubnis und Entwicklung Auslastung,
 - Angebotsformen,
 - Personelle Voraussetzungen und multiprofessionelle Bedarfe,
 - Räumliche Voraussetzungen,
 - Konzeptionelle Entwicklungen unter Beachtung des inklusiven Ansatzes
 - Angebote im Planungsraum / ggf. Sozialraum
 - Aktuelle und mögliche Kooperationen
 -



Nächste Schritte

- Auswertung der erfassten standortbezogenen Fakten– und Datenlage
verwaltungsintern

Basis für

- Vorbereitung / Durchführung der Gespräche in den Planungsräumen in
Abstimmung mit den jeweiligen Trägern

- Zusammenfassung der Ergebnisse – bestmögliche Transparenz



- ✓ Basis für die Fortschreibung der Integrierten Kita- und Schulentwicklungsplanung
- ✓ Basis für weiterführende Gespräche zur Kita-Qualität in Verbindung mit der Angemessenheit und der Struktur der Finanzierung (Bund, Land, Gemeinde, Träger)
- ✓ **Bedarfsgerechte Kindertagesbetreuung** „Zentrum“ – Chance für Qualitätsentwicklung nutzbar machen - Orte frühkindlicher Bildung – Geeignetheit der Angebote

Bereich Kindertagesbetreuung
Frau Elsaßer,
Frau Schelle

16.01.2024

Jugendhilfeausschuss am 18.01.2024

TOP 5.4 Qualitätsstandards Kindertagesbetreuung Teil „Konzept Kinder mit besonderen Bedarfen“

(Bildungsgerechtigkeit sichern, Potsdamer Kitas stärken - „Kinder mit besonderen Bedarfen“)

I. Vermerk

a) Anlass und Zweck

TOP 5.4

Im Jugendhilfeausschuss wurde am 14.12.2023 aufgrund der zu diesem Zeitpunkt erneuten Sachstandsbearbeitung durch die Verwaltung informiert, dass der Vorgang erneut zurück in die AG.78 Kita verwiesen werden soll.

- Ergebnismitteilung Jugendhilfeausschusssitzung 18.1.2023

b) Sachstand

Die Stadtverordnetenversammlung fasste im Juni 2023 (Änderungen der Fraktionen zur Haushaltssatzung 2023/24) folgenden *Beschluss*:

Bildungsgerechtigkeit sichern, Potsdamer Kitas stärken

Die Stadtverordnetenversammlung möge vorbehaltlich des ausstehenden Prüfergebnisses der Verwaltung beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, die Haushaltsmittel für die Betreuung von Kindern mit besonderem Entwicklungsbedarf in Potsdamer Kitas für das Jahr 2024 um 450.000 EUR zu erhöhen, umso eine kontinuierliche und bedarfsgerechte Förderung der Kinder zu gewährleisten und den personellen Ressourcenbedarf zu decken.

Deckung: Produktkonto: 36310...; 2024: 450.000 EUR

Geändert beschlossen: 900.000 EUR in 2024

Durch diese Entscheidung stehen folgend **zuzüglich** zu den HH Ansätzen 2023/24 900.000 EUR zur Verfügung.

Am 9.1.2024 fand die Sondersitzung der AG 78 zum Thema statt. Unter Teilnahme von acht Trägern von Kindertageseinrichtungen, zwei Vertretenden des Kreiskitaelternbeirates und zwei Vertretenden der Verwaltung wurden folgende Lösungen erarbeitet.

c) Beurteilung/Lösungswege/Alternativen/Stellungnahme

Die zur Verfügung stehenden Mittel werden wie folgt verwendet:

1. Kinder mit Migrationshintergrund (Förderung seit 2022)

Seit 2022 erhalten Kindertageseinrichtungen, die mehr als 40% Kinder mit Migrationshintergrund betreuen eine personelle Aufstockung (0,017 VZÄ pro Kind). In 2023 wurden 21 Einrichtungen mit insgesamt 22,92 VZÄ unterstützt.

Der Armutsbericht¹ für die LHP von 2022 zeigt deutlich, dass Menschen mit Migrationshintergrund deutlich stärker von Armut gefährdet sind als Menschen ohne Migrationshintergrund. Weil Bildung ein entscheidender Schlüssel zur Armutsprävention sein kann, ist es wichtig, für gleiche Bildungschancen über alle Bildungsstufen hinweg zu sorgen. Der Anteil von Familien, in denen vorrangig eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird, betrug im Jahr 2010 8%. Im Jahr 2020 ist dieser Anteil auf 19% angestiegen. Mit Blick auf die sprachliche Situation in der Herkunftsfamilie zeigt sich, dass der Anteil der Kinder, in deren Familie eine andere Sprache als Deutsch gesprochen wird, unter den betreuten Kindern insgesamt im Jahr 2020 in den Sozialräumen „V Stern, Drewitz, Kirchsteigfeld“ und „VI Schlaatz, Waldstadt I und II, Potsdam Süd“ mit 12% bzw. 11% am höchsten war. Alle geförderten Horteinrichtungen (sieben) liegen in diesem o.g. Sozialräumen. Bei den Kindertageseinrichtungen liegen elf von vierzehn Einrichtungen in den o.g. Sozialräumen.

Somit unterstützt die Förderung besonders die Kindertageseinrichtungen, die zusätzlich zu der hohen Anzahl an Kindern mit Migrationshintergrund vielschichtige Herausforderungen täglich bewältigen. Die Förderung muss daher verstätigt werden.

2. Verstetigung ehemalige Kiez-Kitas

Vor 2018 bis 2023 nahmen insgesamt acht Kindertageseinrichtungen am Landesprogramm Kiez-Kitas – Bildungschancen eröffnen teil. Im neuen Förderzeitraum 2024 bis 2025 haben sich fünf Kindertageseinrichtungen für die Teilnahme beworben. Von den bisherigen Kiez-Kitas nehmen insgesamt fünf Einrichtungen nicht mehr teil. Die

¹ Aus Ergebnissen des zweiten Integrationsindikatorenberichtes geht hervor, dass der Migrationshintergrund von Kindern und Jugendlichen nicht über deren schulische Entwicklung entscheidet. Mit Regressionsanalysen konnte gezeigt werden, dass die soziale Herkunft (bestimmt durch den höchsten Schulabschluss der Eltern) den wesentlichen Faktor darstellte und zudem der Aspekt, ob die Umgangssprache innerhalb der Familie Deutsch war. Siehe: Armutsbericht der LHP 2022

AG 78 wertschätzt die geleistete Arbeit in den bisherigen Kiez-Kitas und unterstützt die weitere Förderung der Einrichtung unter der Zielsetzung der Erarbeitung eines Rahmenkonzeptes der LHP für Kitasozialarbeit. Dies erfolgt in Zusammenarbeit des Bereichs Kindertagesbetreuung mit der Integrationsbeauftragten der LHP und der AG 78 in 2024.

Kitasozialarbeit kann einen Lückenschluss zwischen frühen Hilfen und sozialpädagogischen Angeboten in der Schule bieten. Durch die Etablierung eines Kitasozialarbeiters / einer Kitasozialarbeiterin wird angestrebt, die ganzheitliche Entwicklung der Kinder zu fördern, die Familien zu unterstützen und ihnen die bestmöglichen Bildungs- und Teilhabechancen zu eröffnen. Die Kitasozialarbeit soll somit die Möglichkeit bieten, gezielt auf die Bedürfnisse von armutsbetroffenen Familien einzugehen und im individuellen Lebenskontext unterstützend zu wirken. Die Ergänzung / Erweiterung der multiprofessionellen Teams in der Kindertageseinrichtung soll auch Entlastung schaffen.

Alle fünf Einrichtungen erhalten in 2024 jeweils 48.000 Euro (Personal- und Sachkosten) und die im Kiez Kita Programm gesammelten Erfahrungen können weiterentwickelt und standortbezogene Maßnahmen / Angebote erarbeitet werden.

3. Finanzielle Unterstützung für Einrichtungen mit armutsgefährdeten und von entwicklungsgefährdeten Kinder

Gemeinsam mit den Mitgliedern der AG 78 wurde erarbeitet, dass vor allem Kindertageseinrichtungen mit einer hohen Anzahl von Kinder, die armutsgefährdet sind und Entwicklungsauffälligkeiten aufzeigen, mehr Personal benötigen, um die Rahmenbedingungen für die Entwicklung der Kinder in der Kindertageseinrichtung zu verbessern. Den Kindertageseinrichtungen als außerelterlicher Bildungsort kommt hierbei eine wichtige Aufgabe zu.

Folgende Kriterien zur Auswahl der Einrichtungen wurden festgelegt:

- BuT-Leistungen,
- KitaBBV bis 22.000 Euro,
- Entwicklungsauffälligkeiten (1 oder mehr) laut Grenzsteine
- Elternbeitragsbefreit SGB II Empfänger – eventuell als Erweiterung

Aufgrund der finanziellen Begrenzung auf 900.000 Euro wurde darüber befunden, nur Einrichtungen im Sozialraum fünf und sechs sowie der Planungsraum 401 zu fördern. Diese insgesamt acht Planungsräume zeichnen sich durch eine überdurchschnittliche Anteil von Arbeitslosen, hohe Anzahl an Alleinerziehenden und einen überdurchschnittlich hohen Anteil an SGB II Empfänger² aus. Basierend auf den Daten der Einrichtungen erfolgt ein Ranking der Einrichtungen und im top-down Prinzip erfolgt die Finanzierung der Einrichtungen. Es kann davon ausgegangen werden, dass nicht alle Einrichtungen in den acht Planungsräumen eine zusätzliche Finanzierung erhalten.

² Vergleiche Sozial- und Planungsräume im Blick 2022 (PIA)

Grundlage für die Finanzierung ist das Berliner Modell, d.h. 0,01 VZÄ pro Kind in der Einrichtung.

d) Votum

Die Umsetzung erfolgt basierend auf der gemeinsam erarbeiteten Lösung mit der AG 78.

(gez. Kerstin Elsaßer)

(gez. Nicole Schelle)

Stellenbesetzungsverfahren FBL 23

Landeshauptstadt Potsdam

Das Stellenbesetzungsverfahren FBL 23



- Das Besetzungsverfahren wurde bereits eingeleitet
- Begleitung des Besetzungsverfahrens durch PD- Berater der öffentlichen Hand GmbH
- PD ist die Inhouse-Beratung der öffentlichen Hand, Auftraggeber und Gesellschafter sind ausschließlich Bund, Länder, Kommunen sowie andere öffentliche Körperschaften und Einrichtungen
- PD bietet der öffentlichen Hand bundesweit Beratungs- und Managementleistungen zu allen Fragen moderner Verwaltung und Infrastruktur an

Das Profil der Fachbereichsleitung (m/w/d)



Formale Voraussetzungen und Erfahrungen

- Wissenschaftlicher Hochschulabschluss
- Bevorzugte Fachrichtungen: Soziale Arbeit, Erziehungswissenschaften, Soziologie, Rechtswissenschaft oder Verwaltungswissenschaft
- Langjährige, einschlägige Berufserfahrung in der Kinder – und Jugendhilfe
- Einschlägige Führungserfahrung

Weitere Kompetenzen

- Fachliche und methodische Kompetenzen u.a. SGB VIII, Haushalts- und Verwaltungsrecht, Erfahrung im Umgang mit relevanten Stakeholderinnen und Stakeholdern
- Weitere Schlüsselkompetenzen wie z.B. Personalführung, Konfliktfähigkeit, Kommunikationsstärke

Die Besetzung der Führungsposition der FBL 23 durch PD erfolgt mittels Executive Search



Unser Beratungsansatz

„Es ist stets unser Ziel, durch eine umfassende Marktrecherche, eine gezielte Ansprache und passender eignungsdiagnostischer Instrumente, eine für Sie bestmögliche Stellenbesetzung sicherzustellen.“

Was ist Executive Search?

Eine **gezielte Recherche und Ansprache von potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten**.

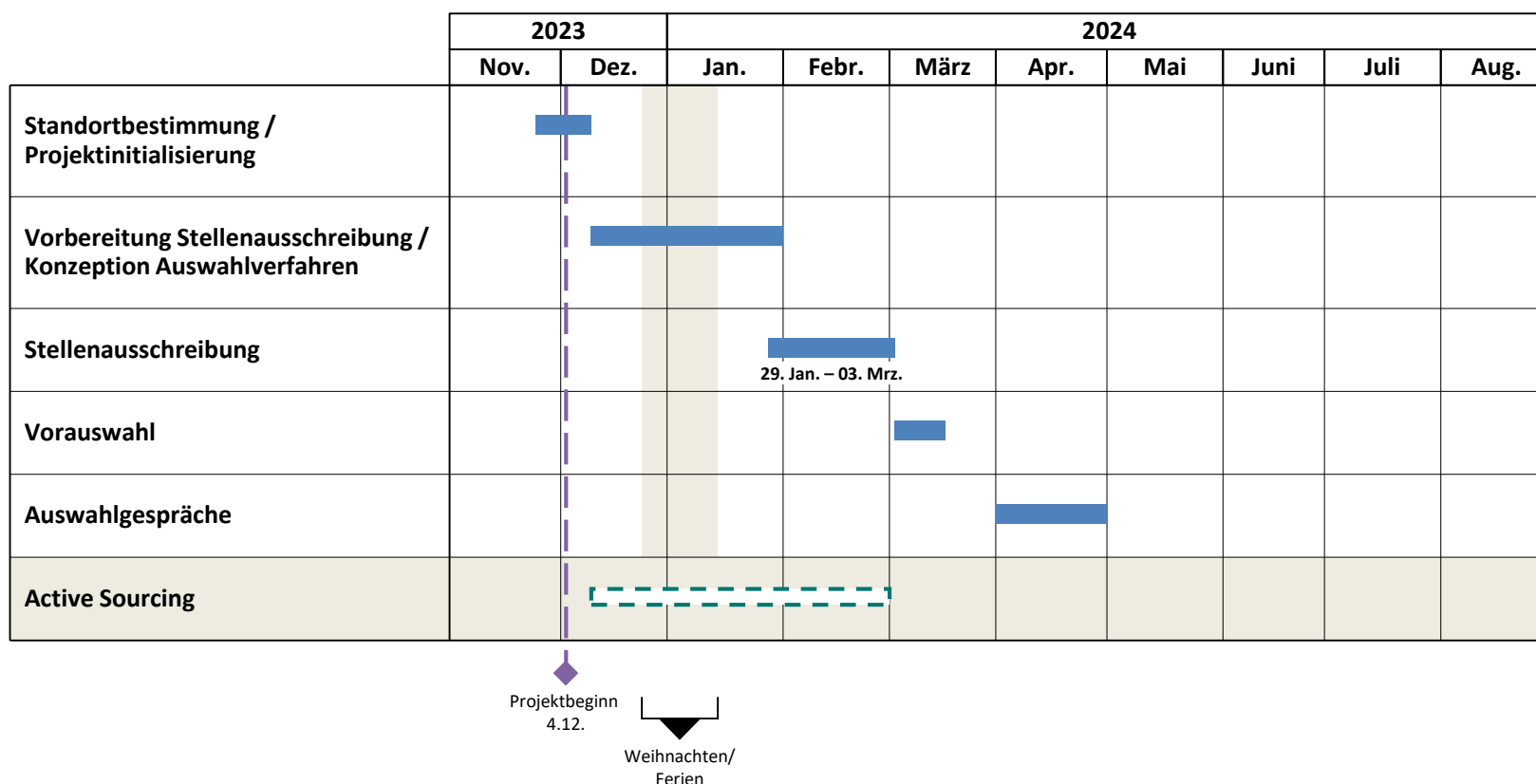
Executive Search kommt bspw. in den folgenden Fällen zum Tragen:

- Es handelt sich um eine bedeutende Führungs- oder Schlüsselposition
- Die Anzahl potenzieller Bewerbender ist überschaubar und Bewerberbende würden sich nicht aktiv auf eine Stellenausschreibung bewerben
- Die Wahrscheinlichkeit einer erfolgreichen Besetzung soll erhöht werden
- Die Besetzung soll in einem vertraulichen Rahmen erfolgen

Vorteile Executive Search

- Zusammen mit dem Auftraggeber wird ein aussagekräftiges **Stellen- und Anforderungsprofil** erstellt.
- Es erfolgt eine **systematische und strukturierte Suche** nach passenden Kandidatinnen und Kandidaten.
- Die Suche folgt einem klaren Prozess und in einem zuvor gemeinsam **definierten Zeitrahmen**.
- Es erfolgt eine **diskrete Erstansprache** bzw. Kontaktaufnahme, so dass auch Kandidatinnen und Kandidaten auf die Position aufmerksam werden, die sich nicht aktiv auf der Suche befinden.
- Es finden vorab persönliche Gespräche mit potenziellen Kandidatinnen und Kandidaten statt, in denen eine **erste Beurteilung** durch den/die Personalberater:in erfolgt.
- Auf Wunsch wird das gesamte Auswahlverfahren beim Auftraggeber begleitet.

Vorläufige Zeitplanung des Besetzungsverfahrens



Vielen Dank
für die Aufmerksamkeit.

Protokoll – öffentlicher Teil

49. öffentliche Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin:	Donnerstag, 15.02.2024
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	19:30 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Rathaus, Friedrich-Ebert-Str. 79/81, 14469 Potsdam

Anwesend

Vorsitz

Tiemo Reimann	SPD	bis 18:00 Uhr
---------------	-----	---------------

Mitglieder

Alexander Dietmar Wietschel	Freie FRAKTION	Vertretung für: Dr.med. Carmen Klockow; bis 19:00 Uhr
Dr. Sigrid Müller	Die Linke	
Wiebke Bartelt	Bündnis 90/Die Grünen	Vertretung für: Birgit Eifler
Frank Otto	Bündnis 90/Die Grünen	
Matthias Kaiser	CDU	
René Kulke	DIE aNDERE	Vertretung für: Annina Beck
Katharina Tietz	anerkannte freie Träger	
Dr. Patrick Arnold	Freie Demokraten	Vertretung für: Madeleine Floiger; ab 16:50 Uhr
Sabine Frenkler	anerkannte freie Träger	
Cornelia Krönes	anerkannte freie Träger	
Ute Parthum	anerkannte freie Träger	
Julia Schultheiss	anerkannte freie Träger	
Bodo Ströber	anerkannte freie Träger	

stellv. Mitglieder

Robert Müller	anerkannte freie Träger
---------------	-------------------------

beratende Mitglieder

Stefanie Buhr	Büro für Chancengleichheit und Vielfalt	ab 16:35 Uhr
Robert Witzsche	Kita-Elternbeirat	
Fereshta Hussain	Migrantenbeirat	

Beigeordnete

Prof. Dr. Walid Hafezi	Beigeordneter	bis 17:40 Uhr
------------------------	---------------	---------------

Protokollführung

Eva Thäle

Abwesend

Mitglieder

Dr.med. Carmen Klockow	Freie FRAKTION	entschuldigt
Leon Troche	SPD	entschuldigt
Birgit Eifler	Bündnis 90/Die Grünen	entschuldigt
Annina Beck	DIE aNDERE	entschuldigt
Madeleine Floiger	Freie Demokraten	entschuldigt

beratende Mitglieder

Karina Berg	HVD Potsdam e.V.	entschuldigt
Lisette MacEwen	Kreiselterrat	entschuldigt

Tagesordnung

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung
- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung
- 3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.12.2023
- 4 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.01.2024
- 11 Anträge
- 11.2 Einrichtung der Position einer hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten in der Landeshauptstadt Potsdam
- 11.1 Änderungen des SGB VIII und Umsetzungsstand des Jugendamts
Unterausschuss Jugendhilfeplanung
- 8 Informationen des Jugendamtes
- 8.1 aktueller Sachstand neuer Familienberatungsstellen in Potsdam
- 5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

- | | | |
|--------|---|----------------|
| 6 | Information des Ausschussvorsitzenden zum aktuellen Sachstand Kinder- und Jugendbudget und Kinder- und Jugendbeauftragte | |
| 7 | Vorstellung der Schulsozialarbeit durch die Träger | |
| 8 | Informationen des Jugendamtes | |
| 8.2 | Umsetzungsstand Haushaltsaufstellungsverfahren Kindeswohlprinzip | |
| 8.3 | Sachstand Umsetzung Schul-Mittagessen | |
| 9 | Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII | |
| 10 | Bericht des Kita-Elternbeirates | |
| 12 | Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung | |
| 12.1 | Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft
<i>Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i> | 23/SVV/0676 |
| 12.2 | Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen
<i>Fraktion Sozial.DIE LINKE.Potsdam</i> | 23/SVV/1291 |
| 12.2.1 | Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen - Änderungs-/Ergänzungsantrag
<i>Fraktion Die Linke</i> | 23/SVV/1291-01 |
| 13 | Sonstiges | |

Protokoll

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende, Herr Reimann, eröffnet die Sitzung. Er kündigt an, dass er die Sitzung um 18:00 Uhr verlassen muss und Frau Dr. Sigrid Müller als stellvertretende Ausschussvorsitzende die Sitzungsleitung übernehmen wird.

2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Herr Reimann stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu Beginn der Sitzung sind 11 von 15 stimmberechtigten Mitgliedern anwesend. Somit ist der Jugendhilfeausschuss beschlussfähig.

Herr Reimann informiert zur Tagesordnung darüber, dass der Tagesordnungspunkt 11.2 „Einrichtung der Position einer hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten in der Landeshauptstadt Potsdam“ ergänzt werde. Er begründet die Dringlichkeit und lässt dazu abstimmen. Diese wird mit Stimmenmehrheit angenommen.

Weiterhin sollen die Tagesordnungspunkte 3 „Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.12.2023“, 4 „Entscheidungen über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.01.2024“ und 8.3 „Sachstand Umsetzung Schul-Mittagessen“ auf die Märzsession zurückgestellt werden.

Die Tagesordnungspunkte 11.2 „Einrichtung der Position einer hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten in der Landeshauptstadt Potsdam“, 11.1 „Änderungen des SGB VIII und Umsetzungsstand des Jugendamts“ und 8.1 „aktueller Sachstand neuer Familienberatungsstellen in Potsdam“ wollen man vor den Tagesordnungspunkt 5 „Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat“ vorziehen. Danach solle in der vorgegebenen Reihenfolge fortgefahren werden.

Herr Reimann stellt die Änderungen zur Abstimmung. Diese werden einstimmig angenommen.

Anschließend wird die so geänderte Tagesordnung von ihm zur Abstimmung gestellt und ebenfalls einstimmig angenommen.

Herr Reimann stellt das Rederecht für Frau Kathrin Fike-Jetschmanegg und Annemarie Busse zum Tagesordnungspunkt 7 „Vorstellung der Schulsozialarbeit durch die Träger“ zur Abstimmung. Dieses wird einstimmig angenommen.

3 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 14.12.2023

Herr Reimann informiert, dass der Tagesordnungspunkt auf die Märzsession verlagert werde, da das Protokoll vom 14.12.2023 noch nicht vorliege.

4 Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen das Protokoll des öffentlichen Teils der Sitzung vom 18.01.2024

Herr Reimann informiert, dass der Tagesordnungspunkt auf die Märzsitzung verlagert werde, da das Protokoll vom 18.01.2024 noch nicht vorliege.

11 Anträge

11.2 Einrichtung der Position einer hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten in der Landeshauptstadt Potsdam

geändert beschlossen

Herr Reimann erläutert den Antrag und begründet erneut die Dringlichkeit.

In der anschließenden Diskussion gibt es keine Kontroversen und die Mitglieder begrüßen den Antrag. Man ist sich einig, dass Frau Stefanie Buhr als Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen die Stelle bekleiden sollte. Man einigt sich, dass man den Antrag mit „zum schnellstmöglichen Zeitpunkt“ ergänzen werde.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung soll beschließen, der Oberbürgermeister wird beauftragt, gemäß der Hauptsatzung der Landeshauptstadt Potsdam, § 3a, die Stelle der Koordinatorin für Kinder- und Jugendinteressen zur hauptamtlichen Kinder- und Jugendbeauftragten der Landeshauptstadt Potsdam **zum schnellstmöglichen Zeitpunkt** zu ernennen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig angenommen

11.1 Änderungen des SGB VIII und Umsetzungsstand des Jugendamts

geändert beschlossen

Herr Ströber bringt den Antrag ein.

Herr Reimann ergänzt, dass der Antrag zur Selbstbefassung im Jugendhilfeausschuss sei und nicht in die Stadtverordnetenversammlung weitergereicht werde.

Herr Prof. Dr. Hafezi befürwortet den Antrag. Er bekräftigt, dass man sich schon seit längerem im Jugendamt damit auseinandersetze. Man sei auch geschäftsübergreifend dazu in Gesprächen, um zu schauen, wie man das Erarbeitete in Arbeitsgemeinschaften oder im Stab zusammenführen könne. Es gebe ein Bundesgesetz, aber das Land Brandenburg sei noch nicht so weit. Bevor es keine gesetzliche Grundlage und Verordnung gebe, könne man die finanziellen Aspekte die aus den Änderungen resultieren, nicht klären. Ihm sei klar, dass man ggf. eigene Ressourcen innerhalb der Verwaltung finden müsse. Er bittet darum die Ergebnisse in der Aprilsitzung vorstellen zu können und dies im Antragstext entsprechend zu ändern.

Herr Reimann stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss möge beschließen:

Die Verwaltung des Jugendamtes wird beauftragt, in einer Übersicht dazustellen, welche verpflichtenden Aufgabenstellungen aus der Änderungen des SGB8 für die Arbeit des Jugendamtes resultieren.

Dabei soll auch aufgezeigt werden, in welchen Schritten und in welcher zeitlichen Abfolge diese Änderungen vorbereitet und umgesetzt werden.

Dem Jugendhilfeausschuss ist diese Zusammenstellung zu seiner Sitzung am **18.04.2024** 14.03.2024 zur Verfügung zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig angenommen

8 Informationen des Jugendamtes

8.1 aktueller Sachstand neuer Familienberatungsstellen in Potsdam

Herr Reimann erläutert, dass es im Februar einen Zeitungsartikel gegeben habe, bei dem berichtet wurde, dass im Oberlinhaus eine Familienberatungsstelle eröffnet worden sei. Laut Beschluss habe man aber vereinbart, dass die nächsten Eröffnungen in den Sozialräumen 5 und 6 erfolgen sollten. Er bittet um Begründung.

Herr Prof. Dr. Hafezi verweist darauf, dass man die sozialräumliche Verortung nicht aus dem Blick verloren habe.

Frau Miriam Peters, Bereichsleiterin Regionale Kinder- und Jugendhilfe Bereich 232 der Landeshauptstadt Potsdam, berichtet, dass das Oberlinhaus ein Beratungsangebot in den Roten Kasernen in Potsdam anbiete, wo auch bereits Frühförderung angeboten werde. Die Anlaufstelle sei nach § 16 „Allgemein Förderung der Erziehung in der Familie“ des SGB VIII entstanden, um ein Modellprojekt zu starten. Der Beschluss beziehe sich auch den § 28 „Erziehungsberatung“ nach SGB VIII. Man werde das Interessenbekundungsverfahren im Frühjahr auf den Weg bringen.

5 Anliegen und Fragen von Kindern und Jugendlichen und Bericht des Vertreters aus dem Kreisschülerrat

Herr Radon berichtet, dass er Mitglied im Kreisschülerrat und aktuell am Oberstufenzentrum I – Technik Schüler sei. In der letzten Sitzung habe man wie immer Arbeitsgruppen gebildet und sich in diesen mit der Ausstattung an Schulen, Rechtsextremismus an Schulen sowie dem Aufenthalt für Jugendliche in der Freizeit beschäftigt.

Herr Otto bittet darum die Ergebnisse dem Jugendhilfeausschuss zur Verfügung zu stellen.

6 Information des Ausschussvorsitzenden zum aktuellen Sachstand Kinder- und Jugendbudget und Kinder- und Jugendbeauftragte

Herr Reimann berichtet, dass in der nächsten Sitzung des Jugendhilfeausschusses eine Lösung zum Kinder- und Jugendbudget präsentiert werde. Weiterhin bittet er darum, dass sich weitere Teilnehmer für das avisierte Gespräch zwischen Ausschussmitgliedern und der Verwaltung zur Stellungnahme zum dringenden Appell zur Schaffung zusätzlicher Stellen im Jugendamt bzw. im Allgemeinen Sozialen Dienst (ASD) melden sollten.

Hierzu melden sich, neben bereits Frau Dulle und Herr Kulke, Frau Frenkler, Herr Ströber, Frau Dr. Müller und Herr Wietschel an.

7 Vorstellung der Schulsozialarbeit durch die Träger

Frau Finke-Jetschmanegg, Leiterin Schulsozialarbeit an weiterführenden Schulen der Stiftung SPI, und Frau Busse, Projektleiterin Potsdam des Paragraph 13 e.V., stellen anhand einer Präsentation vor (Anlage 1).

Herr Prof. Dr. Hafezi bedankt sich bei den Vortragenden und berichtet, dass die Rückmeldung an ihn aus den Schulen zur Schulsozialarbeit durchweg positiv sei. Der deutliche Anstieg psychischer Belastungen sei beunruhigend. Dazu würde er sich gerne noch einmal mit den Ansprechpartnerinnen austauschen. Auch in Bezug auf die Schnittstelle zur Agentur für Arbeit bezüglich der Schulsozialarbeit in Potsdam müsse man sich stärker aufstellen und das erneut besprechen.

In der anschließenden Diskussion bedanken sich auch die Ausschussmitglieder für die Präsentation und sehr gute Arbeit der Schulsozialarbeiter*innen in Potsdam. Der Jugendhilfeausschuss könne die Schulsozialarbeit unterstützen, indem man regelmäßig zu aktuellen Entwicklungen, zum Beispiel anhand thematisch bezogenen Situationsberichten, in den Sitzungen berichten könnte. Auch die Vorstellung in anderen Gremien könnte helfen. Auch Herr Prof. Dr. Hafezi bekräftigt, dass die Stärkung der Schulsozialarbeit eine wichtige Frage sei. Es sei frustrierend, dass diese nicht im Schulgesetz verankert sei. Ansonsten arbeite man laut Frau Finke-Jetschmanegg und Frau Busse in Potsdam jedoch mit einem großen und gut ausgebauten Netzwerk zusammen.

Es wird vereinbart, dass man sich einmal jährlich eine Präsentation im Jugendhilfeausschuss wünsche. Für die Novembersitzung 2024 wird ein Abschlussbericht für dieses Jahr vereinbart. Herr Ströber schlägt vor, dass man sich vorab damit in der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe befassen werde.

Herr Kulke informiert zum landesweiten Fachtag zur Schulsozialarbeit in Brandenburg am Dienstag, den 12.11.2024 im Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg (LISUM) in Ludwigsfelde. Weitere Informationen finde man unter [Landesweiter Fachtag Schulsozialarbeit 2024 – Die kobra.net-Website für Schulsozialarbeit im Land Brandenburg \(kobranet.de\)](https://www.kobranet.de/).

8 Informationen des Jugendamtes

8.2 Umsetzungsstand Haushaltsaufstellungsverfahren Kindeswohlprinzip

Frau Buhr rekapituliert, dass man mittels des Positionspapieres der kinderfreundlichen

Kommune Inflationen und Energiepreissteigerungen ab puffern wolle und sich somit Einsparungen nicht auf die Bereiche von Kinder und Jugendliche auswirken sollten. Mehrere Kommunen hätten mitgezeichnet, Potsdam sei noch ausstehend gewesen. Daraufhin hätte es einen Beschluss gegeben, dass das Positionspapier auch durch den Potsdamer Oberbürgermeister zu unterzeichnen wäre. Jetzt sei man eine Modellkommune mit dem Versuch, den Haushalt nach Kindeswohlvorrangprinzip aufzustellen. In Abstimmung mit Krefeld habe Frau Buhr erste Erfahrungen zu diesem Vorgehen sammeln können, ein Folgetreffen finde im März statt. Aktuell formuliere man innerhalb einer Strategiegruppe in der Verwaltung Kennzahlen, die unter anderem die einzelnen Geschäftsbereiche betreffen. Daraus würden dann strategische Produkte entwickelt. Gemeinsam mit Krefeld und Remscheid treffe man sich dreimal jährlich, um Fortschritte zu dokumentieren. Die abschließende Umsetzung sei für den Doppelhaushalt 2026/2027 geplant. Zur praktischen Übung wolle man ein Planspiel entwickeln, womit zum Beispiel auch Jugendliche im Politikunterricht arbeiten könnten.

In der anschließenden Diskussion sichern die Ausschussmitglieder Unterstützung für das Vorgehen zu. Die Entwicklungen seien ihnen zu langsam. Herr Reimann schlägt vor Frau Buhr in die Fraktionssitzung einzuladen, um dort gemeinsam daran zu arbeiten. Auch Herr Ströber sagt eine Behandlung im Unterausschuss Jugendhilfeplanung zu. Frau Tietz und Frau Schultheiss schlagen vor, dass man die Thematik auch nachhaltig sichern müsse. Zum Beispiel könne man dies in die Richtlinien der Jugendförderung aufnehmen und einen Prüfantrag formulieren.

Frau Buhr schlägt vor im März nach dem Treffen mit der Kommune Krefeld zu dem Thema erneut zu berichten. Weiterhin könne man im zweiten Halbjahr 2024 im Jugendhilfeausschuss die Indikatoren gemeinsam abstimmen.

8.3 Sachstand Umsetzung Schul-Mittagessen

Der Tagesordnungspunkt wird seitens der Verwaltung auf die Märzsitzung verlagert.

PAUSE 18:08 – 18:20 Uhr

9 Bericht des Unterausschusses und der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII

Herr Reimann hat die Sitzung verlassen und Frau Dr. Müller übernimmt als stellvertretende Ausschussvorsitzende die Sitzungsleitung.

UA JHP

Der Unterausschuss Jugendhilfeplanung hat am 01.02.2024 getagt.

Man habe gemeinsam mit Frau Buhr entschieden, dass sie stets eingeladen werde, um gegebenenfalls an bestimmten Tagesordnungspunkten eingebunden werden zu können.

Zum Sachstand zur Evaluation Arche-Stelle OKJA sei die Vorstellung der Kriterien für März geplant. Es sei gewünscht, dass die Kriterien vorab den Mitgliedern zur Verfügung gestellt werden.

Herr Prof. Dr. Hafezi habe erneut nicht am Unterausschuss teilnehmen können. Sein Beitrag zur Kommunikations- und Gremienstruktur konnte daher wiederum nicht von ihm dargestellt werden. Zumal sich die strukturelle Kommunikation mit den Erbringenden der Leistungen auf einem Tiefstand befinde. Eine gute Zusammenarbeit von öffentlichen und freien Trägern, besonders zu Planungsprozessen, bedürfe einer größeren Präferenz. Frau Peters habe berichtet, dass es verwaltungsintern einen Austausch dazu gegeben habe. Das Ergebnis sei, dass Herr Prof. Dr. Hafezi die RAKs stärken und mehr in den Vordergrund bringen wolle. Dazu solle es einen Workshop mit allen RAK-Beteiligten im Mai 2024 geben. Das bisherige und geplante Vorgehen der Verwaltung zur Überarbeitung der Gremienstruktur nach der Beschlussfassung im Jugendhilfeausschuss im Oktober 2022 sei kritisiert worden. Es sei vereinbart worden, dass keine Einladung an die RAKs versendet werde, bevor die Thematik im Unterausschuss und Jugendhilfeausschuss geklärt worden sei. Man habe eine verbindliche Vereinbarung getroffen, dass in der Märzsession die inhaltliche Behandlung sowie zum weiteren Verfahren gemeinsam mit Herrn Prof. Dr. Hafezi erfolgen werde.

Das Thema Rahmenkonzept Familienzentren werde in der Märzsession des Unterausschusses behandelt.

Zu den Verfahrenslotsen nach dem SGB VIII, die seit dem 01.10.2024 verpflichtend seien, berichtet Frau Peters, dass man 1 ½ Stellen für das Jugendamt zur Verfügung hätte. Die Stellenausschreibung sei weiterhin geplant. Die inhaltliche Einführung und Verortung der Stellen innerhalb der Verwaltung sei noch nicht klar. Diese müssten regelmäßig dem Jugendhilfeausschuss Bericht erstatten. Generell gebe es durch die Neuerungen des SGB VIII bereits aktuell und in den kommenden Jahren Rechtsansprüche, die von der Verwaltung umgesetzt werden müssten. Es wird vereinbart, dass die Stadtverwaltung mittels eines Antrages des Unterausschusses im nächsten Jugendhilfeausschuss aufgefordert werde, dazu Stellung zu beziehen.

Weiterhin werde Herr Ströber als Vorsitzender des Unterausschusses zu einer Trägerkonferenz einladen, um gemeinsam die neue Legislatur des Jugendhilfeausschusses zu planen. Die Vertreter für die Wahl müssten bis spätestens 31.05.2024 feststehen, um für die Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 17.07.2024 vorzuliegen. Der Termin findet am 29.05.2024 im Treffpunkt Freizeit statt. Einladungen dazu würden zeitnah erfolgen.

Frau Finke-Jetschmanegg habe berichtet, dass die bisher geplante Zeitleiste des Jugendförderplanes nicht zu halten sei, da die Arbeitsgemeinschaft dazu nicht getagt hätte. Eine neue Zeitleiste sei noch nicht zu vermelden. Es werde gefordert, dass man seitens der Verwaltung eine Aussage zum weiteren Vorgehen geben werde, wann die Planungen wieder im normalen Lauf sein würden – haushaltärchisch und inhaltlich. Es wird gefordert, dass die Stellenplanungen für 2024 nachträglich beschlossen werden müssen.

Für die neue Legislatur des Unterausschusses plane man die Pflege einer fortlaufenden Liste zu den Beschlüssen des Jugendhilfeausschusses.

In der Junisession des Unterausschusses wolle man sich mit den Ergebnissen der Organisations-Untersuchung befassen.

Man wolle eine Klausurtagung des bisherigen Jugendhilfeausschusses organisieren, um dort anhand einer Problembeschreibung mit Ausrichtungsempfehlung Vorbereitungen für den neuen Jugendhilfeausschuss treffen zu können. Am 30.05.2024 finde voraussichtlich die letzte Sitzung in der aktuellen Legislatur statt. Im nächsten Ausschuss wolle man einen ge-

meinsamen Terminvorschlag für Samstag, den 15.06.2024 ab 10 Uhr abstimmen.

Herr Reimann habe im Unterausschuss informiert, dass das vereinbarte Gespräch mit dem Oberbürgermeister zu den Themen Kinder- und Jugendbudget und Kinder- Jugendbeauftragte stattgefunden habe. Die Förderrichtlinie zum Kinder- und Jugendbudget werde momentan vom Oberbürgermeister ausgearbeitet.

Um Sitzungsgeld für den Jugendbeirat im Jugendhilfeausschuss erwirken zu können, müsse dafür die Entschädigungssatzung der Landeshauptstadt Potsdam geändert werden. Die Stellungnahmen für Anspruch auf Sitzungsgelder seien in der Kommunalverfassung geregelt. Hier sei der Jugendbeirat bislang nicht hinterlegt. Man wolle die mögliche Aufnahme des Jugendbeirates nach der Kommunalwahl am 9.6.2024 angehen. Herr Otto wolle sich mit seiner Fraktion an die Arbeitsgemeinschaft „Kommunales Ehrenamt“ wenden sowie gegebenenfalls an Frau Krumrey, Kinder- und Jugendbeauftragte des Landes Brandenburg, falls es dafür eventuell auch Landesgelder gebe.

Herr Reimann habe zu der Stellungnahme des Jugendamtes zu den notwendigen Stellen im Allgemeinen Sozialen Dienst informiert, dass sich nach dem letzten Jugendhilfeausschuss nur 2 Personen für das Gespräch mit der Verwaltung zu dem Thema gemeldet hätten. Er werde in der Februarsitzung erneut zur Teilnahme aufrufen.

Frau Dr. Müller ergänzt zur geplanten Klausur des Jugendhilfeausschusses, dass der Unterausschuss Jugendhilfeplanung dem Ausschuss vorschlage, die Wahlperiodenarbeit mit einer Klausur zu beenden, um zu erarbeiten, was dem nächsten Jugendhilfeausschuss fachlich-inhaltlich mit auf den Weg gegeben werden könne.

Herr Ströber berichtet erneut im Namen der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe. Er sei für den Jugendhilfeausschuss Mitglied der Lenkungsgruppe. Dort würden folgende Akteure die Themen der Kooperation zwischen Schule und Jugendhilfe gemeinsam beraten und beschließen:

- Bildungsausschuss
- Jugendhilfeausschuss
- Fachbereichsleitung FB 23
- Schulamt: Schulräte der Grund- und weiterführenden Schulen
- Schulträger
- Koordinierungsstelle je zu Hälfte Jugendhilfe/ Schulverwaltung
- moderiert: Kobranet

Im vergangenen Jahr habe die Fachbereichsleitung nur unzureichend die Leitungsbeteiligung an dieser Arbeitsgruppe sicherstellen können. Dies führte zu ansteigender Kritik seitens der Schulräte. Zudem sei die anteilige Stellenbesetzung der Koordinierungsstelle durch die Schulverwaltung seit langem nicht realisiert.

1. Wie kann sichergestellt werden, dass die Kooperation Schule / Jugendhilfe, wie im Rahmenkonzept beschlossen, auf konstruktiv hohem Niveau weitergeführt werden kann?

2. Wie kann sichergestellt werden, dass aus dem Bereich Bildung- und Sport die Besetzung der 2 Koordinierungsstelle zeitnah erfolgen kann?

3. Wie stellt die Verwaltung sicher, dass die Stelle der Jugendhilfe, nahtlos ab März weiter

besetzt bleibt?

4. Wie stellt die Verwaltung sicher, dass die Mitarbeit in der Lenkungsgruppe durch die Fachbereichsleitung gesichert wird?

Er bekräftigt, dass sich die Situation mittlerweile zugespitzt habe.

Frau Dr. Müller schlägt vor die kommissarische Jugendamtsleitung aufzufordern, die personelle Absicherung an den Sitzungen der Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe sicherzustellen. Dies solle im Protokoll hinterlegt werden. Man sei sich einig, dass der Beigeordnete eine Lösung finden müsse. Frau Dr. Müller stellt dies zur Abstimmung.

Abstimmung:

Zustimmung: 7

Ablehnung: 2

Stimmenthaltung: 1

mit Stimmenmehrheit **angenommen**

AG HzE

Frau Krönes berichtet zur letzten Sitzung. Man habe sich mit NOW! befasst, d.h. bezüglich der Auswertung und des Rückblickes nach einem Jahr. Sie gibt den Hinweis, dass eine städtische Finanzierung notwendig sei.

Es werde Termine zur Finanzierung der ambulanten freien Träger sowie Erziehungs- und Familienberatung geben. Aktuell sei man mit Herr Prof. Dr. Hafezi im Gespräch.

Für die Jahresplanung habe man folgende Jahresthemen festgelegt: Vorstellung Familienzentren der Fachhochschule im Mai, Inklusive Familienberatungsstelle mit dem Schwerpunkt Inklusion im September sowie Systemsprenger in der Novembersitzung.

AG Kita

Frau Frenkler berichtet, dass am 30.01.2024 Neuwahlen stattgefunden hätten und man erneut am 13.02.2024 getagt habe. Sie berichtet zur Konstituierung, zur Sondersitzung mit Herrn Prof. Dr. Hafezi zur Finanzierung der Kindertagesbetreuung, zu Standorten/ Auslastung der Einrichtungen und zu Kinder mit besonderen Bedarfen. Der Bericht wird dem Protokoll angefügt (Anlage 2).

Weiterhin berichtet Sie zur E-Mail bezüglich eines Schreibens der Liga der freien Wohlfahrtspflege zur Kita Personalverordnung. Der Jugendhilfeausschuss habe dieses wegen der Bedeutung vor der Sitzung zur Kenntnis erhalten und die Verwaltung sollte mit der Beantwortung beauftragt werden. Über die Ergebnisse sollte der Jugendhilfeausschuss informiert werden.

Sie bittet darum im nächsten Jugendhilfeausschuss am 14.03.2024 einen Tagesordnungspunkt zur Bearbeitung von Bildungs- und Teilhabeanträgen (BuT-Anträge) auf die Tagesordnung zu nehmen.

AG JuFö

Die AG hat nicht getagt.

Frau Tietz bittet darum, dass die Berichte der Arbeitsgemeinschaften nach § 78 SGB VIII sowie des Kita-Elternbeirates den Ausschussmitgliedern zeitnah, unabhängig vom Protokoll, per E-Mail zur Verfügung gestellt werden.

10 Bericht des Kita-Elternbeirates

Herr Witzsche berichtet, dass man Ende Januar die zweite Beiratssitzung in dieser Legislatur gehabt habe und sich in dieser Sitzung mit verschiedenen Themen auseinandergesetzt habe. Zum einen man sich als Beirat einstimmig und klar für Demokratie und gegen Rassismus, Hetze und Ausgrenzung positioniert. Was aus ihrer Sicht selbstverständlich sein sollte, würden andere Kreiskitaelternbeiräte momentan nicht schaffen, weil antidemokratische Strukturen weiter sehr bewusst die bürgerschaftliche Arbeit unterwandern würden. Man habe sich weiterhin mit vier konkreten Themenbereichen auseinandergesetzt, die sie in den nächsten Monaten beschäftigen würden. Und man habe sich zu Projekten und Initiativen ausgetauscht, die man als Beirat unterstütze. Unter anderem sei man Mit-Initiator der Volksinitiative Schule satt, die sich für ein kostenloses Schulessen für alle Schülerinnen und Schüler an brandenburgischen Grundschulen einsetze.

Einer der vier bereits angesprochenen Themenbereiche sei die Inklusion in Kitas und Horten - hier habe man, basierend auf Ergebnissen aus der Fachkräfte-Umfrage aus der letzten Legislatur und Ideen, die im Rahmen der Unter-AG der Arbeitsgemeinschaft nach § 78 SGB VIII entstanden seien, ein Positionspapier verfasst und veröffentlicht.

Abschließend wolle man sich dem wirklich wichtigen und sehr guten Statement des Vorstands der Potsdamer AWO zur Armutsentwicklung in Potsdam anschließen. Man greife hier den Appell von Frau Schweers an die Stadtgesellschaft, sich gegen Armut zu verbünden, gern auf. Potsdam könne das nur als Gemeinschaft schaffen - der Bereich Kinder- und Jugendhilfe könne hier mit gutem Beispiel vorangehen.

12 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

12.1 Sicherung der bedarfssensiblen Angemessenheit bei der Unterbringung von Menschen in der LHP für die Zukunft

23/SVV/0676
ungeändert beschlossen

Wiedervorlage vom 28.09.2023, 19.10.2023, 23.11.2023, 14.12.2023 und 18.01.2024.

Frau Dr. Müller rekapituliert die Genese bis zur heutigen Ausschusssitzung.

Frau Bartelt erläutert, dass eine Bearbeitung stattgefunden hätte, es jedoch keine Antwort darauf gebe. Sie bittet darum den so vorliegenden Antrag zu beschließen.

Frau Dr. Müller stellt die Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Landeshauptstadt setzt sich das Ziel, prekäre Wohnlagen für alle von Wohnungslosigkeit betroffenen oder bedrohten Menschen zu verhindern.

Dazu soll die im Rahmen der ordnungsrechtlichen Unterbringung in den vergangenen Jahrzehnten entwickelte differenzierte Unterbringung entsprechend der unterschiedlichen Bedarfe für die Zukunft erhalten und umgesetzt werden. Die Auswahl von geeigneter Unterbringung für alle Menschen - unabhängig vom Rechtskreis - soll so für die Zukunft sichergestellt werden.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt:

- Die Standards der Unterbringung sollen sich nach den fachlichen Empfehlungen zu den individuellen Bedarfen der unterzubringenden Menschen richten, wie z. b. nach den Empfehlungen der BAG Wohnungslosenhilfe e.V.
- Sicherzustellen, dass die Zuweisung und Versorgung bei der Belegung der Wohngebäude aus dem Sonderbauprogramm nach Ordnungsrecht grundsätzlich den Ansprüchen an die Angemessenheit des Wohnraums an Angebote für WBS-Wohnungs-Freigaben der Landeshauptstadt Potsdam entsprechen.
- Der Stadtverordnetenversammlung ist über die strukturelle Verankerung einer entsprechenden Grundlage in die Geschäftsprozesse zur Unterbringung durch die jeweiligen Teams im Fachbereich 3 der Landeshauptstadt Potsdam im Oktober 2023 Bericht zu erstatten.

Abstimmungsergebnis:

mit Stimmenmehrheit angenommen

12.2 Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen

23/SVV/1291
geändert beschlossen

12.2 Ausstattung der Spielplätze mit Outdoor-Wickeltischen - Änderungs-/Ergänzungsantrag

23/SVV/1291-01

Frau Dr. Müller bringt den Änderungsantrag ein.

Sie stellt die geänderte Drucksache zur Abstimmung.

Der Jugendhilfeausschuss empfiehlt der Stadtverordnetenversammlung wie folgt zu beschließen:

Die Drucksache 23/SVV/1291 wird wie folgt gefasst:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, zunächst in zwei Sozialräumen auf je einem der großen, viel frequentierten Spielplätzen- z.B. auf der Freundschaftsinsel und im Volkspark (Wasserspielplatz) - Outdoor-Wickeltische als Modellprojekt einrichten zu lassen.

Das Modellprojekt wird nach einem Jahr Laufzeit evaluiert.

In Abhängigkeit von den Ergebnissen der Evaluierung ist zu gewährleisten, dass das Aufstellen von Wickeltischen bei der Neuplanung und Sanierung von Spielplätzen regelmäßig geprüft und entsprechend umgesetzt wird.

Über den Stand der Umsetzung des Modellprojektes ist der Jugendhilfeausschuss im Dezember 2024 zu informieren.

~~Der Oberbürgermeister wird beauftragt, in jedem Sozialraum auf mindestens einem großen und viel frequentierten Spielplatz einen Outdoor-Wickeltisch einzurichten. Bei der Neuplanung oder Sanierung von Spielplätzen für 0- bis 6-jährige ist zukünftig immer die Einrichtung eines solchen Outdoor-Wickeltisches zu prüfen und bei Eignung umzusetzen. Über die Umsetzung ist bis Ende 2024 dem Jugendhilfeausschuss zu berichten.~~

Abstimmungsergebnis:
mit Stimmenmehrheit angenommen

13 Sonstiges

Herr Kaiser berichtet, dass der Oberbürgermeister bei der Fraktionssitzung der CDU anwesend gewesen sei und ein Projekt zur Stadtteilratsstruktur in Stadtteilen vorgestellt habe. Man habe vorgeschlagen auch Jugendliche zu beteiligen. Der Oberbürgermeister sei für konkrete Vorschläge diesbezüglich offen. Herr Kaiser möchte als Jugendhilfeausschuss einen Vorschlag dazu unterbreiten.

In der anschließenden Diskussion wird dies kontrovers diskutiert. Auch im Hauptausschuss habe es viel Kritik zu dem Vorschlag des Oberbürgermeisters gegeben. Dort sei der Vorschlag zunächst zurückgestellt worden, um das Papier zu überarbeiten. Auch Frau Buhr befürchtet, dass man das Format und die Bedingungen erheblich anpassen müsste, um Jugendliche in für die Beteiligung zu motivieren. Frau Tietz verweist auf das Kinder- und Jugendbüro sowie auf die Stadtteiljugendclubs.

Es wird der Antrag auf Ende der Debatte gestellt.

Abstimmung:
Zustimmung: 8
Ablehnung: 0
Stimmenthaltung: 0

mit Stimmenmehrheit angenommen

Man werde im Unterausschuss Jugendhilfeplanung besprechen, wie man verfahren wolle und im nächsten Jugendhilfeausschuss berichten.

Vorsitz:

Protokollführung:

Dr. Sigrid Müller
Timo Reimann

Eva Thäle

Schulsozialarbeit

an staatlichen Potsdamer Schulen und Oberstufenzentren

Paragraph 13 e.V. & Stiftung SPI Niederlassung Brandenburg
Annemarie Busse & Kathrin Finke-Jetschmanegg

Jugendhilfeausschuss 15.02.2024

Überblick

1. Anlass
2. Auftrag & Ziel
3. Bedarfsanpassung
4. Qualitätsentwicklung
5. Strategische Kooperationen
6. Aktuelle Herausforderungen
7. Dokumente, Links

Anlass

- **2012** Schulsozialarbeit im Bürgerhaushalt 2013/2014 gelistet und gevotet:
„Der Oberbürgermeister wird beauftragt zu prüfen, inwiefern an möglichst jeder Schule mindestens eine Schulsozialarbeiterstelle eingerichtet werden kann. Dieser soll, als Ansprechpartner während der gesamten Unterrichtszeit und mit eigenen Räumlichkeiten für die Interessen und Probleme der Kinder und Jugendlichen da sein.“
- **2013** Beginn der Erstellung Gesamtkonzept Schule-Jugendhilfe
- **2015** Beschluss zum Gesamtkonzept Schule-Jugendhilfe inklusive Handlungskonzept Schulsozialarbeit:
„... ist es seit 2013 erklärter politischer Wille, dass „die Landeshauptstadt Potsdam an(strebt), innerhalb der nächsten zehn Jahre zu erreichen, dass an jeder staatlichen Schule Schulsozialarbeit verankert wird ...“ (Vgl. Handlungskonzept Schulsozialarbeit, 2015)

Anlass

- **2016** Auswahlverfahren und Bekanntgabe über Trägerschaften an staatlichen Potsdamer Schulen
- **2016-2023/2024** Umsetzung des Auftrags durch die beiden Träger der Schulsozialarbeit
- **2023** Ausweitung in Anpassung an die Schulentwicklungsplanung 2028
„... Ab dem Schuljahr 2024/25 werden für staatliche Schulen bis zu 5 zusätzliche Stellen (5 VZÄ) für Schulsozialarbeiter/innen gefördert.“

Auftrag Träger

2016-2023/2024

Umsetzung des Auftrags: Etablierung der Schulsozialarbeit durch die Umsetzung des Handlungskonzeptes Schulsozialarbeit

- konzeptionelle und personelle Voraussetzungen
- fachliche Standards und Kooperationserfordernisse
- kontinuierlichen Austausch mit den Schulleitungen an den jeweiligen Einsatzstandorten
- standortbezogene Konzepte und jährliche Auswertung/ Zielvereinbarung
- fachliche Anleitung, Beratung und Koordinierung der Schulsozialarbeiter:innen
- Sicherung der fachlichen Qualität der Schulsozialarbeit
- Umsetzung der Kernleistungen und praxisgerechte Dokumentation
- Mitwirkung in der Fachgruppe Schulsozialarbeit

Festgelegtes Bewerbungsverfahren der Schulen, an dem Schulsozialarbeit nicht beteiligt ist

Auftrag Schulsozialarbeit

2016-2023/2024 Definition Schulsozialarbeit Handlungskonzept LHP

Schulsozialarbeit ist ein professionelles Angebot der Kinder- und Jugendhilfe an Schulen, welches den schulischen Erziehungs- und Bildungsauftrag durch sozialpädagogische Ansätze, Methoden und Leistungen ergänzt und unterstützt. Schulsozialarbeit richtet sich an alle Schüler_innen einer Schule. (vgl. Handlungskonzept, 2015)

2022 §13a SGBVIII Gesetzliche Verankerung Schulsozialarbeit

Schulsozialarbeit umfasst sozialpädagogische Angebote nach diesem Abschnitt, die jungen Menschen am Ort Schule zur Verfügung gestellt werden. Die Träger der Schulsozialarbeit arbeiten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben mit den Schulen zusammen.

Das Nähere über Inhalt und Umfang der Aufgaben der Schulsozialarbeit wird durch Landesrecht geregelt.

Dabei kann durch Landesrecht auch bestimmt werden, dass Aufgaben der Schulsozialarbeit durch andere Stellen nach anderen Rechtsvorschriften erbracht werden. (vgl. SGBVIII, 2022)

Team Paragraph 13 e.V.



Team Stiftung SPI



Ziele & Arbeitsprinzipien

Ziele bezogen auf die Schüler_innen

- Identität(en)
- Selbstvertrauen und Selbstwirksamkeit
- Alltags- und Lebensbewältigungskompetenzen
- Kritik- und Konfliktfähigkeit
- soziale Kompetenzen und Integration
- selbstbestimmter kritischer Umgang mit Risiken
- Partizipation und demokratisches Handeln
- Schulerfolg(e)

Arbeitsprinzipien

- Prävention als vorrangiges Anliegen
- hohes Maß an Freiwilligkeit bei der Teilnahme an den Angeboten
- Partizipation von Schüler:innen sowie
- Zusammenarbeit mit den Eltern bzw. Erziehungsberechtigten einschließlich
- Vertraulichkeit

Bedarfsanpassung

Bedarfsanpassung in enger Zusammenarbeit mit dem Jugendamt & Gesundheitsamt und in Kooperation mit dem Schulamt

- **Integrationsschulsozialarbeit (ISSA)** – Teilkonzept des Handlungskonzeptes
 - 2019-2021 Konzepterarbeitung
 - 2021-2023/2024 Umsetzung an 4 Einsatzschulen
- **Projektschulsozialarbeit (PSSA)**
 - 2021 Konzepterstellung
 - 2021-2023/2024 Umsetzung durch 2x2 Sozialarbeitende mit stadtweitem Einsatz
- **Modellprojekt Seelische Gesundheit trifft Schule**
 - 2021 Konzepterstellung
 - 2021/2022 an Schlaatzter Schulen
- **Modellschule Gesundheit und Prävention**
 - 2021 Konzepterstellung
 - 2021/2022 Leibniz-Gymnasium
- **Schuldistanziertes Verhalten als Herausforderung der Jugendhilfe**
 - 2023-heute Konzept in Arbeit

Qualitätsentwicklung

- 2015 **Gesamtkonzept Schule-Jugendhilfe** für die LHP von Stadtverordneten beschlossen
- darin enthalten **Handlungskonzept Schulsozialarbeit** – Grundlage für alle Schulformen
- Ausarbeitung **der Kernleistungen** der Schulsozialarbeit:
 - Gesprächs- und Kontaktangebot
 - Sozialpädagogisch orientierte Gruppenarbeit
 - Beratung und Begleitung von Schüler:innen
 - Zusammenarbeit mit Eltern und Erziehungsberechtigten
 - Zusammenarbeit mit der Schule
 - Netzwerkarbeit
- Herausforderung: Schulsozialarbeit = fachliche Minorität am Ort Schule

Qualitätsentwicklung

- **Richtlinie Schulsozialarbeit** zur Finanzierung
- zur Konkretisierung werden **standortspezifische Konzepte** gemeinsam von Schulsozialarbeit und Schule an jeder Schule erstellt
- **Kooperations- und Zielvereinbarungen** an jeder Schule
- **Evaluation der Schulsozialarbeit:** Sachberichte, Auswertungsgespräche (schuljährlich)
- Zwischenzeitliche Anpassung von Richtlinie und Vereinbarungs- sowie Berichtsbögen

- Regelmäßiger **Austausch zwischen den Trägern**; gemeinsame Vertretung in der AG §78
- regelmäßige **Trägerberatung** (Jufö LHP, SPI und Paragraph 13 e.V)
- **Fachgruppe Schulsozialarbeit** (Jufö LHP, Träger SSA, SL versch. Schulformen, Schulträger)
- **Lenkungsgruppe Schule-Jugendhilfe**

Kooperationen Träger

- LHP Jugendamt, Gesundheitsamt, Büro für Chancengleichheit und Vielfalt
- Jugendberufsagenturen (Arbeitsamtsbezirk)/ Agentur für Arbeit Potsdam
- Staatl. Schulamt Brandenburg a.d.H.
- Landeskooperationsstelle Schule Jugendhilfe
- Fachverband Jugendarbeit/ Jugendsozialarbeit
- Landesarbeitsgemeinschaft Sozialarbeit an Schule
- Fachhochschule Potsdam
- MBJS

Kooperationen & Netzwerk Schulsozialarbeit

- Jugendämter P, PM, TF, Brandenburg a.d.H., HVL
- Gesundheitsamt; Büro für Chancengleichheit und Vielfalt; JBA
- Staatl. Schulamt Brandenburg a.d.H.; Schulpsychologen
- Beratungsstellen P, PM, TF, Brandenburg H., HVL; Kinder- und Jugendpsychologie, Therapieeinrichtungen, Kliniken
- Fachstellen
- Freie Träger der Jugendhilfe und ihre Einrichtungen
- RAKs, Stadtteilnetzwerke
- Gremien, Arbeitskreise und Arbeitsgruppen der LHP

Aktuelle Herausforderungen Paragraph 13 e.V.

- umfangreiche und multiple Problemlagen
- Intensität u. Schwere der einzelnen Beratungen nehmen zu
 - Gewalt,
 - hochstrittige (Eltern-)Konflikte
 - sexueller Missbrauch
- starke Zunahme der Beratung und Begleitung einzelner Schüler:innen im Potsdamer Süden (vor allem beim Thema: familiäre Konflikte, Schüler:innenkonflikte und psychische und physische Beeinträchtigung)

Aktuelle Herausforderungen Paragraph 13 e.V.

	familiäre Konflikte		Schüler:innen-konflikte		Lehrer:innen-Schüler:innen-konflikte		Schulverweigerung		Schullaufbahnorientierung		psychische, physische Beeinträchtigung		Sucht		Sonstiges	
	18/19	22/23	18/19	22/23	18/19	22/23	18/19	22/23	18/19	22/23	18/19	22/23	18/19	22/23	18/19	22/23
Schule 1	12	23	17	8	5	5	5	3	4	0	8	23	1	4	2	0
Schule 2	17	12	29	21	5	5	1	2	0	1	7	3	0	0	0	8
Schule 3	15	25	32	44	7	27	2	13	9	14	23	38	0	0	0	10
Schule 4	8	32	15	40	2	9	3	9	1	0	2	18	1	2	0	4
Schule 5	15	16	8	17	5	10	3	6	0	0	13	23	2	0	0	0
Schule 6	13	8	11	9	5	9	5	7	0	0	14	13	0	0	5	12
Schule 7	16	34	22	23	2	6	2	3	0	2	6	27	0	6	0	4
Schule 8	11	12	3	11	4	4	1	2	3	6	16	24	0	1	0	0
Schule 9	10	10	5	0	0	0	2	2	3	0	22	10	0	0	4	2

z.T. Doppelbesetzung (60-65 Wochenstunden)

u.a. Förderschulen mit teilweise nur ca. 50 Schüler:innen

Aktuelle Herausforderungen Paragraph 13 e.V.

aktuelle Themen in den Beratungen:

- gestiegene **Gewalt**vorfälle
- psychische Belastungen bei Schüler:innen und deren Familien (+ teilweise problematische Vermittlung an weiterführende Hilfen → neugeschaffene Fachstellen von ChillOut und NOW! entlasten teilweise)
- stark „**verhaltensauffällige**“ und herausfordernde Schüler:innen
- **Kinderschutz**

Aktuelle Herausforderungen Paragraph 13 e.V.

Kinderschutz:

- große **Differenz** zwischen **Verdacht** auf Kindeswohlgefährdung und **tatsächlicher Meldung**
 - Kolleg:innen können, durch die von ihnen ergriffenen Maßnahmen und Gespräche, **Meldung abwenden (Wirksamkeit wird sichtbar)**
 - oder durch eigene Prüfung kann Verdacht nicht bestätigt werden (gute Vorarbeit und Vorsichtung → Entlastung auch für ASD dadurch teilweise gegeben)

	SJ 2018/19	SJ 2022/23
Verdacht auf Kindeswohlgefährdung	Ø 4 Fälle pro Schule	Ø 6 Fälle pro Schule
Meldung	Ø 1,5 Fälle pro Schule	Ø 1,5 Fälle pro Schule

Aktuelle Herausforderungen

Paragraph 13 e.V.

	Schule 24	Schule 23	Schule 22	Schule 21	Schule 20	Schule 19	Schule 18	Schule 17	Schule 16	Schule 15	Schule 14	Schule 13	Schule 12	Schule 11	Schule 10	Schule 9	Schule 8	Schule 7	Schule 6	Schule 5	Schule 4	Schule 3	Schule 2	Schule 1
Verdacht auf Kindeswohlgefährdung	3	10	0	5	2	1	8	7	2	6	1	0	3	17	11	0	15	4	0	3	12	4	21	4
Tatsächliche Meldung	0	0	0	0	0	1	0		1	2	1	0	3	7	6	0	1	1	0	0	2	2	7	0

Aktuelle Herausforderungen Paragraph 13 e.V.

Präventiver Ansatz (in allen 6 Kernleistungen)

- offenes Gesprächs- und Kontaktangebot: **niedrigschwelliger Zugang**
- Beratung u. Begleitung einzelner Schüler:innen: **Entlastung für gesamte Klasse**
- Zusammenarbeit mit Eltern und Erziehungsberechtigten: **rechtzeitige Gespräche**
- Zusammenarbeit mit der Schule: **Hinweisen** auf möglich entstehende Problemfelder + gemeinsames Erarbeiten von Lösungen
- Netzwerkarbeit: **Vernetzung** mit möglichen weiterführenden Hilfen und Kooperationspartnern

Aktuelle Herausforderungen Paragraph 13 e.V.

Präventiver Ansatz (in allen 6 Kernleistungen)

- Sozialpädagogisch orientierte Gruppenarbeit: **Förderung entsprechender Kompetenzen**
 - **mannigfaltige Themengebiete:**
 - Gewaltprävention und Anti-Mobbingprojekte
 - Förderung sozialer Kompetenzen u. Teambuilding
 - Demokratiebildung
 - Medienbildung
 - Gesundheitsprävention
 - **SJ 2018/19 Ø 7 Projekte** pro Schule
 - **SJ 2022/23 Ø 10 Projekte** pro Schule
 - **16,5% der Arbeitszeit: sozialpädagogisch orientierte Gruppenarbeit**
 - **14% der Arbeitszeit: Beratung und Begleitung von Schüler:innen**

Aktuelle Herausforderungen / Stiftung SPI

Digitalisierung und Mediennutzung

- Signifikante Tendenzen:
 - Mediengewalt: erheblich ab 7. Klasse
 - Selbstschutz unklar: Rechte und Pflichten bei Kindern, Jugendlichen und Sorgeberechtigten oft nicht klar
 - Mediensucht: erheblich ab 7. Klasse
 - Eltern: Teilüberforderung
- Entwicklung von Medienkompetenzen im Team sowie Mediencurricula für Gruppen-Workshops im Abgleich mit dem Rahmenlehrplan Medienbildung des MBS und mit Unterstützung der Projektschulsozialarbeit (PSSA)
- Bedarfsorientierte Formate: z.B. stadtweite digitale Elternabende
- Kooperationspartner: LMB; AKJS; Medienwerkstatt Potsdam
- Drittmittel notwendig, um Bedarfe der Schulsozialarbeit abzusichern

Umsetzung durch Koordinierungsstunden (SPI); Teaminterne AG Medienbildung; Internetseite zentrales Informations- & Werbetoool

Aktuelle Herausforderungen / Stiftung SPI

Gesundheit & Lebenskompetenz

- Signifikante Tendenzen:
 - Schuldistanz: erheblich ab 7. Klasse (passiv und aktiv)
 - Selbstverletzendes Verhalten und Suizidalität: Rate steigt
 - Gewalt: massive Zunahme zwischen Kindern und Jugendlichen; gegenüber Lehrer:innen und Sozialarbeiter:innen
 - Suchtverhalten: erheblich ab 7. Klasse
 - Eltern: Teilüberforderung
- Entwicklung von Fähig- und Fertigkeiten sowie Kompetenzen im Team sowie Curricula für Gruppen-Workshops im Abgleich mit dem Rahmenlehrplan Gesundheitsprävention des MBS und mit Unterstützung der Projektschulsozialarbeit (PSSA)
- Begleitung von Jugendlichen in alternative Lernorte (z.B. Oase) oder/u. Lebensorte (z.B. Wohngruppe, Klinik)
- Kooperationspartner: Öffentlicher Gesundheitsdienst LHP; staatl. Schulamt, Jugendamt, Freie Träger, Kliniken
- Drittmittel notwendig, um Bedarfe der Schulsozialarbeit abzusichern

Umsetzung durch Koordinierungsstunden (SPI); Teaminterne AG Gesundheit & Lebenskompetenz; Internetseite ist zentrales Informations- & Werbetooll

Aktuelle Herausforderungen / Stiftung SPI

Kinder- und Jugendschutz

- Signifikante Tendenzen:
 - Sexuelle Übergriffe: Zunahme zwischen Jugendlichen
 - Konfliktpotenziale bis in die Oberstufe
 - Problemlagen: komplex und langwierig
 - Prävention: Hoher Bedarf
- Migrationssensibler Kinderschutz (unter Einbeziehung der Sorgeberechtigten)
- Benachteiligtensensibler Kinderschutz (unter Einbeziehung der Sorgeberechtigten)
- Abstimmung mit dem Kooperationspartner Schule im Rahmen der Intervention
- Strategische Zusammenarbeit mit Schule im Rahmen des präventiven Kinderschutzes
- Kooperationspartner: start gGmbH, LSJ; Jugendamt, staatl. Schulamt Brandenburg a.d.H.
- Drittmittel notwendig für Dokumentationssoftware

Umsetzung durch Koordinierungsstunden (SPI); Teaminterne AG Kinderschutz

Aktuelle Herausforderungen / Stiftung SPI

Schulanschluss/ Übergang Schule-Beruf

- Signifikante Tendenzen:
 - Schuldistanziertes Verhalten setzt sich fort
 - Orientierungslosigkeit und Unwissenheit bleiben auf hohem Niveau
 - Abbrüche innerhalb des ersten Ausbildungsjahres
 - Wohnungslosigkeit und Armut
 - Sprachniveau der migrantischen Jugendlichen und jungen Erwachsenen verhindert erfolgreiche Abschlüsse
- Kooperationspartner: JBA, Berufsberatung, Jugendamt, staatl. Schulamt
- Drittmittel für begleitende Anschlussprojekte notwendig

Begleitung durch Koordinierungsstunden (SPI); Teaminterne AG Übergang Schule-Beruf;
Internetseite ist zentrales Informations- & Werbetooll

Aktuelle Herausforderungen / Stiftung SPI

Migration & Integration

- Signifikante Tendenzen:
 - Sprache: Voraussetzung zur Integration-nach wie vor zu wenig Förderung in allen Klassenstufen
 - Eltern: massive Unsicherheit im Sozial- und Bildungssystem
 - Bildungssystem/ Schulen: erhebliche Überlastungen
 - Interkulturelle Kompetenzen: gewünscht, Potential oftmals erschöpft
 - Gruppen-Konflikte nehmen zu
- Migrationssensibler Kinderschutz (unter Einbeziehung der Sorgeberechtigten)
- Orientierungsunterstützung von Lehrer:innen durch Schulsozialarbeiter:innen
- Bedarfsorientierte Formate: digitale Dolmetscherdienstleistungen
- Kooperationspartner: JMD, ISA, Büro für Chancengleichheit LHP, Jugendamt, Schulamt
- Drittmittel für barrierearme Internetseite

Begleitung durch Koordinierungsstunden (SPI); Teaminterne AG Migration & Integration

Aktuelle Herausforderungen / Stiftung SPI

Demokratie und Haltung

Signifikante Tendenzen:

- Verunsicherungen und Ängste bei Kindern und Jugendlichen nehmen zu
- Zusätzlicher Aspekt in der Elternarbeit
- Demokratische Grundregeln weichen auf
- Radikalisierung vereinzelt sichtbar
- Stärkung der Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter
- Menschenrechtsbasierte Soziale Arbeit in den Fokus stellen
- Stärkung von Diversity-Projekten
- Kooperationspartner: RAA, Demos, MBT Berlin und Brandenburg
- Drittmittel notwendig für Fortbildungen und Projekte

Begleitung durch Koordinierungsstunden (SPI); Teaminterne AG im Aufbau

Aktuelle Herausforderungen / Stiftung SPI

Fachkräfte und Verwaltung

- Klassenfrequenz und Anzahl der Schüler:innen in einer Klasse: Erhöhung an weiterführenden Schulen
- Digitalisierung aller Arbeitsprozesse einschließlich regelmäßiger Dokumentation sowie Maßnahmenabstimmung mit dem Schulträger (Geräte, Programme etc.)
- Zertifikatskurse/ Fortbildungen: Kinderschutz, Medienbildung, Gesundheit für alle möglich machen
- Rechts- und Gesetzeskenntnis in allen Themen von Jugendhilfe und Schule sichern
- Wirksamkeit der Schulsozialarbeit messbar machen
- Umfangreiches Netzwerkwissen sichern
- Kinder- und Menschenrechtsbasierte Soziale Arbeit stärken
- Fachkräftegewinnung durch Kooperation mit Fachhochschulen, MBS & Kultusministerium unterstützen (z.B. Duale Studiengänge der Sozialen Arbeit)

Dokumente & Links

[Bürgerhaushalt-Votum, 2012](#)

[Gesamtkonzept Schule-Jugendhilfe, 2015](#)

[Amtsblatt Potsdam Auswahlverfahren Träger, 2015](#)

[Vereinbarung über die Potsdamer Schulsozialarbeit, 2016](#)

[Schulsozialarbeit an allen öffentlichen Potsdamer Schulen, 2016](#)

[Haushaltssatzung 2023/2024-DS/SVV/0219](#)

www.schulsozialarbeit-in-potsdam.de Stiftung SPI

www.schulsozialarbeit-brandenburg.de Paragraph 13 e.V.

Bericht der AG gemäß § 78 SGB VIII Kita, Wahl am 30.01.2024 und Sitzung am 13.02.2024**Hinweise an den JHA, wesentliche Ergebnisse:****1. AG 78 Neuwahl am 30.01.24****Gewählte Mitglieder:**

- Sabine Frenkler, AWO
- Melanie Rösch, Fröbel
- Annemarie Stecher, Independent Living
- Martin Neubert, Paritätischer
- Judith Langner, Oberlinhaus
- Markus Weyh, Fidl
- Susanne Christopoulos, IB
- Lisa Lorenz, Hoffbauer
- Katja Dieckmeyer, Spatzennest
- Manuela Kunzelmann, EJF

2. konstituierende Sitzung der AG 78 13.02.24

- Den Vorsitz übernehmen Nicole Schelle, Mitglied des örtlichen Trägers der öffentlichen Jugendhilfe und Susanne Christopoulos (Abwesenheitsvertretung Frau Dieckmeyer), Mitglied eines freien anerkannten Trägers.
- Die AG 78 wird vor dem JHA durch Sabine Frenkler vertreten.

3. Sondersitzung 13.02.24 mit Herrn Prof. Dr. Hafezi zur Finanzierung der Kindertagesbetreuung

Im Jahr 2024 wird eine Anpassung der Kitafinanzierungsrichtlinie hinsichtlich der darin enthaltenen Pauschalen erfolgen. Bei den Personalkosten soll sowohl für das pädagogische als auch für das haustechnische Personal eine Steigerung anknüpfend an die Tarifabschlüsse des öffentlichen Dienstes erfolgen (ca. 12 %). Bei den auf Sachkosten basierenden Pauschalen wird eine inflationsbedingte Steigerung von ca. 2,5% für 2024 angesetzt (genauer inflationsbedingter Steigerungssatz aktuell in Prüfung: Basis offizielle Inflationsprognosen der einschlägigen Institute).

Berücksichtigung findet in der Ermittlung der Pauschalen ebenfalls die stattgefundenen Inflations- und Tarifikostensteigerungen des Jahres 2023. Die Aktualisierung der Kitafinanzierungsrichtlinie soll rückwirkend ab dem 01.01.2024 Gültigkeit erlangen. Ein entsprechender Beschluss der Stadtverordnetenversammlung wird angestrebt. Bis zum 31.12.2023 behält somit die zuletzt im Jahr 2022 geänderte Kitafinanzierungsrichtlinie Gültigkeit.

Bei ggf. eintretender Nichtauskömmlichkeit der Pauschalen steht den Trägern der Wechsel in die Individualfinanzierung (mit entsprechendem Einzelkostennachweis) offen. Der Verwaltungsaufwand bei der Individualfinanzierung wäre für Träger und Verwaltung möglicherweise höher. Die Verwaltung berät Träger hierbei im Bedarfsfall. Vorgeschlagen wird eine Beratung, bestenfalls vor dem beabsichtigten Wechsel.

Hinweis an den JHA:

Die Träger signalisieren zunehmende Unsicherheit, da viele Pauschalen an die Belegung der jeweiligen Einrichtung anknüpfen. Hier ist zeitnah ein deutliches Signal der Politik erforderlich, wie mit den nicht belegten Plätzen verfahren wird. In Frage gestellt wird der Bedarf, weitere zehn kommunale Kindertageseinrichtungen zu errichten.

4. Standorte / Auslastung der Einrichtungen

Bis zum Ende des Jahres 2024 wird die Verwaltung zu den Möglichkeiten der bedarfsgerechten Standortentwicklungen Befragungen vornehmen. Dazu finden planungsräumliche Trägergespräche statt. Zu Methoden, Inhalten, Akteuren und ggf. die Inanspruchnahme einer externen Begleitung laufen aktuell in der Verwaltung gemeinsam mit der GBL 2 Gespräche. Aus der Befragung erwartet die Verwaltung auch Aussagen über messbare Standards der Kindertagesbetreuung. Im Jahr 2025 sollen die Ergebnisse ausgewertet und Maßnahmen kurz-, mittel- und langfristig ab 2026 abgeleitet werden. Das Vorhaben soll als Chance im Sinne von Planungs- und Finanzierungssicherheit verstanden werden.

Chancen sollen für die Weiterentwicklung der Angebote genutzt werden u.a. für

- Inklusive Kindertagesbetreuung
- Auf- und Ausbau von Familienzentren
- Aufnahme der Kitasozialarbeit in das Inklusionskonzept der LHP

5. Kinder mit besonderem Bedarf

Zur Umsetzung des SVV Beschlusses aus dem Juni 2023, zusätzlich 900 T€ für Kinder mit besonderem Entwicklungsbedarf einzusetzen, wurden durch die Verwaltung in den Planungsräumen: 401, 501, 502, 503, 602, 603, 604 Daten zur Anzahl von Kindern mit BuT-Leistung, Jahresfamilieneinkommen unter 20 T€ und Kinder mit Entwicklungsauffälligkeiten (1 oder mehr nach den Grenzsteinen) ermittelt.

Hinweis an den JHA:

Von 24 Einrichtungen (Kindergarten) können 14 die notwendige zusätzliche Personalausstattung für Kinder mit besonderem Entwicklungsbedarf erhalten. Der bedarfsgerechte Betrag für alle Einrichtungen aus der Ermittlung wurde durch die Verwaltung mit ca. 1,73 Mio. € angegeben. Das muss in der nächsten Haushaltsplanung berücksichtigt und weiter verstetigt werden.

Nächste planmäßige AG 78 Kita Sitzung: 05.03.2024

Bericht erstellt: Sabine Frenkler, Susanne Christopoulos (AG 78 Kita)